

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.00 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Multiplizierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-
 abonnements: 1.10 Mark drei Monate.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erste Ausgabe außer Sonntags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehobene Kolonnen-
 zeile ober deren Raum 40 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Anzei-
 gen und Besondere-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (voll-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 gelten für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1947

Donnerstag, den 7. Dezember 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1944.

Der Etat der Weltpolitik.

Fürst Bülow begründete heute im Reichstage durch zwei Reden den Etat der Weltpolitik. Zu Beginn der Sitzung durch eine einstündige Rede, die die Notwendigkeit der Finanzreform, d. h. die Notwendigkeit, eine Viertelmilliarde neuer Steuern zu schaffen, mit dem Hinweis auf die bekannten „nationalen“ Pflichten des deutschen Volkes begründete; und dann zum Schluß der Sitzung durch eine ebenso lange Rede, die dem Nachweis gewidmet war, daß es keine friedliebendere, die internationalen Rechte sorgfältiger respektierende Regierung gebe als die deutsche, daß aber der Reich und die Völkervereinigung der fremden Nationen Deutschland zwingen, seine Kräfte zu Land und zur See derart zu betreiben, daß Deutschland auch allein jeder gegnerischen Kombination gewachsen sei.

Daß der Reichs-Etat für 1906 sich vollständig in den Ausgaben für Militarismus, Marinismus und Weltpolitik erschöpft, haben wir an anderer Stelle bereits nachgewiesen. Nicht weniger als 1400 Millionen Mark werden durch Heer, Flotte, Kolonialpolitik und Reichsschuld verschlungen, also noch 100 Millionen mehr als im Jahre 1905, das doch auch bereits durch die Ausgaben des südafrikanischen Krieges belastet war. Um die ungeheuren, stetig wachsenden militärischen und weltpolitischen Ausgaben auch nur einigermaßen decken zu können, geht es trotz fortgesetzter toller Pumpwirtschaft nicht ohne neue Steuern in Höhe von rund einer Viertelmilliarde. Würde Deutschland endlich auf seine unsinnige Weltpolitik verzichten, die ihm bereits viele Hunderte von Millionen gekostet hat, würde es demgemäß auch seine Flottenausgaben einschränken, statt sie ins Uferlose zu vermehren, so käme das Reich nicht nur ohne neue Steuern und Anleihen aus, sondern es könnte sogar an eine wirkliche Schuldentilgung und an die Inangriffnahme kultureller Aufgaben denken. Da die Regierung aber im Einverständnis mit der Mehrheit der bürgerlichen Parteien dem weltpolitischen Größenwahn verfallen ist, muß unter dem sadenscheinigen Deckmantel einer Finanzreform eine enorme Steuererhöhung durchgeführt werden. Um den Etat, in den bereits die neuen, erst noch zu bewilligenden Steuern hineingearbeitet sind, zu begründen, muß man auch die Weltpolitik zu begründen versuchen, so gut oder so schlecht das immer gehen mag. Das hat der Reichskanzler begriffen, der in seinen Reden das nationale Register erst leise, dann immer vernehmlicher erklingen ließ, das hatte auch der Fraktionsredner des Zentrums, Herr Friegen, begriffen, der dadurch, daß er Bülow über die Fragen der „hohen“ Politik interpellierte, dem Reichskanzler die erwünschte Gelegenheit gab, seine wohl vorbereitete Rede über die internationale Situation zu halten, die Deutschland in die Zwangslage versetzt, für die Verteidigung seiner nationalen Rechte auch die schwersten Opfer zu bringen. Der Zentrumsredner hätte dem Fürsten Bülow seine Verteidigung der deutschen Weltpolitik nicht bequemer machen können, wenn er sich mit ihm vorher über das Frage- und Antwortspiel sorgfältig verständigt gehabt hätte!

Diejenigen, die von dem ersten Tag der Etatsdebatte einen „großen Tag“ erwartet hatten, schienen anfangs völlig um ihre Erwartung betrogen werden zu sollen. Denn die einseitige Rede Bülows mußte selbst die Verehrer dieses leichten Schönredners herb enttäuschen. Bülow wollte dem Reichstag zunächst offenbar einmal „sachlich“ kommen und sich seine Krämpfe für später aufsparen. So sprach er denn eine Stunde lang über die Finanzpolitik des Reiches, langweilig, schülerhaft, ohne jede Nase in dem oben Einerlei seiner mit Zahlen gespeckten Rede. Und wenn die Zahlen noch neu gegeben wären oder irgend welche Beweiskräfte besaßen hätten! In der Tat waren sie nichts als wohlfeile Anleihen aus den Flugblättern des Flottenvereins, denen er diesmal vor dem geliebten Büchmann den Vorzug gegeben hatte. Davon, daß Zahlen aus einer solchen Quelle noch vorsichtiger zu verwenden sind, als Bitate, schien er keine Ahnung zu haben. Er hätte es sonst sicher nicht fertig gebracht, zu behaupten, daß das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern in Deutschland kein ungünstigeres sei, als in anderen Kulturstaaten, und zum Beweis dafür zu erklären, in England betrügen die direkten Steuern pro Kopf nur 19 Mark. In Wirklichkeit betragen sie dort 26 M. gegenüber noch nicht 8 M. in Deutschland! Verzichtete Bülow auf Bitate, so konnte er sich doch einige selbstgeprägte Sinn- und Merkprüche nicht verlagern, die denn freilich auch derart waren, daß sie jedesmal Kopfschütteln erregten. So waren es sehr staatsmännische Sentenzen, daß „niemand gern Steuern zahle“ oder daß es „leider zu wenig Reiche“ gebe, weshalb man den Steuerbedarf nicht durch Luxussteuern, sondern nur durch Belastung des Konsums der Massen decken könne. Sehr weisheitsvoll war auch die Bemerkung, daß wenn das Reich keine größeren Ausgaben habe, es auch seiner Finanzreform bedürfe, welches Titum freilich ungewollt und unbewußt den Etat der Weltpolitik treffend charakterisierte. Bülow schloß seine das neue Steuerbudget empfehlenden Ausführungen mit der Beteuerung, daß die neuen Steuern doch nicht der Regierung zuliebe bezahlt würden, die dabei doch seinerlei persönlichen Vorteil habe, sondern zum Wohle des Vaterlandes. Die Annahme der neuen Steuern bedeute eine „patriotische Tat“

Nachdem der Reichskanzler selbst das Haus so ausgiebig mit allerhand Zahlen regaliert hatte, war es eine Zumutung, es nunmehr durch eine weitläufige Rede des Reichschatzsekretärs Stengel ändern zu lassen. Die Abgeordneten schickten denn auch sofort in Masse. Aber die Sorge war unnötig. Herr Stengel sprach so undeutlich, daß ihn trotz anfänglicher größter Stille kein Mensch im Hause verstehen konnte, von dem Duzend Witzbegieriger abgesehen, die sich dicht um ihn geschart hatten. Die Federn auf der Journaltisitentribüne begannen zu flattern, sobald man erst aus dem amtlichen Stenogramm den Inhalt der Rede des Reichschatzsekretärs erfahren wird.

Endlich, nach qualvollen zwei Stunden, kam dann Herr Friegen, der Redner des Zentrums, zum Wort, um bei gespannter Aufmerksamkeit des Hauses die Stellung der ausschlaggebenden Partei zu markieren. Etwas Neues bekam natürlich derjenige, der die Zentrumsredner verfolgte hatte, nicht zu hören. Nachdem der Zentrumsredner die späte Einberufung des Reichstags getadelt hatte, gab er seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß man bereits im Etat für 1906 mit den Erträgen der ja erst noch gutzuhelfenden neuen Steuern gerechnet habe. Das Zentrum werde sich dadurch nicht abhalten lassen, sorgsam die neuen Steuern zu prüfen und diejenigen abzulehnen, die im Widerspruch zu dem § 6 des Flottengesetzes, das die Deckungsfrage regle, ständen. Seine Partei behalte sich vor, an Stelle der ihr nicht passenden Steuern, z. B. der Tabaksteuer, andere Steuern vorzuschlagen. Die Erbschaftsteuer könne auch auf die Deszendenten und Ehegatten, wenigstens bei großen Vermögen, ausgedehnt werden. Der Etat, der das wirtschaftliche Leben spiegele, würde der wirtschaftlichen Lage gemäß ein günstiger sein, wenn nicht die Marine- und Kolonialausgaben wären. Die Flottenvorlage werde das Zentrum gleichwohl mit aller Ruhe und mit allem Wohlwollen prüfen. Seine Stellungnahme werde von den in der Kommission zu gebenden Nachrichten für die Notwendigkeit der Forderungen abhängen. Die Kolonialpolitik bedürfe vor allem einer Reorganisation; die Verwaltung müsse für bessere Beamte sorgen.

Nachdem der Zentrumsredner so die Auslassungen der Zentrumsredner rekapituliert und auf den schließlichen Umsall seiner Partei sanft vorbereitet hatte, richtete er schließlich die Bitte an den Reichskanzler, doch über die ostasiatische Lage, den Dreibund und die Marokko-Angelegenheit Auskünfte zu geben.

Sofort erhob sich Fürst Bülow, um durch die Beantwortung dieser Fragen die neuen Steuerbewilligungen und weltpolitischen Kräftigungen vollends zur „patriotischen Tat“ zu stampeln. „Große Enthüllungen“, beteuerte er, könne er in einer so eigenartigen Situation, wie es die gegenwärtige sei, als „leitender Staatsmann“ nicht machen, aber die an ihn gerichteten konkreteren Fragen wolle er gern beantworten. Der Dreibund bestehe noch immer in alter Herrlichkeit. Nicht aus Sentimentalität habe sich Italien an Deutschland und Oesterreich angeschlossen, sondern weil es in der internationalen Politik seine Rechnung dabei finde. Deutschland selbst stehe fest zum Dreibund — allein es müsse gleichwohl derart gerüstet dastehen, daß es auch allein jeder Situation gewachsen sei. Was die ostasiatische Lage anlangt, so denke Japan schwerlich daran, Deutschlands „wohlerworbene“ und „vertragsmäßige“ Rechte in Kiautschou anzutasten. In die inneren Wirren Rußlands werde sich Deutschland unter keinen Umständen einmischen; alle Gerüchte über Interventionsgelüste in Rußland seien „alberne Erfindungen“. Ein Uebergreifen der Wirren werde Deutschland freilich nicht dulden, darauf könne man sich verlassen. Der Marokkokonflikt sei durch die Schuld Frankreichs und Englands heraufbeschworen worden. Deutschland habe sich lediglich seine vertragsmäßigen Meistbegünstigungsrechte zu wahren genötigt gesehen. Deutschland habe ruhig gewartet, ob die beiden Mächte nicht noch in letzter Stunde Deutschlands Interessen respektieren und seine Einwilligung einholen würden; erst als dies nicht geschehen sei, habe es Protest erhoben. Deutschland wolle die Interessen seines Landes beeinträchtigen, aber es habe ein Interesse daran, daß die noch freien Gebiete der Welt nicht dem freien wirtschaftlichen Wettbewerb entzogen würden. Deutschlands traditionelle Friedenspolitik liege für jeden, der sehen wolle, klar auf der Hand. Aber der Reich und die Völkervereinigung verblendet die Einsicht gewisser Nationen. Diese durch Leidenschaft Verblendeten durch immer neue Darlegungen umzustimmen, sei eine unfruchtbare und unnütze Arbeit!

So endete mit einer scharfen Note, dem Echo kürzlich gehaltenen Reden, das Exposé des Reichskanzlers! Der Beifall, der den nationalen Phrasen Bülows und namentlich seinen Schlusssatzungen gesendet wurde, beweist, daß der Reichskanzler seine Absicht erreicht hat und die bürgerliche Mehrheit seinen Flottenforderungen geneigt finden wird. Das von unseren Flottenherren gelüftete verbreitete Märchen von dem neiderfüllten Ausland, das bei erster Gelegenheit über das brave, friedfertige Deutschland herfallen möchte, hat seine Schuldigkeit getan. Vergessen sind alle weltpolitischen Programmreden, alle Drohungen mit der gepanzerten Faust, all jene provokatorischen Ungeschicklichkeiten, durch die man selbst das

Vertrauen des Auslandes in Deutschlands Friedensliebe erschüttert hat! Man braucht sich im Ausland nur auf die Rede, die der neue Gouverneur von Südafrika, Vindequist, erst vor ein paar Tagen gehalten hat, zu berufen, um Deutschlands weltpolitische Pläne im bedenklichsten Lichte erscheinen zu lassen!

Aber ist nicht schon die weltpolitische Monroe-Doktrin, die heute wieder der deutsche Reichskanzler aufgestellt hat, eine Drohung gegen die anderen Kolonialmächte? Diese Doktrin, die von Bülow als etwas ganz Selbstverständliches dargestellt wurde, ist ganz neu! Weder Rußland gegenüber wurde sie in der Mandschurei geltend gemacht, noch England gegenüber in Südafrika, noch Amerika gegenüber bei seiner Annexion der spanischen Besitzungen! Diese neue Doktrin ist nur die konkrete Formulierung jenes Wortes, daß in der ganzen Welt keine Entscheidung mehr fallen werde ohne Deutschland! Das ist eine Weltpolitik, die zu Reibungen der gefährlichsten Art führen muß! Bekümmert sich die deutsche Bourgeoisie zu dieser Doktrin, so appelliert sie damit an die vis major (höhere Gewalt) der Schiffsgeschäfte, so steuert sie das Reichsschiff blindlings in den Malstrom furchtbarer Welthändel!

Die Revolution in Rußland.

Der Ausfall der Post- und Telegraphenbeamten dauert fort. Zwischen Petersburg und Moskau sind die Telegraphenbrüche meist durchschnitten. Alle Bahnhöfe in Petersburg werden von Truppen bewacht. Die Bahnhöfe der meisten Städte sind mit beladenen Güterwagen überfüllt, die infolge des Ausstandes der Arbeiter nicht entladen werden konnten. Die Arbeitslosen verlassen massenhaft die Hauptstadt sowie Moskau und ziehen in die Dörfer, um einer eventuellen Hungersnot zu entgehen. Damit wird selbstverständlich auch die revolutionäre Agitation in verstärktem Maße aufs platte Land getragen. Gleichzeitig droht aber dem Absolutismus der finanzielle Kataklysmus.

Die finanzielle Lage der Regierung erregt nämlich in Petersburg, wie den „Times“ von dort gemeldet wird, die ernsteste Besorgnis. Die offiziellen Blätter veröffentlichen in gerader Begeisterung Töne geschriebene Berichte über die reichen Erträge des Branntweinmonopols, dessen Einnahmen für das folgende Jahr auf über eine Milliarde Mark angegeben werden. In Petersburg glaubt man aus diesen Veröffentlichungen die Absicht der Regierung erkennen zu sollen, das Branntweinmonopol an deutsche Banken zu verpfänden. Die Anwesenheit des Prokuristen Fischl vom Berliner Bankhaus Wendelssohn wird damit in Verbindung gebracht. Jedenfalls dürften die „glänzenden Einnahmen“ aus dem Branntweinmonopol höchstens aus dem ausgiebigen Konsum der „schwarzen Hunderte“ herrühren, diesen beitrete aber die Regierung aus eigener Tasche! Was die Arbeiter und Bauern betrifft, so ist gerade mehrmals festgestellt worden, daß ihr Konsum an Branntwein im letzten Revolutionsjahre auffallend zurückgegangen ist. Sollten die deutschen Banken also auf das schöne Geschäft eingehen, dann dürften sie einen glänzenden Reinsfall erleben. — Der Priester Gapon soll in Petersburg wieder ausgetaucht sein und, wie das in solchen Fällen gewöhnlich einzutreten pflegt, heute nur zur Verwirrung und zu Reibungen innerhalb der Arbeiterbewegung beitragen.

Wie russische Blätter melden, steht die Wiedereröffnung der nach den Januarunruhen geschlossenen elf Abteilungen der von dem Priester Gapon organisierten Arbeitervereine und die Rückgabe der beschlagnahmten Summen bevor. Die Sozialdemokratie eröffnet bereits den Feldzug gegen den „Arbeiterverein“ und Gapon. Die sozialrevolutionäre Partei erklärt in einer Resolution, daß die von Strube und Gapon vorgeschlagenen Maßnahmen den Arbeitern nur Unheil bringen könnten.

Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß die Regierung jetzt abichtlich die Gaponischen Vereine öffnet, um Konfusion in proletarischen Kreisen zu verbreiten. Der Eisenbahnerstreik rückt immer näher heran. Wie eine Vemberger Depesche aus Petersburg meldet, wurde in einer gestern abgehaltenen Versammlung von Eisenbahnbeamten beschlossen, daß falls der Zentralpostvorstand sämtliche Kündigungen nicht zurücknimmt, auch sie wieder in den Streik treten werden. — In Nikolajew ist der Generalkrieg ausgebrochen.

Die Bauernunruhen dauern gleichfalls fort, wie auch die spärlichen Nachrichten, die noch aus Rußland eintreffen, beweisen. Eine „Laffan“-Melbung befragt:

Die im Gouvernement Sensa belegene große Besitzung des Fürsten Kariskin, eines Schwieger Sohnes des Grafen Witte, wurde von Bauern geplündert. Das Herrenhaus und die Gutgebäude wurden zerstört.

Paris, 5. Dezember. Aus Petersburg meldet das „Journal“, daß augenblicklich insgesamt gegen 60 000 Arbeiter streiken. In einer Zusammenkunft wurde beschlossen, den Streik unter allen Umständen fortzusetzen. Auf der Straße finden fortgesetzt Zusammenkünfte statt.

Der Jarrismus und das Ausland.

Vorbereitet sind die schönen Zeiten des Kranjuez, wo Rußland als „das stärkste Vollwerk der internationalen Reaktion“

... nicht wurde! Heute sperren sich bereits die kapitalistischen ... schlemmig von Russland ab, als vom gefährlichsten ... der Revolution. Eine ganze Reihe von Telegrammen zeigen drastisch das grandiose Bild: das alte Zarenreich aufgehend in einem riesigen Flammenmeer der Revolution, abgeschritten von der Welt, mit Entsetzen und Argwohn von den anderen „Mächten“ betrachtet! ...

Washington, 5. Dezember. (Lassan-Meldung.) Das Staatsdepartement hat seit zwei Tagen von der amerikanischen Botschaft keine Nachrichten erhalten.

Konstantinopel, 5. Dezember. (Weldung des Wiener f. l. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Infolge der Ereignisse in Odeffa und Sewastopol und da, wie bei der „Potemkin“-Affäre, ein Einlaufen revolutionärer Schiffe befürchtet wird, wurden für den Bosporus dieselben Maßregeln wie zur Zeit der „Potemkin“-Affäre angeordnet. Am Eingang zum Bosporus sind einige Torpedoboote stationiert.

Stockholm, 5. Dezember. „Aftonsbladet“ meldet, daß das Marineministerium zwei Kriegsschiffe nach England zum Schutze der schwedischen Untertanen absenden wird. Der Torpedobootszerstörer „Hilander“ wird morgen nach Petersburg abgehen. Ein anderer Torpedobootszerstörer soll mit einem Handelsdampfer nach Riga abgehen, um sich dem dortigen schwedischen Konsul zur Verfügung zu stellen.

Wien, 6. Dezember. (V. G.) Trotz der Intervention des österreich-ungarischen Vorkämpfers in Petersburg bei der russischen Regierung, die durch die Unruhen verursachten Schäden sowohl an Oesterreichern oder an anderen Staatsangehörigen zu ersetzen, lebte dies die Regierung unter dem Hinweis ab, daß die Betroffenen nach der russischen Gesetzgebung den Alageweg anzutreten hätten.

Ein Appell an die Menschlichkeit.

In Mainz, im großen Saale der „Liedertafel“ fand am 5. d. M. abends, eine von mehr als 1000 Personen besetzte Versammlung statt, zu der ein Komitee eingeladen hatte, dem zahlreiche Stadtverordnete, der Landtagsabgeordnete Dr. Schmidt, der Reichstagsabgeordnete Dr. David sowie Vertreter aller politischen Parteien angehörten. Nach eingehenden Referaten der Herren Lehmann aus Petersburg und Prof. Staudinger aus Darmstadt wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 5. Dezember 1904 in Mainz im großen Saale der „Liedertafel“ tagende Versammlung gibt ihrer schärfsten Entrüstung darüber Ausdruck, daß in Russland Tausende unter den Augen der Behörden ermordet, verstümmelt und ihres Eigentums beraubt werden konnten. Die Versammlung erklärt die vorgekommenen Gräueltaten für einen Hohn auf die Errungenschaften der Zivilisation und hofft, daß die ganze gestittete Menschheit ihre Entrüstung teilt. Sie erwartet, daß durch den Druck der öffentlichen Meinung die Wiederholung solcher Ereignisse unmöglich gemacht wird und daß den unglücklichen Opfern jede moralische Unterstützung seitens der Kulturstaaten zu teil wird, insbesondere durch Verurteilung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung.“

Es ist hier viel von der „Menschlichkeit“ und von der „öffentlichen Meinung“ die Rede. Tatsache ist, daß nicht diese beiden in ihrer bürgerlich-bourgeoisch-moralischen Auffassung sehr problematischen Mächte, sondern der scharfe Klassenkampf des Proletariats in Russland die einzige Gewähr gegen die Verfallsitäten des Absolutismus bietet.

Die letzte „Schweizergarde“ des Nikolaus.

Petersburg, 5. Dezember. (Ueber Eydtlinien von der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Geister wurde in Jaroslawe-Siolo ein Regimentsfest des Garderegiments Semenov gefeiert. Bei demselben hielt Kaiser Nikolaus eine Ansprache an die Truppen, in der er ihre bewährte Pflichterfüllung rühmend hervorhob. Bei dem Frühstück der Offiziere brachte der Kaiser einen Trinkspruch auf das Offizierkorps aus. Er dankte dem Regimente nochmals für seine musterhaften Dienstleistungen und schloß mit dem Wunsche, daß das Regiment Semenov sich stets so fest geeint wie gegenwärtig zeigen möge.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Dezember.

Die Stellung der Landtagsparteien zur Volksschulvorlage.

Die Volksschulvorlage findet, wie nach ihrem Inhalt selbstverständlich ist, bei den Konservativen, Merkmalen und Nationalliberalen gleichmäßige Zustimmung, wenn auch jede dieser Parteien noch einen kleinen Spezialwunsch in petto hat. Die konservativen Väter finden, daß der Gesetzentwurf zwar den Wünschen der Nationalliberalen übermäßig entgegenkommt, sich aber immerhin so weit im Rahmen des Schulkompromisses hält, daß die Konservativen für ihn zu stimmen vermögen. Mehrheit urteilt die Zentrumspreffe. Auch sie meint, daß die Vorlage den Wünschen der Nationalliberalen in bezug auf die Simultanschule allzugroße Zugeständnisse macht, und rügt die „verkauflerte“ Fassung einzelner Gesetzesbestimmungen; im ganzen ist sie jedoch ebenfalls mit der Vorlage einverstanden. So schreibt beispielsweise die „Köln. Volksztg.“:

„Im allgemeinen bewegt sich der Gesetzentwurf auf dem Boden des Kompromissantrages, wie er im Jahre 1904 von den Konservativen, den Freikonservativen und den Nationalliberalen eingebracht wurde. Aber er erscheint doch mehr verkauflert; man merkt überall die fortgesetzte mißsame Kompromissarbeit. Ein klares, festes Prinzip enthält der Entwurf nicht; die Ausnahmen können je nachdem eine Bedeutung gewinnen, daß die Regel zurücktritt.“

Der sonderbare Liberalismus der Nationalliberalen findet sich nicht minder gemüthlich mit der Vorlage ab. Wenn auch die Simultanschule weiter eingeschränkt wird, so wird ihr doch nicht jede Existenzfähigkeit genommen und überdies kann eine etwas größere Dosis Kirchengelübtheit nicht schaden. So kommt denn auch das offizielle Organ der Nationalliberalen, die „Nationalliberale Korr.“ zu nachstehendem Ergebnis:

„Zunächst sei anerkannt, daß der Entwurf vollständig mit den Privilegien der Gutsbesitzer bricht; ihre Inhaber werden zu den Schulkassen im vollen Umfang herangezogen und die Bildung zweckmäßiger Schulverbände ist den Schulaufsichtsbehörden überlassen. Ebenso verdient die radikale Aufhebung aller Schulpatronatsrechte, insonderheit der gutherrlichen, volle Anerkennung.“

Was nun die konfessionellen Bestimmungen anbelangt, so wird ja die Frage zu entscheiden sein, inwieweit dieselben dem Kompromiß entsprechen. Eine besonders weitherzige Auslegung derselben vermögen wir in ihnen nicht zu erblicken, wohl aber muß zugegeben werden, daß die vielfach geäußerte Befürchtung, als solle durch das Gesetz der Simultanschule die Weiterentwicklung völlig abgebrochen werden, grundlos gewesen ist. Die Simultanschule bleibt nicht nur dort bestehen, wo sie bisher bestanden war, wie in Rastau, oder wo sie auf Verwaltungspraxis beruht, wie in Frankfurt a. M., Hanau usw., sondern sie kann aus besonderen Gründen auch in anderen Schulverbänden neu errichtet werden.“

Am seltsamsten ist wieder das Verhalten der freisinnigen Väter. Sie entrüsten sich zwar mehr oder weniger über den „konfessionellen Charakter“ der Vorlage, der ihrer Behauptung nach den hohen Ueberlieferungen des preussischen Schulrechts

durchaus widerspricht; über einige alberne Glorifizierungen der Simultanschule und Verurteilungen auf falsche Neuheiten gelangen sie jedoch nicht hinaus — die Forderung einer Verbannung des Religionsunterrichts aus der Volksschule übersteigt schon bei weitem das Maß ihrer Freisinnigkeit. Um so mehr zeigen sie sich geneigt, sich wieder in allerliegendsten Illusionen zu wiegen. Verfeigen sich doch bereits einige freisinnige Blätter in ihrem kindlichen Optimismus sogar trotz der gegenteiligen Äußerungen der nationalliberalen Presse zu der Hoffnung, daß die Nationalliberalen das Volksschulunterhaltungsgegesetz ablehnen und dadurch die Situation retten werden. J. B. schreibt die „Voss. Ztg.“:

„Wenn man aber nicht Wort haben will, daß die Simultanschule überall den konfessionellen Frieden und die religiöse Toleranz begünstigen und kräftigen muß, wenn es wahr sein soll, daß nur in der konfessionellen Schule der Lehrer sich ausleben, sich auswirken“ könne; wie kann man sich darauf beschränken, nur der Volksschule einen konfessionellen Stempel aufzudrücken? Dann muß man auch die höheren Schulen, die Realschulen, die Gymnasien, die Universitäten konfessionell machen. Dann müssen auch dort katholische Lehrer für katholische Schüler, protestantische Lehrer für protestantische Studenten bestellt werden, alles häßlich gefordert, auch in Sprachunterricht, Botanik, Mathematik. Haben doch auch auf dem Regensburger Katholikentag die Herren Schädler und Gröber kein Hehl gemacht, daß nach der Volksschule die höhere Schule und die Universität herankommen soll, konfessionelle Erziehung von unten bis oben! Nur der erste Schritt kostet Mühe; die anderen folgen unabweislich. Und diesen ersten Schritt macht Herr Studt mit seinem Gesetzentwurf. Ob ihn wirklich die Nationalliberalen mitmachen werden? Es heißt, sie hätten dem Entwurf schon zugestimmt, ehe er veröffentlicht wurde. Und die „Kreuzztg.“, die im übrigen ganz zufrieden ist, versichert, in den unübersehbaren und ungenügend erläuterten Bestimmungen sei die Regierung den Wünschen der Nationalliberalen „weit entgegengekommen“, und Herr v. Jedity schrieb schon vor Jahresfrist, wenn die Nationalliberalen, die den Schulantrag angenommen haben, das ihm entsprechende Gesetz nicht annehmen wollten, so wären sie „politische Jammerlappen“. „Es ist“, so sagte Herr v. Jedity, „ganz selbstverständlich, daß die nationalliberale Fraktion bei der Stange bleiben wird.“ Wir werden's abwarten. Einst hat der Abg. Dr. Friedberg, der Führer der Nationalliberalen, im Gegenlag zur jetzigen Begründung des Entwurfs erklärt, seine Partei habe von jeher die Ansicht festgehalten, daß die konfessionelle Volksschule in Preußen der Verfassung nicht entspreche.“

Die Hoffnung zeigt, daß die altjungferliche Vossin sich ein bedeutendes Maß kindlicher Naivität bewahrt hat, aber leider auf Kosten des Verstandes. Uebrigens würde selbst dann, wenn die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses gegen die Vorlage stimmen wollte, dadurch deren Annahme nicht verhindert werden, denn die beiden konservativen Fraktionen verfügen mit dem Zentrum über die Mehrheit der Stimmen. —

Flotten-Statistisches.

Wir haben bereits den ungeheuren Zahlentwurf, den das Reichsmarineamt den Reichstagsabgeordneten als Material zur Begründung der Flottenvorlage unterbreitete, als eine wertlose Zusammenfuppelung charakterisiert. Heute wollen wir ein paar neue Beispiele für die absolute Unbrauchbarkeit und Beweislosigkeit dieser statistischen Schülerübungen beibringen.

Auf Seite 260 der Denkschrift wird untersucht, in welcher Weise die staatlichen Ausgaben der einzelnen Länder ihre Deckung finden. Es wird zu diesem Behufe eine Tabelle vorgeführt, in der die Einnahmen der Länder rubriziert sind nach „Erwerbseinnahmen“, „Steuern und Zöllen“ und „sonstigen Einnahmen“. Diese Statistik, die doch unbedingt irgend einen Zweck haben muß, da sie sonst eine sinnlose Spielerei wäre, soll offenbar beweisen, wie relativ gering Deutschland mit Steuern belastet sei. Während nach der Tabelle nämlich von den Gesamteinnahmen des Deutschen Reiches und der Bundesstaaten nur 31,72 Proz. auf Steuern und Zölle entfallen, entfallen von Frankreichs Einnahmen 84,51 Proz. und von Englands Einnahmen 84,84 Proz. auf Steuern und Zölle. Mit dieser Berechnung vermag also jeder Agitator des Flottenvereins den Beweis zu liefern, wie ungeheuer viel geringer die Steuerbelastung des Volkes in Deutschland ist als in England und Frankreich.

In Wirklichkeit freilich beweist die Tabelle nichts weiter als die bekannte Tatsache, daß Deutschland infolge der Ueberflüsse aus den Staatsbetrieben, insbesondere der Eisenbahnen, weniger Steuern zu erheben genötigt ist als andere Länder. Diese Betriebsüberschüsse aber sind eigentlich als indirekte Steuern zu registrieren, entkommen sie doch entweder der Ausbeutung der in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitskräfte oder aber der indirekten Besteuerung der Konsumenten durch wucherliche Preisfestsetzungen. Würden die Betriebsüberschüsse zu den Steuern hinzugerechnet, so verschöbe sich sofort das ganze Bild!

Aber weiter: Ein plumpschlaues Zusammenwerfen von indirekten und direkten Steuern nimmt den Zahlen jeglichen Wert, da es nicht erkennen läßt, wie hoch die Belastung der besitzenden Klasse und die der nicht besitzenden Klasse ist, worauf es doch in erster Linie ankommt. Die direkten Steuern Deutschlands sind aber — dank den Betriebsüberschüssen, die ihrerseits wieder indirekte Steuern darstellen — so kärglich ausgebildet wie in keinem anderen Kulturstaate. Während die indirekte Belastung nach Inkaufftreten des neuen Zolltarifes und der neuen Steuern in Deutschland pro Kopf 40 M. betragen wird, beträgt die Belastung mit indirekten Steuern nach den Angaben der Flottendenkschrift selbst (Seite 274) noch nicht 8 Mark pro Kopf, während sie zum Beispiel in England — wiederum nach den Angaben der marineamtlichen Denkschrift (Seite 278) — mehr als 26 Mark pro Kopf, also mehr als das Dreifache beträgt!

Dieser samosen Berechnung folgen vergleichende Zahlen über die Ausgaben für Landheer, Marine und öffentliche Schuld in den verschiedenen Ländern. Auch wenn man diese Zahlen ohne Kommentar gelten läßt, schneidet Deutschland keineswegs glänzend ab. Hat danach doch Deutschland im Jahre 1903 nicht weniger als 858 Millionen für Heer und Marine ausgegeben, während Frankreich 800 Millionen, Nordamerika 800 und Großbritannien mit seinen Riesenkolonien, in denen 355 Millionen Menschen wohnen, 1403 Millionen Mark dafür opferte! Ferner ergibt sich aus den Zahlen der Statistik des Reichsmarineamtes, daß Frankreich seine Ausgaben für die Marine von 1893 bis 1903 um 9 Proz., England um 100 Proz., Deutschland aber um nicht weniger als 300 Prozent vermehrt hat. Wie mit diesem Marinewettläufe erreicht auch das Deutsche Reich mit seiner Schuldenvermehrung den Rekord. Ist doch die Verzinsung der Reichsschuld seit 1893 von 65 auf 127 Millionen angewachsen. Geht man noch zehn Jahre weiter zurück, auf das Jahr 1883, so finden wir, daß sich damals die Reichsschuld auf 348 Millionen belief, während sie heute 3 1/2 Milliarden, also das Zehnfache beträgt. Hinzuzufügen, daß Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik nach dem Reichsetat 1900 nicht

weniger als 1400 Millionen Mark erfordern, also mehr als die gesamte Nettoeinnahmen des Reiches betragen, hat die Denkschrift begreiflicherweise für überflüssig gehalten!

So beweist die Denkschrift nach jeder Richtung hin genau das Gegenteil von dem, was sie beweisen soll: nämlich erstens, daß Deutschlands Flottenrüstungen absolut überflüssig und sinnlos sind, und zweitens, daß die Kosten für diese Rüstungen in Deutschland wichtiger auf den Schultern gerade des Proletariats lasten als irgendwo sonst auf der Welt! —

Roosevelts „Votschaft“.

Bei Eröffnung des Kongresses verkündete Roosevelt wie alljährlich die „Votschaft“ — Amerikas Thronrede. Teddy Roosevelt hat seine „Votschaften“ immer so exultiert, daß schließlich nichts Gescheideres daheim heranzukommen ist als ein Vierteljahr nach der schönen Melodie „Keinem zu Lieb und keinem zu Leid.“ Wurde den Kapitalisten eins ausgewischt, so belamen sofort hinterher die Arbeiter einen Küffel. Wurden die Staatsbetriebe gelobt, so mußte auch ein kleines Lob für die Privatbetriebe eingeflochten werden.

Nach demselben Rezept ist die „Votschaft“ dieses Jahres fabriziert. Der Präsident erklärt, er sei den wirtschaftlichen Korporationen wohl gesinnt; doch wenn sie gegen Gesetz und Gerechtigkeit handelten, sich Mißbräuche, Ueberkapitalisierungen usw. erlaubten — wie es leider nur zu oft vorkomme — so würden sie scharf angefaßt werden.

Im Zusammenhang mit dieser wichtigen Frage sowie im späteren Verlauf der „Votschaft“ im Zusammenhang mit den korrupten Zuständen bei den amerikanischen Versicherungsgesellschaften streift Roosevelt einen Mißstand, dessen Wirkungen wir Deutschen dem amerikanischen Politiker besonders gut nachzufühlen vermögen: die Zerfahrenheit der Gesetzgebung. Nicht mit einer Menge haben es die wirtschaftlichen Korporationen, die Versicherungs- und sonstigen Gesellschaften in den Vereinigten Staaten zu tun, sondern mit Tugenden! Es herrscht also ein Wirrsal, das — zumal im kapitalistischen Staate — Zustände herbeiführen muß, zu deren Klärung ja bloß auf die bunte Musterkarte der deutschen Vereinigengesetze u. a. m. hingewiesen zu werden braucht.

Ueber die wünschenswerten sozialen Maßregeln zum Schutze von Arbeitern sowie von Frauen und Kindern in der Industrie hüpft die „Votschaft“ mit ein paar Andeutungen hinweg, um desto länger bei den Finanzverhältnissen verweilen zu können. Hier gibt sie die Weisheit nach der eingangs dieser Betrachtung gekennzeichneten Manier in folgendem Spruch:

„Eine Politik der Sparsamkeit ist ernstlich zu empfehlen, doch nicht am falschen Platze.“

Als ob nicht gerade die Auffassung darüber, welches eben der falsche und welches der richtige Platz ist, das Wesen der politischen Gegensätze auf diesem Gebiete ausmacht. —

Seinem Liebling, der Haager Friedenskonferenz, widmet Roosevelt selbstverständlich auch ein paar Phrasen, und dann läßt er seine Betrachtungen ausklingen in einen Hymnus auf die Monroe-Doktrin. —

Die Dinge liegen nun so, daß Roosevelt sagen kann, was er will. Schließlich sind es ja doch ganz andere Personen und Körperschaften, die der Politik der Vereinigten Staaten die Richtung zu geben wissen. Wir weisen schon kürzlich darauf hin, daß der Präsident zur Ohnmacht verdammt ist; denn die Milliarden drücken, ihre Trübsal und Ringe entscheiden ja doch, und Herrn Roosevelt fehlt das Zeug dazu, dieser übermächtigen Clique so entgegen zu treten, daß sie Respekt vor ihm und seiner Politik beäme.

Die Herrschaften werden weiter fördern, was ihnen in den Strom paßt, im übrigen aber — Roosevelt möge tun und sagen, was er will — sich auf ihren übermächtigen Wahlspruch verlassen: Die „Votschaft“ hören wir wohl, allein — —

Deutsches Reich.

Preussischer Landtag.

Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses unterhielten sich am Mittwoch, nachdem sie zunächst das Präsidium der vorigen Session, die Herren v. Kröcher, Dr. Borst und Dr. Krause wiedergewählt hatten, einige Stunden über das Eisenbahnunglück bei Spremberg. Die Debatte bewegte sich auf einem selbst für dieses Haus ungewöhnlich tiefem Niveau; kein Redner, weder aus dem Hause, noch von der Regierung, hielt es für angebracht, unsere Eisenbahnpolitik einer gründlichen Kritik zu unterziehen. Man begnügte sich mit der Feststellung von Einzelheiten und mit einigen oberflächlichen, nichts sagenden Bemerkungen. Geradezu empörend war das Auftreten des Ministers v. Budge, der fort und fort von der Schuld einiger Beamten sprach, die als Sündenböcke in die Büste geschickt werden, sich selbst aber als Muster eines fürsorglichen und pflichttreuen Beamten in marttyrerischer Weise anpries. Es war das bereits oft gesungene Lied: im Betriebe der preussisch-heffischen Staats-Eisenbahnverwaltung herrschen musterhafte Zustände, von unangebrachter Sparsamkeit ist keine Rede, die Betriebssicherheit ist so groß, wie in keinem anderen Lande der Welt. Dabei verriet der Minister selbst, daß die Betriebssicherheit ihm erst in zweiter Linie, die Erzielung hoher Einnahmen dagegen in erster Linie am Herzen liegt. Will er doch den Ausbau eingleisiger Bahnen zu zweigleisigen — die Strecke, auf der der Zusammenstoß erfolgte, ist bekanntlich eingleisig — erst dann vornehmen, wenn der Verkehr sich gesteigert hat!

Nachdem ein Schlußantrag dem Verede ein Ende gemacht hatte, begründete Abg. Dilba (natl.) seine Interpellation über den Wagenmangel, unter dem die Industrie so stark zu leiden hat. Als echter Scharfmacher vergaß er dabei auch nicht — wohl um sich oben beliebt zu machen — die Verkehrspolitik, die dem Verkehrsbedürfnis nicht gewachsen ist, als Mißgebilde an der Junahme der Sozialdemokratie hinzustellen. Durch den Wagenmangel haben die Industriellen einen Einnahmeausfall, auch die Arbeiter können nicht so lange beschäftigt werden wie sonst, ihr Verdienst verringert sich, und aus Mangel darüber werden sie Sozialdemokraten. Und so törichtes Geschwätz wird in einem deutschen Parlament ernst genommen!

Nach einer kurzen Erwidrerung, in der Herr v. Budge eingestehen mußte, daß die Eisenbahnverwaltung nicht instande gewesen sei, das infolge des Aufschwunges der Industrie so unerwartet gesteigerte Verkehrsbedürfnis zu befriedigen, vertagte sich das Haus auf Sonnabend. Doch soll die Besprechung der Interpellation in einer späteren Sitzung erfolgen. Am Sonnabend steht die Novelle zum Einkommensteuergesetz zur Beratung.

Die Herrenhäuser hatten am Mittwoch eine ungeheuer wichtige Sitzung: Vier neu ernannte Gesetzgeber, ein Großadmiral, ein Generallieutenant, ein Graf und ein ganz gewöhnlicher Geheimrat Kommerzienrat, leisteten den Eid auf die Verfassung. Damit war die Tagesordnung erschöpft. —

Der Wahlrechtskampf in Sachsen

wird von der Arbeiterschaft mit einem Enthusiasmus und einer Entschlossenheit geführt, die hoffentlich den Hütern der heiligsten Güter der Nation bald alle Illusionen über die unerschöpfliche Langmut der geknechteten Massen rauben dürfte. Unser Dresdener Parteiblatt schildert folgendermaßen die Stimmung des sächsischen Proletariats:

Wichtig zittert die Erregung des Sonntags in der Arbeiterschaft nach. In einer Flut von Zuschriften an die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“, in einem förmlichen Ansturm auf die Ausgabestelle unseres Blattes äußerte sie sich gestern.

Was soll, was muß nun geschehen? Das ist die Frage, die auf aller Lippen schwebt. Daß der Wahlrechtskampf nicht beendet sein kann mit Polizeimethoden, das ist die allgemeine Empfindung. Man sucht nach einer Antwort auf den Eijengruß des Polizeiführers, nach neuen Mitteln, um den Konservativen und der von ihnen gegängelten Regierung zu zeigen, wie unerträglich die Zustände in Sachsen geworden sind, wie nur noch inrisch das Joch der Agrarier getragen wird, daß keine Ruhe im Lande werden kann unter dem schändlichen Unrecht des Dreiklassenwahlrechts. Dem aufmerksamen Beobachter der Arbeiterschaft und noch viel mehr dem, der selbst in ihr lebt, kann nicht verborgen bleiben, daß der demonstrative Massenstreik, die Kundgebung in Gestalt einer großen Arbeitseinstellung für eine Reihe von Tagen von großen Massen des Proletariats schon heute gefordert wird, daß dieser Gedanke immer größere Scharen von Arbeitern gewinnt. Die Wahlentziehung ist so unerträglich geworden, daß der Kreis jener immer mehr anschwillt, die die Opfer und Entbehrungen, die der Streik bringen würde, dem stummen Tadeln vorziehen!

Alle diejenigen, die ein besonderes Interesse an dem ungehörten Funktionieren der Industrie haben, die Regierung und die herrschende Partei, vor allen Dingen auch die eigentlichen Vertreter der Industriellen, die Nationalliberalen, mögen nicht glauben, daß es bei diesen Erörterungen in der Arbeiterschaft sich lediglich um schnell verfliegende Stimmungen handelt, die ohne positives Ergebnis verpuffen müßten. Wie die Massenbedingungen auf der Straße, kann auch der Massenstreik plötzlich kommen. . . . Es sind nicht gewöhnliche Zeiten, in denen wir uns heute befinden. Die gewaltigen Vorgänge im Ausland, die Häufung erbitternder Momente im Inlande haben die Menschen aus dem Gleichgewicht gebracht, und über Nacht wird möglich, was selbst mitten in der Arbeiterschaft Stehende sich vor kurzem noch für unmöglich gehalten haben, offenbaren sich Kräfte, die man bislang kaum geahnt hat.

An die falsche Adresse.

Die „Mölnische Ztg.“ warnt die Sozialdemokratie vor einem „Spiel mit dem Feuer“. Sie schreibt:

„Unsere Sozialdemokratie gibt sich große Mühe, den Arbeiterkrawallen in Dresden und Chemnitz eine Bedeutung beizulegen, die sie über ihre rein örtliche Wirkung hinausheben soll. Wenn man die langen Ausführungen im „Vorwärts“ und den anderen sozialdemokratischen Blättern liest, so gewinnt man den Eindruck, daß man durch die Straßenkundgebungen nicht nur gegenüber dem sächsischen Wahlrecht Stellung nehmen wollte, sondern daß es sich auch ganz im allgemeinen darum handelt, der Regierung an einem Beispiel zu zeigen, daß sie mit der Macht der Arbeiterschaft, der Straße zu rechnen habe. Kein verständiger Mensch wird sich darüber täuschen, daß die Vorgänge in Ausland, wo die Revolution einen zeitweiligen Sieg über die Staatsorganisation davongetragen hat, auch nach Deutschland hinüberwirken, und aus dieser Erwägung heraus stellen sich besonders fanatisch Sozialdemokraten die Frage, ob es nicht doch vielleicht auch in Deutschland einmal so oder ähnlich gehen könne. Wir glauben zwar nicht, daß diese Sozialdemokraten, wenn sie den Blick für das politische Mögliche nicht ganz verloren haben, sich diese Frage ohne weiteres bejahen werden, aber offenbar beginnen sie mit ihr zu spielen, und das scheint uns gerade bedenklich genug, nicht am mindesten bedenklich für die Arbeiterschaft.“

Das nationalliberale Blatt hat sich bei seinen Warnungen in der Adresse geirrt. Wir glauben, daß nicht die Sozialdemokratie, sondern ganz andere Leute „den Blick für das politische Mögliche verloren haben“. Nämlich die Konservativen und nationalliberalen Reaktionen, die durch ihre hartnäckige Verteidigung des „politisch unmöglichen“ Dreiklassenwahlrechts mit eigenen Händen den Wind säen, der den Sturm hervorzurufen muß.

Volksschullehrer und Volksschulvorlage.

Die neue Volksschulvorlage findet naturgemäß in allen Kreisen der Volksschullehrer Widerstand, die nicht im Sinne „kirchlicher Zucht“ stehen und sich nicht als gehorsame, dienstwillige Vertreter päpstlicher Herrschaftsansprüche betrachten. Die Vorlage verstärkt nicht nur das Schulaufsichtsrecht der Geistlichkeit, indem es ihr einen beträchtlichen, in manchen Fällen tatsächlich maßgebenden Einfluß in den Schuldisputationen sichert, sondern es liefert auch die Lehrer völlig dem Belieben der Bureaucratie aus. Die Gemeinden verlieren nämlich nach der Vorlage ihr Lehrerwahlrecht; es bleibt ihnen lediglich ein gewisses Vorschlagsrecht, das jedoch derartig verfaßelt ist, daß es die Schulaufsichtsbehörde nicht im geringsten in ihren Entschlüssen hindert. Dazu kommt, daß der Gehaltentwurf nichts über eine Aufbesserung der Lehrergehälter enthält, obgleich das preussische Abgeordnetenhaus in der letzten Session eine Erhöhung der Staatsmittel zu diesem Zwecke forderte.

Um diesen Widerspruch der Lehrerschaft zu besänftigen, läßt nachträglich die Regierung offiziös verkünden, daß wenn auch nicht mehr in diesem Jahre, so doch im nächsten Jahre eine Aufbesserung der Lehrergehälter erfolgen solle.

„Das Haus der Abgeordneten“, heißt es in der Beschlußfassungsnote, „hat in der letzten Tagung im Zusammenhange mit dem zweiten Teile des Schulreformgesetzes eine beträchtliche Erhöhung der Staatsmittel zur Aufbesserung der Lehrergehälter verlangt. Diesem Beschlusse soll in dem nächstjährigen Etat in einem Maße entsprochen werden, das nicht allzuweit hinter der von dem Abgeordnetenhaus empfohlenen Summe von 5 000 000 Mark zurückbleibt. Endlich liegt es in der Absicht, die Volksschulen in den zweisprachigen Provinzen, die von der Geltung des Schulunterhaltungsgebietes ausgeschlossen werden sollen, durch erhöhte Staatsaufwendungen zu fördern. Auch hier handelt es sich um einen Mehraufwand von mehreren Millionen Mark.“

Ein die Auffassung der Regierung deutlich enthüllender Appell an die materiellen Interessen der Volksschullehrer. Sie sollen sich willig in das ihnen zugeordnete bürokratische und päpstliche Joch fügen, um dadurch die Antworthaftigkeit auf eine spätere Gehaltserhöhung zu erwerben. Die Prinzipien des Kuhhandels scheinen der Regierung bereits derartig ins Blut übergegangen zu sein, daß sie sie ungerne auf allen Gebieten ihrer Verwaltungspolitik in Anwendung bringt.

Herrn v. Bobbielski Schweineverkauf.

Als der Landwirtschaftsminister im Reichstage jüngst die Rechnung aufmachte, wonach ihm der Verkauf seiner berühmten drei Schweine 23,10 M. Spesen verursacht habe, widersprach ihm keiner der Abgeordneten, denn niemand zweifelte an der Richtigkeit

seiner Rechnungsaufstellung. Die „Deutsche Fleischer-Zeitung“ hat aber die Rechnung nachgeprüft und gefunden, daß, von den Transportkosten abgesehen, die Spesen höchstens 10,40 M. betragen. Futtergeld ist nur mit 2,10 M. statt 3,20 M., Versicherung nur mit 2,70 M. statt 3 M., Stroh nur mit 20 Pf. statt 30 Pf. anzusetzen. Der hohe Satz von 6,30 M. für Raffengeld ist ganz unnatürlich. Wenn am Berliner Viehmarkt ist nur 1 1/2 Proz. inklusive Verkaufsprovision und Uebnahme des Delfredere. Die Kommissionsäre berechnen schon seit Jahren nur 1 1/2 Proz. ohne Verkaufsprovision. Er hat also 3 M. zuviel bezahlt. Es verdient auch bemerkt zu werden, daß nach den Preisen, die die Schweine erzielt haben, es sich nur um geringe, zurückgebliebene Tiere gehandelt haben kann, die eher nach dem Magerviehhof gehörten.

Herr v. Bobbielski wird seine Rechnung nachprüfen lassen müssen, damit festgestellt wird, ob er sich bei seiner Addition geirrt oder sich trotz seiner anerkannten geschäftlichen „Smartness“ geirrt hat.

Der Hamburger Staat als Arbeitgeber.

Oben mit Scheffeln, unten mit Löffeln, das ist der Grundsatz, von dem sich der Hamburger Staat bei der Entlohnung der zur Bedienung der Staatsmaschinen erforderlichen Arbeitskräfte leiten läßt. Seit Jahrzehnten herrscht unter den Hamburger Staatsarbeitern und Unterangestellten eine starke Mürung, da alle ihre Wünsche auf Verbesserung ihrer Lebenslage unberücksichtigt blieben. In keiner Körperschaft parlamentarischen Charakters dürfte in sozialpolitischer Hinsicht so viel Unkenntnis, verbunden mit Brutalität, herrschen wie in der Hamburger Bürgerschaft, diesem Musterparlament des „liberalen“ Bürgerthums. Im April wurde auf Betreiben der sozialdemokratischen Fraktion ein Ausschuss eingesetzt, der die Lage der Staatsarbeiter untersuchen soll. Außer der konstituierenden Sitzung, in der ein Großfabrikant zum Vorsitzenden gewählt wurde, hat, wie in der am letzten Sonntag stattgehabten, von über 1000 Personen besuchten Protestversammlung der Staatsarbeiter konstatiert wurde, noch keine weitere Sitzung stattgefunden. Erst als die Staatsarbeiter erstere Löhne anschlügen, ließ sich vor kurzem der Ausschuss herbei, an den Senat das Ersuchen zu richten, Erhebungen anzustellen über die Arbeitsverhältnisse in — anderen Städten. Gegen diese Verschleppungspolitik sowie gegen den geplanten Wahlrechtsraub wurde scharf protestiert und zu versichert gegeben, daß, wenn nicht in Bälde etwas geschieht, andere Mittel zur Anwendung gelangen sollen, um die berechtigten und äußerst bescheidenen Forderungen der Staatsarbeiter durchzusetzen. Zieht man die hohen Miet- und Lebensmittelpreise in Betracht, so ist der von der sozialdemokratischen Bürgerfraktion geforderte Minimallohn von 4 Mark sicherlich als beschreiben zu bezeichnen. Die Gas- u. Arbeiter haben ihre Vorkämpfer schon vor längerer Zeit eingereicht.

In der genannten Versammlung erklärte der Vorsitzende des Gemeindefabrikantenverbandes, Schönberg, den Beweis dafür erbringen zu können, daß die Verwaltung des einen Staatskrankenhauses Armeleiden an auswärtige Universitäten verkaufe, während hinter den mit Schutt und Steinen gefüllten Särgen die Angehörigen einbeschritten, in dem Glauben, der Verstorbene werde zum Tore hinausgeführt. (Entrüstungssturm.) Wie der Redner behauptet, soll der Direktor des Krankenhauses die Erklärung abgegeben haben, er habe zum Verkauf der Leichen die Erlaubnis erhalten.

Nach bekanntem Muster hat, wie uns aus Wollenburg geschrieben wird, der noch recht jugendliche Großherzog Friedrich Franz IV. eine persönliche Kriegserklärung gegen die heimische Sozialdemokratie vom Stapel gelassen. In einer Rede auf einem Arbeitervereinstage in Schwerin erklärte er den Kampf gegen „diejenigen Feinde des Vaterlandes, die sich in erschröckender Nähe nähern, die sich über Hürst und Vaterland, über Religion, Gesetz und Sitte hinwegsetzen und alles umstürzen wollen“, für eine der ersten Pflichten der Kriegervereine, und fuhr dann wörtlich fort: „Seien Sie sich stets dieser Pflicht bewußt, tragen Sie dazu bei, daß unser Vaterland nicht weiter versucht wird, daß es die große Gefahr erkennt, die ihm von jenen Verführern droht, daß es nicht weiter auf dieselben hört, sondern sie verachten lernt!“

Man sieht, in der Wahl kräftiger Ausdrücke gibt Friedrich Franz IV. dem kaiserlichen Vorbilde nichts nach. Daß sich der junge Großherzog von seiner unwürdigen Rede einen Erfolg verspricht, dürfte allseitig einem Lächeln begegnen. Erinnerung sei nur an die Tatsache, daß in den sechs Wahlkreisen Mecklenburg-Schwerins 1903 bei der Hauptwahl erhalten haben: Die Sozialdemokraten 49 773, die Konservativen 39 163 und die Liberalen 31 026 Stimmen.

Zur Strafrechtsreform. In der nächsten Woche werden, wie die „Nationalist. Korresp.“ zu berichten weiß, Delegierte der einzelstaatlichen Justizverwaltungen in Berlin zusammenzutreten, um Stellung zu wichtigen Fragen der Aenderung des Strafrechtes zu nehmen. Sofort nachdem die sogenannte Reichsjustizkommission, d. h. die nach Vorschlägen der Einzelregierungen gebildete Vereinigung von Fachmännern, die zweite Lesung der gutachtlichen Verantwortung von Fragen beendet hatte, die im Reichsjustizamt formuliert waren, ging letzteres an die Arbeit, um die Reformvorschläge zu redigieren. Diese Vorschläge wurden alsbald den Einzelregierungen übermittelt; sie werden die Grundlage des Meinungsaustrausches bilden, der in der nächsten Woche zwischen den Vertretern der einzelstaatlichen Justizverwaltungen im Reichsjustizamt stattfinden soll.

Gemeindevahlen in München.

Unsere Genossen in München haben bei den vorgestern vollzogenen Wahlen für das ausscheidende Drittel der Gemeindebevollmächtigten (Stadtverordneten) einen bedeutenden Erfolg erzielt. Nach heftigem Wahlkampfe wurden gewählt: 5 Sozialdemokraten, 11 Liberale, 3 Ultramontane und 1 Antisemit. Die Sozialdemokraten haben fünf Siege, die Liberalen zwei Siege gewonnen; die ultramontane-antisemitische Koalition hat sieben Siege verloren. Das Gemeindefollegium wird in Zukunft aus 9 Sozialdemokraten, 35 Liberalen, einem Antisemiten und 15 Ultramontanen bestehen.

Einfuhr dänischer Milch. Nach Mitteilung der Verwaltung der dänischen Staatsbahnen hat das preussische Eisenbahnministerium das vielbesprochene Verbot der Verwendung von Milch-Spezialwagen für die Einfuhr dänischer Milch nach Deutschland aufgehoben.

Gefallen als Opfer der Kolonialpolitik. Ein Wollfäders Telegramm aus Windhul meldet: Am 2. Dezember d. J. südöstlich Auis gefallen: Leutnant Berner von Schwemmen, geboren am 29. 7. 81 zu Perst, früher im Infanterie-Regiment Nr. 1; Reiter Friedrich Lätze, geboren am 19. 1. 82 zu Weddendorf, früher im Infanterie-Regiment Nr. 26; Reiter Hermann Vog, geboren am 11. 3. 82 zu Krumbach, früher im Infanterie-Regiment Nr. 14. Außerdem: Sergeant Friedrich Boutha, geboren am 19. 3. 79 zu Groß-Nigeln, früher im Dragoner-Regiment Nr. 11, am 1. Dezember d. J. im Feldlazarett Sajaun an Typhus gestorben.

Der Reichverband-Schwindelei.

Der „Reichsverband“ und die „Post“ haben an der einen Abfuhr noch nicht genug und bringen nun selbst den Nachweis, daß die ersten Anschuldigungen über das doppelte Seelenleben des Genossen Düwelle bewährte Verleumdung war. Natürlich widerlegt

man nichts, es wird weiter verächtlich. Der erste Schwindel soll nun gebet werden durch Ausgrabung eines Berichtes aus der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ vom 8. März 1899. In diesem Bericht wird Düwelle unterstellt, mit Romann unter der Pina Romann-Wilms ein Korrespondenzbureau unterhalten zu haben. Wenn die Tatsache stimmte, so würde für Düwelle darin nichts Ehrenrühres liegen, gibt es doch auch heute noch viele Verleumdungen, die, obwohl sie Parteigenossen sind, auch für bürgerliche Blätter Berichte liefern. Ueber Versammlungs- und Prozeßberichte usw. hinaus, hat sich die Verleumdung Romanns, der wie bekannt, eingeschriebenes Mitglied der Partei ist und früher als Düwelle an den Sitzungen usw. teilgenommen hat, auch nicht erstreckt. Aber das „Korrespondenzbureau Romann-Wilms“ hat in Wirklichkeit gar nicht existiert. Düwelle hat, so lange er bei Krupp beschäftigt war, unter dem Pseudonym Wilms einige Artikel in der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht. Unter dem Namen Wilms trat Düwelle auch in Versammlungen und Sitzungen auf, um Denunziationen durch die Polizei vorzubringen. So kam Düwelle zu dem Namen Wilms. Nachdem er 1897 bei Krupp entlassen worden war, erwarb er sich einige Monate als Gehilfe des Berichterstatters Romann seinen Unterhalt. Irigend ein Parteiamt bekleidete er zu jener Zeit nicht. Seitdem Düwelle Parteibeamter ist, hat er, obwohl sein Anfangsgehalt nur 80 M. pro Monat betrug, zu Romann keinerlei finanzielle Beziehungen. Die erste Notiz der „Post“ behauptete in vollständig erlogener Weise das Gegenteil. Wohl ist Romann noch öfter bei besonderen Anlässen an Düwelle und andere Parteigenossen — z. B. Hue — mit der Bitte um Auskunft und Hilfe herangefahren, ohne angewiesen zu werden. Warum auch? Wiederholt haben Vertreter der Berliner Blätter und auch Verfasser wissenschaftlicher Werke Düwelle aufgesucht, um sich über industrielle Verhältnisse des Rheinlandes Auskunft und Material zu erbitten.

Worauf es ankommt, ist die Behauptung, der sozialdemokratische Vertrauensmann Düwelle habe sich unlautere Einnahmen verschafft. Das ist niederträchtige Verleumdung! Außer in dem einen Falle, wo Romann sich verpflichtete, 20 M. an die Parteikasse zu zahlen, ist von irgend welcher Bezahlung nie die Rede gewesen. Düwelle hat keinen Pfennig von Romann erhalten.

Durch den erwähnten Bericht wird eine damals entstandene Legende aufgerollt. Nach dieser sollte Düwelle mit Romann besondere Berichte für bürgerliche Blätter geliefert und seine Drucksachen in einer hochloftierten Druckerei haben herstellen lassen. Beides ist vollständig unwahr. Düwelle hat auch nicht für ein einziges bürgerliches Blatt Berichte geliefert, noch Drucksachen in einer hochloftierten Druckerei anfertigen lassen, er hat überhaupt noch nie dergleichen Drucksachen benötigt. Die Legende war das Produkt eines Streites, der zwischen Hue und Düwelle einerseits und mehreren Bochumer und Dortmunder Genossen andererseits die Gemüter bewegte. In solcher Atmosphäre entstehen ja leicht Legenden. So auch in diesem Falle. Ostern 1899 fanden in Halle Generalversammlungen des Bergarbeiter- und Metallarbeiter-Verbandes statt. Düwelle war zur Generalversammlung der Metallarbeiter delegiert. Romann, der fast über alle Generalversammlungen der Bergarbeiter Berichte lieferte, hat Düwelle, ihn diesmal bei der Abfassung der Berichte zu helfen. Auf erfolgte Zusage versandte Romann einen Prospekt, den er, um seiner Korrespondenz ein gewichtigeres Ansehen zu geben, mit der Doppelsignatur Romann-Wilms verah. Mit der geschäftlichen Angelegenheit hatte Düwelle nichts zu tun. Bei der damaligen gereizten Stimmung glaubten die Redaktionen der Parteiblätter in Bochum und Dortmund, denen der Prospekt auch zugegangen war, einem unstatthafter Verhältnis auf die Spur gekommen zu sein und schlugen Alarm. Düwelle unterbreitete sofort der Parteileitung und dem Metallarbeiter-Verband die Angelegenheit zur Untersuchung. Er weigerte sich sogar, das Mandat auszuüben, wenn die Angelegenheit nicht vor der Generalversammlung klargestellt werde. Die Untersuchungen haben ergeben — daß es sich um Legenden handelte. Diese Tatsachen sind in vielen Versammlungen erörtert worden. Es gehört schon der traurige Mut eines Reichsverbändlers dazu, Düwelle des Doppelspiels, der „Verhöhnung der Partei-Interessen“ usw. zu bezichtigen. Der „gut unterrichtete“ Gewächsmann des Reichsverbandes und die „Post“ geben ihre erste verleumdliche Behauptung preis, aber sie halten es nicht für nötig, zu widerrufen, ihrem edlen Handwerk und der alten Maxime treu: „Verächtlich immer nur, etwas wird schließlich hängen bleiben!“

Ausland.

Schweiz.

Verstaatlichung der Wasserkräfte.

Zürich, 4. Dezember. (Eig. Ber.) Nachdem die sogenannte demokratische Partei am 20. Oktober in allen Wahlkreisen, wo sie einige Anhänger hat, im Lunde mit den Liberalen die sozialdemokratische Partei ihrer Vertretung im Nationalrat beraubt hat, will sie nun offenbar ihr Schandtat verzeihen und tritt daher mit einem Initiativbegehren für die Verstaatlichung der Wasserkräfte der Schweiz auf. Es wird dafür folgender Wortlaut vorgeschlagen:

Entwurf eines Artikels 23bis der Bundesverfassung: Art. 23bis. Die Gesetzgebung über Ausnutzung der Wasserkräfte und die Abgabe elektrischer Energie ist Bundessache. Soweit der Bund die Wasserkräfte ausnützt, haben die Kantone und nach ihnen die Gemeinden das erste Anrecht darauf.

Im Uebrigen genießen Wasseranlagen der Kantone und Gemeinden dieselben Rechte wie diejenigen des Bundes.

Wasserkraftsgebühren sind an die Kantone nach Maßgabe des Gefalles der betreffenden natürlichen Zuflüsse ihres Gebietes abzuführen.

Bei der Verwendung noch unausgenutzter Wasserkräfte eines Kantons ist in erster Linie der Kraftbedarf seines Gebietes zu berücksichtigen.

Vom Zeitpunkt der Annahme dieses Verfassungsartikels an ist in allen neuen Wasserrechtskonventionen die Anwendung der künftigen Bestimmungen der Bundesgesetzgebung vorzubehalten und ist die Ausfuhr der durch Wasserkraft erzeugten Energie ins Ausland in jedem Falle von einer Bewilligung des Bundesrats abhängig zu machen.

Es handelt sich demnach eigentlich weniger um die Verstaatlichung als vielmehr um die eidgenössische verfassungsmäßige Regelung der Wasserkraftsverhältnisse. Denselben kommt bei dem großen Wasserreichtum der Schweiz die größte Bedeutung zu. Nach dem Züricher Universitätsprofessor Schär bergen die nützlichen Wasserkräfte der Schweiz eine Million Pferdekraften, wovon erst circa 175 000 durch 298 Elektrizitätswerke verwertet werden.

Die sozialdemokratische Partei wird das Initiativbegehren unterstützen, obwohl sie die totale Verstaatlichung der Wasserkräfte anstrebt. Die empörende Gewaltpolitik der Bürgerlichen gegen unsere Partei wird darob nicht vergessen werden.

Vollstimmung in der Stadt Zürich.

Am Sonntag hatten die Stimmberechtigten der Stadt Zürich über den Ankauf der Zürich-Bergbahn durch die Stadt und über den Bau einer neuen Linie zu entscheiden. Erstere Vorlage wurde mit 14 044 gegen 4384, die andere mit 9145 gegen 9070 Stimmen angenommen.

Oesterreich-Ungarn.

Acin Pardon! Budapest, 6. Dezember. (B. L. U.) Der Boykott der Sezer gegen die Blätter, welche das allgemeine Wahlrecht bekämpfen, dehnt sich aus; heute konnten 16 Tageszeitungen teilweise gar nicht, teilweise nur in beschränktem Umfange erscheinen.

Frankreich.

Konviers Russenlymne.

Paris, 5. Dezember. (Eig. Ber.) Konviers hat gestern dem Kommando der Reaktionsäre Folge geleistet und für die von Sembat

Begangenen „Herabwürdigungen“ des russischen Bündnisses...
Während für das gedrückte Russland die Niederlage seiner Armeen auf dem Schlachtfeld den ehernen Schritt der befreienden Revolution beschleunigt und die Völker des Zarenreiches aus ihrer dumpfen Vergessenheit erweckt hat, zeitigt — und das steht in der Weltgeschichte nicht vereinzelt da — der Sieg für die Japaner die gegenseitige Situation. Der Durratriotismus und Militarismus feiern dort ihre höchsten Triumphe; für die „glorreiche Armee“ und die „Stolzflotte“ werden Millionen geopfert — die winzigen Freiheiten des Volkes aber werden unterdrückt. Er berichtet die soeben eingegangene Nummer des Tokioer „Socialist“, daß zurzeit die sozialistische Bewegung in Japan so gut wie erloschen sei. Eine sozialistische Partei gibt es nicht, es besteht nur eine sogenannte „Staatssozialistische Partei“. Der „Chokugen“ hat, nachdem er durch wiederholte Suspensionen und unaufhörliche Polizeischikane in große finanzielle Schwierigkeit gekommen war, sein Erscheinen eingestellt. — Zurzeit erscheint nur noch der „Socialist“. Diese Verfolgung der Sozialisten geschieht, obwohl gerade und fast nur diese den Friedensschluß mit Russland gutgeheißen haben. „Alle Verfolgungen“, so meint der „Socialist“ zurecht, „werden aber nicht in Abrede sein, die Idee des Sozialismus in Japan auszuerothen; müssen auch die Sozialisten zurzeit vollkommen schweigen, weil sich die ganze Bevölkerung in einem nationalpatriotischen Tumult befindet, so glimmt doch das Feuer unter der Asche weiter und wird, wenn die Zeit gekommen, zu einer mächtigen Flamme aufsteigen.“

Afien.

Das siegreiche Japan.

Während für das gedrückte Russland die Niederlage seiner Armeen auf dem Schlachtfeld den ehernen Schritt der befreienden Revolution beschleunigt und die Völker des Zarenreiches aus ihrer dumpfen Vergessenheit erweckt hat, zeitigt — und das steht in der Weltgeschichte nicht vereinzelt da — der Sieg für die Japaner die gegenseitige Situation. Der Durratriotismus und Militarismus feiern dort ihre höchsten Triumphe; für die „glorreiche Armee“ und die „Stolzflotte“ werden Millionen geopfert — die winzigen Freiheiten des Volkes aber werden unterdrückt. Er berichtet die soeben eingegangene Nummer des Tokioer „Socialist“, daß zurzeit die sozialistische Bewegung in Japan so gut wie erloschen sei. Eine sozialistische Partei gibt es nicht, es besteht nur eine sogenannte „Staatssozialistische Partei“. Der „Chokugen“ hat, nachdem er durch wiederholte Suspensionen und unaufhörliche Polizeischikane in große finanzielle Schwierigkeit gekommen war, sein Erscheinen eingestellt. — Zurzeit erscheint nur noch der „Socialist“. Diese Verfolgung der Sozialisten geschieht, obwohl gerade und fast nur diese den Friedensschluß mit Russland gutgeheißen haben. „Alle Verfolgungen“, so meint der „Socialist“ zurecht, „werden aber nicht in Abrede sein, die Idee des Sozialismus in Japan auszuerothen; müssen auch die Sozialisten zurzeit vollkommen schweigen, weil sich die ganze Bevölkerung in einem nationalpatriotischen Tumult befindet, so glimmt doch das Feuer unter der Asche weiter und wird, wenn die Zeit gekommen, zu einer mächtigen Flamme aufsteigen.“

Amerika.

Jahreskongress der American Federation of Labor.

Nieht man das Fazit aus dem am 25. November zu Ende gegangenen 25. Jahreskongress der „American Federation of Labor“ (Arbeiterbund), der anderthalb Wochen in Pittsburg tagte, so ist dasselbe ein recht klägliches, soweit wenigstens positive Verhältnisse in Betracht kommen. Außer einer Erklärung zugunsten des Frauenstimmrechts war die einzige Lobenswerte Tat die Ueberweisung von 1000 Dollar an die russischen Revolutionäre. Allerdings, wäre es nach dem Herzen des Präsidenten der Federation of Labor, Gompers, gegangen, der erst kürzlich eine die Laten der Revolutionäre verurteilende Depesche an Minister Witte richtete, so wären die russischen Kämpfer ohne Unterstützung geblieben.

Reizvollendend für den Geist, der die Mehrheit der Delegierten dieser Kur-Gewerkschaftler beherrscht, ist die neuerliche Ablehnung des Antrages: jedem über 60 Jahre alten Arbeiter, dessen Jahreseinkommen 1000 Dollar nicht übersteigt, eine monatliche Staatsunterstützung von 12 1/2 Dollar zu geben. Und warum diese Ablehnung des Antrages? Einzig und allein, weil der Vater desselben ein Sozialist war und weil man mit der Ablehnung nur dokumentieren wollte, daß die Federation of Labor mit den Sozialisten nichts gemein hat und alle parteipolitischen Fragen aus ihren Tagungen ausschalten will! —

Gewerkschaftliches.

An die Tabakarbeiter Deutschlands!

Die Vorlage der Reichsregierung über die Tabaksteuer ist dem Deutschen Reichstage zugegangen. Jetzt wird es Ernst und zwar fürchterlicher Ernst, denn die Vorlage hat die kühnsten Erwartungen weit, weit übertroffen. Diese Vorlage bedeutet nichts weniger, als den Untergang der gesamten Kleinbetriebe in der Zigarren- und Zigarettenindustrie. Einen Entwurf in der Härte, wie er jetzt vorliegt, hätte wohl niemand erwartet, niemand der Reichsregierung solch kühnen Wagemut zugetraut! Viele, viele Zehntausende von bisher schon schlechtgenährten, weil schlechtentlohnten Arbeitern werden bei Annahme dieser Vorlage dem Elend, der Arbeitslosigkeit überliefert, auf die Landstraße gestoßen. Rechnet die Regierung doch schon selbst mit einem gewaltigen Rückgang der Industrie. In der Zigarettenbranche, wo sie selbst den jährlichen Verbrauch gegenwärtig auf 4 1/2 Milliarden schätzt, und die Reineinnahme nach der jetzigen Vorlage 11—12 Millionen betragen würde, stellt die Regierung nur 5 Millionen in den Etat ein. Das ist doch wohl ein Argument gegen die Regierungspläne, wie es überzeugender nicht von dem schärfsten Gegner der Tabaksteuer Erhöhung vorgebracht werden kann. Der Rückgang des Konsums, an der Hand der Begründung der Regierungsvorlage, würde die billige Zigarette, die 5 Pfennig-Zigarette ganz verdrängen und durch diesen Wunderkonsum eine Protosmation von über 80 000 Arbeiter bedeuten!

Die Wirkung eines solchen Experimentes muß entsetzlich sein. Achtzigtausend Arbeiter der Not preisgegeben, Angesichts der unerschwinglichen Fleischpreise, angesichts des in etlichen Wochen eintretenden Hottarisses, wird dem deutschen Tabakarbeiter ein solches Weihnachtsgeschenk unter den Christbaum gelegt!

Tabakarbeiter allerorts, aller Branchen! jetzt ist es die höchste Zeit, sich gegen diese Vorlage zur Wehr zu setzen; allerorts, wo dieses bis jetzt nicht geschehen, Versammlungen einzuberufen, dort Kommissionen zu wählen, die Ausbringung von Geldmitteln vorzunehmen, die Agitation in die entlegensten Orte zu tragen, die Lässigen und Gleichgültigen aufzurütteln, ihnen die Gefahr klar zu machen, welche die ganze Industrie bedroht. Jeder muß ein Agitator sein, um

dieses Steuerprojekt zu Falle bringen zu helfen!

Jetzt, wo die Steuervorlage erschienen, haben die Tabakarbeiter durch ihre Kommissionen an den Reichstagsabgeordneten ihres Kreises, an die Abgeordneten aller Parteien heranzutreten, sie zu fragen, wie sie sich dieser Vorlage gegenüber verhalten werden, wie sie ihr Mandat als „Volksvertreter“ auszuüben gedenken. Zeigt ihnen Euere traurige Lage, die Erbärmlichkeit Euere Verhältnisse; sie können und dürfen sich nicht zum Mitschuldigen an der Vernichtung der Tabakindustrie machen. Dieses Herantreten an die einzelnen Abgeordneten, gleichviel welcher Partei, hat im Jahre 1893 sehr gute Erfolge gezeitigt und ist die Abwehr der damaligen Steuervorlagen von 1894—1895 zum guten Teil diesem Vorgehen mit zu verdanken gewesen.

Kollegen Deutschlands! Ans Werk, beruft Versammlungen ein, sammelt Geldmittel, tretet ein in die Agitation gegen die volksmörderische Vorlage der Regierung! Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

J. A.: Karl Dutz.

Wir ersuchen sämtliche Arbeiterblätter um gefälligen Abdruck.

Berlin und Umgegend.

Die Schriftgießerei K. Verthold A.-G. ersucht und mitzuteilen, daß die Mitteilung unrichtig sei, sie verjage für die gegenwärtig in Petersburg streikenden russischen Schriftgießer Gehälfen in Berlin, Stuttgart und Wien heranzuziehen. Die Firma könne doch kaum hoffen, bei den heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen Gehälfen zur Konditionsannahme nach Russland zu bewegen.

Uniere Mitteilung, die wir aus Russland direkt erhielten, spricht nicht von Streikenden, sondern behauptet beinahe, den Dieb sein mit einer Absperrung gedroht. Darauf geht die Firma Verthold in ihrer Zuschrift nicht ein.

Deutsches Reich.

Die Buchdrucker sind in einer großen Reihe von Orten in eine Bewegung zur Erlangung einer sogenannten „Leuerungszulage“ eingetreten. Der jetzige Tarif, der am 1. Januar 1902 in Kraft trat, gilt noch bis zum Jahre 1907; bis dahin ist eine Revision desselben ausgeschlossen. Nun haben sich aber die Verhältnisse während der Dauer des Tarifes so wesentlich geändert, daß die Gehälfenschaft in Anbetracht der ungewöhnlichen Umstände sich genötigt sah, auch zu ungewöhnlichen Mitteln zu greifen. Fast überall im Reich sind die Buchdrucker an ihre Prinzipale mit dem Ersuchen um Gewährung einer Leuerungszulage herantreten. Da mit Rücksicht auf die Tarifgemeinschaft ein entsprechender Druck auf die Prinzipale nicht ausübt werden kann, war der Erfolg ein wechselnder. Immerhin ist in einer Reihe von Druckerien dem Ansuchen der Gehälfenschaft entsprochen worden.

Die Lausiger Bergarbeiter regen sich.

Nachdem in fast allen Meibieren Sachsens die Bergarbeiter mit Lohnforderungen an die Werkbesitzer herantreten sind, ist auch im Pittauer Braunkohlenrevier unter den Vergleuten eine große Gärung bemerkbar geworden. Die Vergleute fordern, daß der einheitliche Schichtlohn für Arbeiter unter Tage 3,50 M. und über Tage 3 M. pro Schicht betragen soll. Eine Kommission, in die jedes einzelne Werk einen Mann hineinwählen soll, hat die Aufgabe, die Forderungen möglichst schnell auszuarbeiten. Fast täglich melden sich neue Mitglieder in den Verband an. Es kommt vor, daß Vergleute, die unter großen Gefahren unter der Erde ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, mit sage und schreibe 1,50 M. pro Schicht nach Hause gehen müssen. Die Zeit und die Verhältnisse sind für eine Lohnbewegung günstig.

Russland.

500 Maurer und Handlanger stehen in Luzern im Streik. Sie verlangen für die Wintermonate die acht, für die übrige Jahreszeit die neunständige Arbeitszeit, 65 Rp. minimalen Stundenlohn etc. — In Bern streiten die Arbeiter der Uniformfabrik. — In Zürich planen für das nächste Frühjahr die Wipser, Zimmerleute, Parkettleger und Holzarbeiter Lohnbewegungen für Lohnhöhungen, Minimallohne, Tarifverträge, Reinstundentag etc. Den Zimmerern bildet vielleicht der „nationale“ Zimmerleuteverein ein kleines Hindernis. — In Damos ist ein „nationaler“ Fachverein von Schweizerischen Malern unter dem Namen „Malfasten“ gegründet worden. „Pinsel“ wäre noch passender.

Ein Zentralverband der Gemeinbedienten in der Schweiz ist von den Gemeinde- und Staatsbedienten aus Bern, Luzern, Basel, Zürich und Winterthur in einer in Zürich abgehaltenen Delegiertenversammlung beschlossen worden.

Versammlungen.

Eine große öffentliche Versammlung des Verbandes deutscher Gastwirtsgehälfen tagte am Dienstag in den Industrie-Hallen. Der Verbandsvorsitzende Bösch referierte in eingehender Weise über die Schäden der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung im Beruf und über die Unfähigkeit der Berliner Gehälfenvereinigungen. In der Hand zahlreicher Beispiele wies er nach, wie die gewerkschaftlichen Stellenvermittler es trotz der seit 1000 bestehenden Ministerialverordnung und trotz allen Anzeigen von Seiten der Gehälfen es verfehlen, immer wieder durch ein Hintertreiben zu entschleifen. Während andere Arbeiterorganisationen bezüglich des Arbeitsnachweises nur einen Kampf zwischen dem der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu führen haben, sind es bei den Kellnern die gewerkschaftlichen Stellenvermittler, welche sich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gedrängt haben. Wie enorm die Summen sind, die alljährlich von Seiten der gewerkschaftlichen Stellenvermittler aus den Ämtern der Stellensuchenden herausgepreßt werden, geht wohl am deutlichsten aus der Tabelle hervor, daß im Jahre 1904 — 26 gewerkschaftliche Stellenvermittler in Breslau eine Gesamteinnahme von 51 816 M. für 8000 vermittelte Stellen hatten. Nimmt man diese Summe als Durchschnitt an, so ist es nicht zu hoch gegriffen, wenn man behauptet, daß in Deutschland innerhalb eines Jahres 5 Millionen Mark für die gewerkschaftlichen Stellenvermittlung geopfert werden. Datten wir früher nur einen Kampf gegen die „Gewerkschaften“ zu führen, so muß sich nun notgedrungen derselbe gegen eine Anzahl Kellnervereine, welche sich auf der Basis der Stellenvermittlung gegründet haben, richten. Die Kollegen, welche diesen Vereinen beitreten, sind in dem bedauerlichen Irrtum, daß die Aufgaben eines Vereins schon darin erschöpft seien, daß er seinen Mitgliedern Arbeit besorgt, ganz gleich, unter welchen Bedingungen. Daß dem nicht so sein kann, geht wohl zur Genüge aus den klenden Arbeits-, Lohn-, Kost- und Logisverhältnissen hervor, unter denen die meisten Kollegen leiden. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wies Bösch nach, daß die Mitglieder dieser Vereine, an deren Spitze meistens ein früherer „Gewerkschaftler“ oder auch ein auf großen Umfah bedachter Gastwirt steht, ebenfalls nicht besser dastehen, als wenn sie zum Stellenvermittler gingen. Gläubt man nun wirklich, einem solchen Verein angehören zu müssen, vielleicht dieser oder jener Stellung wegen, so sollte man wenigstens als unterstützenden Mitglied dem Verband der Gastwirtsgehälfen beitreten, um so dem Kampfe gegen die gewerkschaftlichen Stellenvermittler mit beizustehen. Der Referent wies ferner auf die der Wiesbadener Arbeitsnachweiskonferenz unterbreiteten Thesen bezüglich der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung hin, welche darin gipfelten, überall da, wo man für den Nachweis einer Arbeit bezahlt, ganz gleich in welcher Form, denselben als gewerkschaftlich zu betrachten und deshalb zu unterbinden, und ebenfalls dafür zu sorgen, daß diejenigen Ver-

eine, welche die Arbeitsvermittlung nicht aus eigenem Fonds bestreiten können, es unmöglich gemacht bekommen, die Kosten dafür auf ihre Mitglieder abzuwälzen. — In der Diskussion nahmen einige Vertreter von den Stellenvermittlervereinen das Wort und versuchten die Anwesenden davon zu überzeugen, daß man mit der Gehälfenschaft die besten Absichten habe. Man möge ihnen nur Zeit lassen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige in den Industrie-Hallen tagende öffentliche Versammlung erklärt sich von neuem bereit, energisch den Kampf gegen die gewerkschaftlichen Stellenvermittler und deren widerliche Ausbeutung der Gastwirtsgehälfen aufzunehmen und verpflichtet, mit allem Nachdruck für den Zusammenschluß in einer starken einheitlichen Organisation, dem Verband deutscher Gastwirtsgehälfen, zu wirken zum Wohle der gesamten Gehälfenschaft.“

Die Fleischergehälfen und Verkäuferinnen hielten am Sonntag eine öffentliche Versammlung im Saale des Zentralarbeitsnachweises in der Goemannstraße ab. Besprochen wurden die Schäden des gewerkschaftlichen Stellenwuchers im Fleischergewerbe und die Vorgehensweise des paritätischen Arbeitsnachweises. Der Referent Hugo Bösch beleuchtete vorwiegend die allgemeine Frage der Arbeitsvermittlung, während die Diskussionsredner an einzelnen Vorkommnissen die Mißstände kennzeichneten, die sich in der Stellenvermittlung der Fleischer bemerkbar machen. Unter anderem wurde Bezug genommen auf eine Erhebung, welche der Zentralverband der Fleischer veranstaltet hat. Danach haben 50 Gesellen im Jahre 1903 182 Stellen erhalten, und zwar 51 durch den Nachweis der Innung, 121 durch private Vermittler und 10 unter der Hand. Die Gebühr betrug beim Nachweis der Innung durchschnittlich 60 Pf. pro Stelle (85 M. für 51 Stellen), bei den privaten Vermittlern durchschnittlich 5,63 M. (881 M. für 121 Stellen). Von 13 durch die Innung vermittelten Stellen wurden die meisten nur eine Woche bis einem Monat behalten, vereinzelt bis zu sieben Monaten, durchschnittlich 48 Tage, so daß auf jeder Arbeitstag durchschnittlich 1 1/2 Pf. Vermittlungsgebühr kommen. In den durch private Vermittler besetzten Stellen dauerte die Arbeit etwas länger, im Durchschnitt aber auch nur 90 Tage, so daß sich die Vermittlungsgebühr auf 6 1/2 Pf. pro Tag stellt. Weiter wurde in der Diskussion der Arbeitsnachweis der Innung kritisiert und betont, daß auch dort manche Mißstände bestehen, die nur durch die Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises beseitigt werden könnten. — Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Versammlung ersucht die maßgebenden Behörden, scharfste Maßnahmen gegen das gewerkschaftliche Stellenvermittlungssystem zu treffen resp. dasselbe ganzlich zu verbieten. — Die Versammlung erwidert in dem gewerblichen Vermittlungssystem ein Ausbeutungssystem schlimmster Art, wodurch die Stellensuchenden arg geschädigt werden. — Die Behörde wird ferner ersucht, dafür zu sorgen, daß auch die Arbeitsvermittlung der Berliner Fleischer-Innung von der Gesellenherberge getrennt wird, weil dort Schandwirtschaft und Arbeitsvermittlung in unmissbarem Zusammenhang sich befinden. — Die Anwesenden fordern vor allem einen kostenlosen Arbeitsnachweis, der auf paritätischer Grundlage aufgebaut ist und empfehlen deshalb den paritätischen Zentral-Arbeitsnachweis.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Kampf ums Wahrecht.

Budapest, 6. Dezember. (W. D.) Der Secherstrel nimmt große Dimensionen an. Die sozialdemokratische Parteileitung droht, falls die oppositionellen Blätter trotz des Streiks weiter erscheinen sollten, werde heute der Generallist proklamiert werden. Die Gasarbeiter, sowie die Arbeiter der Elektrizitätsanlagen haben bereits zugesagt, sich dem Streik anzuschließen. In Debreczin konnten die Blätter der Unabhängigkeitspartei wegen des dort ebenfalls ausgebrochenen Secherstreiks heute nicht erscheinen. Gegen das Budapester Sozialistenblatt „Nepszota“ wurde das Strafverfahren wegen Ausbreitung eingeleitet und die heutige Nummer konfiszirt.

Die gottlosen Republikaner.

Paris, 6. Dezember. (W. T. V.) In der heutigen Sitzung des Senats wurde der Gesekentwurf betreffend Trennung von Staat und Kirche in der Gesamtstimmung mit 181 gegen 102 Stimmen angenommen. Die Abstimmung wurde mit Bravo und Hochrufen auf die Republik begrüßt. Das Gesetz soll am 1. Januar n. J. in Kraft treten.

Einfuhr eines Bahntunnels.

Madrid, 6. Dezember. (W. D.) Aus Gijon wird berichtet, daß ein im Bau begriffener Eisenbahntunnel auf der Linie Vigo-Santiago teilweise einfiel. Zahlreiche Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Bisher ist es erst gelungen, fünf Leichen zutage zu fördern.

Die russische Revolution.

Moskau, 6. Dezember. (Ueber Ebdtkuhnen von der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Präsident Bakensens und die Mitglieder des Bureaus des Kongresses der Post- und Telegraphenbeamten sind verhaftet worden. — Ein Vortrag des früheren Emigranten Kuljabo Kozegi im Literatenklub über die Familie Trepow in der Gegenwart und Vergangenheit war sehr stark besucht. Die Zuhörer drückten der Regierung ihren Unwillen und Protest über die anbauende Willkür und die Verhaftungen aus. — Dem Bureau des Bauernkongresses gehen fortgesetzt Erklärungen der Bauern zu. Die Bauern wünschen ihre Einlagen aus der Staatskasse zu sehen, zum Zeichen des Protestes gegen die Repressivmaßnahmen gegen das Bureau des Bauernkongresses.

Bauernunruhen.

Estonien. (W. T. V.) über Ebdtkuhnen von der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In einigen Dörfern sind Bauernunruhen ausgebrochen.

„Ordnung und Bar.“

Fula. (W. T. V.) über Ebdtkuhnen von der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Hier hat sich eine Vereinigung gebildet, welche die Devise „Bar und Ordnung“ führt und sich auf die Rantseste vom 19. August und vom 30. Oktober gründet.

Das finnländische Programm.

Stockholm, 6. Dezember. (W. T. V.) Aus Helsingfors wird der Post gemeldet: der am 4. Dezember zum ersten Male zusammengetretene Senat hat beschlossen, die Ausarbeitung eines Gesekentwurfes betreffend eine neue Landtagswahlordnung einem Ausschuß zu übertragen. In der Sitzung legte der Vizepräsident Senator Medelin sein ausführliches Programm dar, in dem zuerst hervorgehoben wird, daß der Senat Maßregeln zu ergreifen habe, daß wieder Ruhe und Ordnung im Lande einzutreten, sodann habe der Senat einen Gesekentwurf über die neue Landtagswahlordnung auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts auszuarbeiten und Schritte zu unternehmen, um eine wahre demokratische Volksrepräsentation durchzuführen. Ferner werde unter anderem angehängt ein Gesekentwurf über die Kontrolle der Behörden seitens der Volkvertretung, über Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Medelin betonte ferner die Notwendigkeit der Reform des Gerichtswezens und der Erweiterung des Prinzips der Landesautonomie. Die jetzt bestehenden Gesetze betreffend die Anwendung der russischen Sprache in den Staatsakten sollen abgeändert und die Nationalsprache wieder in dem ihr zukommenden Maße angewendet werden. Der jetzige Zeitpunkt, schloß Medelin, ist ein historischer Wendepunkt, der alle Kräfte der Gesellschaft ermahnt, daran zu arbeiten, daß eine kühnere Zukunft für das Vaterland herbeigeführt werde.

Reichstag.

8. Sitzung vom Mittwoch, den 6. Dezember 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Fürst Bülow, Graf Posadowski, Herr v. Richthofen, v. Einem, v. Tirpitz, Herr v. Stengel, Herr v. Rheinbaben, Kräfte, Prinz Hohenlohe.

Auf der Tagesordnung stehen die erste Lesung des Etats, der Flottenvorlage und der Reichsfinanzreform. (Ueber die Steuerprojekte soll besonders verhandelt werden.)

Reichskanzler Fürst Bülow: Wenn ich das Wort zu Beginn Ihrer Verhandlungen erheben darf, so geschieht dies, um in ganz sachlichen und möglichst kurzen Ausführungen die wichtigsten und bedeutendsten Vorlage einzuleiten, welche den Kernpunkt Ihrer Beratungen bilden wird, nämlich die Reichsfinanzreform. Ohne Befriedigung der Reichsfinanzen ist kein Fortschritt in den Kultur- und sozialen Aufgaben, keine Entwicklung der sozialen Fürsorge möglich, keine Erhaltung und Stärkung unserer Wehrmacht zu Wasser und zu Lande. Die Finanzverhältnisse haben sich während des letzten Jahrzehnts im Reich so ungünstig gestaltet, daß über einen Punkt wohl allgemeine Uebereinstimmung herrscht, nämlich: daß es so nicht weiter geht. (Sehr richtig!) Es ist für eine Regierung immer sehr unangenehm, wenn sie Geld braucht, sagte Bismarck schon im norddeutschen Reichstage, denn die, welche ihr das Geld geben, geben es ihr viel lieber nicht, da sie dafür nach ihrer Ansicht eine viel bessere Verwendung hätten. (Weiterleit.) Die Steuern werden weniger aus Patriotismus als aus Zwang bezahlt. (Weiterleit.) Kann man sich ihnen entziehen, so tut man es nicht ungern. Vor allem hat jede neue Steuer etwas Unbeschreibliches Ungemittliches. (Weiterleit.) Aber im Interesse des Reiches wie der verbündeten Einzelstaaten müssen wir das Odium einer Reichsfinanzreform auf uns nehmen und durchführen. (Zustimmung.) Mit einer kleinen Finanzreform ist und nicht geht, sondern nur mit einer Finanzreform, die dauernde Abhilfe schafft. Im Gegensatz zu England und Frankreich weist unser Finanzwesen im Reich die Höhe des neuen und unrentigen, des jungen Mannes auf, der sich seinen Lebensunterhalt selbst verschaffen muß. (Weiterleit.) Die einzige Erbschaft, die wir gemacht haben, besteht in unserem System der Zölle und Verbrauchssteuern. Auch in England und Frankreich wachsen die Ansprüche des öffentlichen Lebens fortwährend, aber ihr Finanzwesen ist so praktisch eingerichtet, daß es den naturgemäß anwachsenden Ansprüchen dauernd Genüge leistet. Bei uns lebt man von der Hand in den Mund, und spätestens alle zehn Jahre sind wir am Ende unserer Weisheit. In diesen Verhältnissen liegt auch der Anlaß zu der häufigen und höchst unerwünschten Vermehrung der Steuerzahler. Seit einer Reihe von Jahren genügen die Einnahmen des Reiches wiederum nicht mehr zur Befriedigung seiner ordentlichen Ausgaben. Noch im Jahre 1879 konnte Fürst Bismarck stolz hervorheben: „Jetzt ist das Reich nicht mehr ein lästiger Kostgänger der Einzelstaaten, sondern ein Kostgänger, der ein gutes Kostgeld zahlt und darüber hinaus sich freigiebig erweist. Es ist ein Kostgänger wie ein König, der bei einem Privatmann wohnt.“ Aus diesem König ist nach und nach ein armer Reisender geworden, der als höchst unerwünschter Gast an die Thüren der Einzelstaaten klopft und seinen Lebensunterhalt erbittet. (Weiterleit.)

Die 1875 Schuldenfrei, hat das Reich 1905 über 3 1/2 Milliarden Schulden, 1877 bis 78 betragen die Passiva nach Absetzung früherer Verbindlichkeiten 72 Millionen Mark. 1881 bis 82 betrug der Anleihebestand bereits 119 Millionen, 1886/87 496 Millionen, 1891/92 1660 Millionen, 1896/97 2171 Millionen, 1901/02 2814 Millionen, und schließlich in diesem Jahre über 3 1/2 Milliarden, was rund 100 Millionen Zinsen jährlich beansprucht. Zum Vergleich der Schulden des Reiches mit denen anderer großer Staaten noch folgende Zahlen: 1902 betragen die Schulden des Reiches einschließlich derer der Bundesstaaten rund 14 Milliarden, die Oesterreichs 7 Milliarden, Italiens 10 Milliarden. In den Jahren 1880 bis 1902 sind die Schulden des Deutschen Reiches um 61,6 Proz. gestiegen (Hört! hört! links), während im gleichen Zeitraum die Schulden in Italien um 7 Proz., in Großbritannien um 17 Proz. gestiegen sind und in Frankreich um 4 Proz. gesunken sind! Wie Sie sehen, hat die Knappheit der Mittel nicht zur Sparsamkeit geführt. Auf der anderen Seite brauchen Sie nicht zu befürchten, daß steigende Einnahmen und zur Veranschaulichung führen werden. Ich habe öfters die Beobachtung gemacht, daß Leute, die über große Mittel verfügen, die größten Virtuosen in der Sparsamkeit sind. Das Bild hoffen wir Ihnen noch vorzuführen. (Weiterleit.) Die rapide Zunahme der Reichsschulden gibt zu um so größerem Bedenken Anlaß, als die aus den Anleihen entnommenen Mittel mit den eigenen nur zum geringen Teil zu direkt verwendenden Anlagen verwendet werden und andererseits eine plan- und regelmäßige Schuldentilgung nicht stattfindet. Andere Staaten sind fast durchweg weit vorsichtiger gewesen als wir. Die Vereinigten Staaten befolgen eine ähnliche Methode wie wir, indem sie ihre Schulden aus Ueberflüssen der Staatseinnahmen tilgen und die Tilgung einstellen, wenn keine Ueberflüsse vorhanden sind. Im Gegensatz zu uns haben sie aber damit ganz außerordentliche Erfolge erzielt. Die amerikanische Schuld ist von 3384 Millionen Dollars im Jahre 1865 auf 1780 Millionen im Jahre 1891 und auf 931 Millionen bis 1902 gesunken. England verpflichtet sich bei Aufnahme seiner Anleihen, die Schuld in einer bestimmten Anzahl von Jahren wieder zu tilgen und zwar mittels jährlicher Zahlungen. Außerdem findet in England noch eine direkte Tilgung aus einem besonders dazu bestimmten Fonds statt. In Frankreich und Oesterreich besteht ebenfalls eine planmäßige Schuldentilgung.

Die Mehreinnahmen, welche zu erwarten sind aus der weiteren natürlichen Entwicklung der im Reich vorhandenen Einnahmen werden bei äußerster Sparsamkeit — ich unterstreiche das Wort „äußerste“ — ausreichen für die stetig wachsenden Ansprüche auf dem Gebiete des Militärwesens, der Post, im Bereiche des Innern, der Justiz, Post, Telegraphie, für die soziale Fürsorge usw. Einige Zahlen, um das fortschreitende Bedürfnis im einzelnen zu kennzeichnen: 1878 verlangte Reichsarmee und Marine an fortwährenden Ausgaben 297 Millionen Mark, an einmaligen 66 Millionen; 1891/92 an fortwährenden Ausgaben 456 Millionen, an einmaligen 105 1/2 Millionen. Der Bedarf hatte sich also verdoppelt. 1902 betrug er bereits für Militär- und Marinezwecke rund 1 Milliarde. Die Verdoppelung ist annähernd nach zehn Jahren schon wieder erreicht. Diese Steigerung finden Sie aber nicht bloß für Zwecke der Landesverteidigung, aber auch nicht bloß für Zwecke des Reiches, sondern — das betone ich ganz besonders — fast auf allen Gebieten und in allen Staaten. So hat Preußen für Zwecke des Unterrichts aufgewandt 1861: 18 Millionen, 1876: 49 Millionen, 1902: 176 Millionen. Trotz äußerster Sparsamkeit wird sicherlich nicht darauf gerechnet werden können, aus den bisherigen Einnahmequellen des Reiches etwas zu erübrigen für die Deckung des 100 Millionen-Zehlbetrages und für die vom Reich bereits in Angriff genommenen Aufgaben, für die Durchführung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des Heeres usw. Dabei hat das Reich noch Aufgaben, die aus Mangel an Mitteln nicht in Angriff genommen werden können und dringend der Erledigung harren, ich verweise auf die Pensionsgesetze, die dringende notwendige Verstärkung der Marine, die dringende notwendige Sanierung des Reichsinvalidenfonds.

Es ist nicht das erstemal, daß wir uns bemühen, Debnung in die Reichsfinanzen zu bringen. Das Gesetz vom 14. Mai 1904 hat in formeller Beziehung zweifellos Erfolg gehabt, sein materieller Gewinn war aber gering, weil der Hauptbestand bestehen blieb, daß die ordentlichen Einnahmen nicht ausreichen zur Deckung der ordentlichen Ausgaben. Daß die Beseitigung dieses Uebelstandes ohne Gefährdung der Sicherheit des Wohlstandes des Reiches, ohne

Preisgabe wichtiger Kulturaufgaben nicht anders zu erreichen ist als durch neue Steuern, ist die wohlterwogene, festbegründete Ueberzeugung aller verbündeten Regierungen. Gewiß kommt die Finanzreform im wesentlichen heraus auf Einführung neuer Steuern unter Erhöhung der bestehenden. Wenn wir aber für die wachsenden Ausgaben nicht vermehrte Einnahmen nötig hätten, bräuchten wir überhaupt keine Reichsfinanzreform. (Weiterleit rechts.)

Der zur Deckung des Zehlbetrages notwendige Gesamtbetrag ist auf rund 250 Millionen zu veranschlagen. Von diesen werden zuna 75 Millionen durch Mehreinnahmen aus den Zöllen gedeckt werden können. 50 Millionen sind gesetzlich für die Witwen- und Waisenversorgung festgelegt. Um den noch fehlenden Betrag möglichst gerecht zu verteilen und die minderbegüterten Volksschichten am wenigsten zu schaden, ist es nötig, diese Summe möglichst vielen, möglichst leistungsfähigen Schultern aufzulegen. Die verbündeten Regierungen wissen sehr wohl, daß in diesem hohen Maße der Wunsch besteht, die breite Masse gar nicht zu den neuen Steuern heranzuziehen; sie glauben aber, daß in dieser Form, so allgemein gehalten, dieser Wunsch zu weit geht und für jede durchgreifende Reichsfinanzreform ein unüberwindliches Hindernis bilden würde. (Hört! hört! links.) Gewiß soll man sich der Verteuerung des notwendigen Bedarfs enthalten; in der Agitation gegen die neuen Steuern begegne ich aber immer wieder der Illusion, als ob die Regierung nur aus Schwäche oder Einfältigkeit sich nicht ausschließlich an den Luxus der Reichen hielte, und als ob sie die Wahl hätte, den zwischen steigenden Ausgaben und ungenügenden Einnahmen festgefahrenen Staatswagen entweder durch ein schnell-beimiges Zugpferd oder die vereinte Kraft von vielen Arbeitspferden herauszuziehen. (Weiterleit.) Nun, so liegen die Dinge nicht. Wir haben diese Wahl nicht. Der Luxus der Reichen wirkt auch bei hoher Besteuerung verhältnismäßig nicht viel ab. Es gibt eben zu wenig Reiche! (Weiterleit rechts.) Ich habe vor einigen Wochen in einer Zeitschrift den Aufsatz eines Mitgliedes dieses hohen Hauses geleitet, dessen Ausführungen lauteten, daß, wenn man alle Renteneinkommen im Deutschen Reich durch die Zahl der Bevölkerung dividiert, auf jeden Kopf 300 M. jährlich fallen. (Unruhe links.) Ich sage also: es gibt in Deutschland noch zu wenig Reiche. Diese Erwägungen müßten die Regierungen in erster Linie auf die indirekten Steuern führen. Für diese indirekten Steuern sprach aber auch die Reichsversammlung, welche das Reich auf die indirekten, die Einzelstaaten aber auf die direkten verteilte. Das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern liegt auch in Deutschland gar nicht so ungünstig. In Reich und in den Einzelstaaten zusammen belaufen sich die direkten Steuern auf 7,72 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, in Oesterreich auf 9,45 Mark, in Ungarn auf 9,89 Mark, in Italien auf 12,49 Mark, in Frankreich auf 12,88 Mark, und in Großbritannien auf 19,65 Mark (Hört! hört! rechts). An Zöllen und indirekten Steuern kommen im Deutschen Reich und im Bundesstaate 19,97 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, in Oesterreich-Ungarn 21,12, in Italien 22,54, in Frankreich 44,97 Mark, in Rußland 45,45, in Großbritannien und Irland 47,54 (Hört! hört! rechts) und in den Vereinigten Staaten, wo im allgemeinen keine direkte Steuer besteht, 30,01 Mark auf den Kopf der Bevölkerung. (Hört! hört! rechts.) Ich möchte aber noch auf einen weiteren Punkt hinweisen: Kom Reiche und von den Einzelstaaten zusammen werden jährlich 218 Millionen Mark für Unterrichtszwecke ausgegeben. Diese gehen im wesentlichen für die Zwecke der Volksschulen drauf. Es ist berechnet worden, daß von den Gemeinden und von Privaten noch mindestens 3 mal soviel Geld für Unterrichtszwecke ausgegeben wird. Wir haben also mit einer jährlichen Ausgabe von über einer Milliarde für Unterrichtszwecke zu rechnen. Da die Einzelstaaten ein direktes Steuersystem haben, so wird diese enorme Summe fast ganz von den besser situierten Gesellschaftsklassen aufgebracht. Benutzt aber werden diese Summen im wesentlichen zugunsten der Besitzlosen. (Sehr richtig! rechts.) Ziel jeder Steuerreform muß sein, daß der Steuerdruck mit möglichst geringer Beschwerde getragen werden kann. Man muß sich immer fragen, so hat sich vor langen Jahren Fürst Bismarck gesagt: wie läßt sich der Steuerdruck am bequemsten tragen, denn etwas drückt er ja freilich immer. Von diesem Gedanken ausgehend war mein großer Vorgänger seit seiner frühesten öffentlichen Tätigkeit, schon seit seiner Prüfungsarbeit als Referendar — diese Prüfungsarbeit führte einen Titel, der auch jetzt wieder sehr zeitgemäß wäre, er lautete: „Ueber die Sparsamkeit im Haushalt.“ (Weiterleit) — ein ausgeprägter Anhänger der indirekten Steuern geworden. Er sah ihre Vorzüge namentlich in der leichteren Form der Erhebung.

Diese Gesichtspunkte müßten die verbündeten Regierungen auch jetzt dahin führen, auf die indirekten Steuern zurückzugreifen. Wenn sich die verbündeten Regierungen trotzdem entschlossen haben, die Reichserbschaftsteuer in Vorschlag zu bringen, so wollen Sie darin einen Beweis sehen, daß die verbündeten Regierungen nicht eigenmächtig sind, daß sie tun wollen, was sie tun können, um zu einer Einigung zu gelangen. Die Erbschaftsteuer trifft das mobile Kapital viel weniger hart als das immobile. (Sehr richtig! rechts.) Eine Umgehung der Erbschaftsteuer läßt sich bei mobilem Kapital nur schwer verhindern, wenigstens ohne gefährliche Eingriffe in das Privatleben. Ferner wird der Erbe eines Immobilienbesitzes, wenn nicht gleichzeitig zufällig auch bares Geld gerbt wird, durch eine Erbschaftsteuer häufig gesteuert sein, Schulden anzunehmen. Sie hören also, ich trage Ihnen freimütig alle Bedenken vor, die gegen eine Reichserbschaftsteuer sprechen.

Wenn die verbündeten Regierungen trotzdem die Erbschaftsteuer vorschlagen, so geschieht es, weil sie diese Bedenken nicht für unüberwindlich hielten. Es soll bei der Reichserbschaftsteuer, die den Betrag von 80 Millionen für das Reich erbringen soll, der Versuch gemacht werden, die dieser Steuerart anhaftenden Uebelheiten noch Möglichkeit zu beseitigen oder wenigstens zu mildern. Nicht verjähren will ich, daß die verbündeten Regierungen zu dem Entschluß, diese Steuer vorzuschlagen, auch aus der Erwägung heraus gekommen sind, daß sie in Deutschland nur dürftig ausgestaltet ist und geringe Erträge abwirft. In England ergibt sie 7—8, in Frankreich, Belgien, und glaube ich, in den Niederlanden 3—4 M. pro Kopf der Bevölkerung, in Preußen noch nicht einmal 3 Pf. (Hört! hört! links.)

Im übrigen muß ich es dem Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamt überlassen, die einzelnen Steuerentwürfe zu begründen. Ueber seine Kompetenz sind wir und ja alle einig. Als ich vor drei Jahren Sr. Majestät dem Kaiser den Freiherrn v. Stengel zum Staatssekretär im Reichsschatzamt vorschlug, sagte ich: „Majestät, es gibt drei Personen in Deutschland, welche den Etat, die Finanzen und Finanzverhältnisse genau kennen: Den Abgeordneten Eugen Richter, Herrn Direktor Aschenborn und den Freiherrn v. Stengel. Abgeordneter Richter, fügte ich hinzu, würde wohl leider nicht genügt sein, den Posten des Reichsschatzamt anzunehmen (Stürmische Heiterkeit).“ Herr Direktor Aschenborn sei über die Jahre hinaus, so es Späß machte, Staatssekretär zu werden. (Heiterkeit.) Aber ich sei überzeugt, daß Freiherr v. Stengel der richtige Mann für diese Stellung sei, und ich bin überzeugt, daß Freiherr v. Stengel auch jetzt der richtige Mann ist, um diese hochwichtige Frage in sachlicher, gewissenhafter, gerechter Weise mit diesem Hause zu prüfen.

Die verbündeten Regierungen, welche einhellig, welche einmütig hinter dieser Vorlage stehen (Wabal rechts), hoffen, daß das hohe Haus nicht die schwere Verantwortung auf sich nehmen wird, nicht nach besten Kräften zu einem glücklichen Ausgang dieser notwendigen Vorlage beizutragen. Sie werden um so eher zu einem günstigen Ergebnis gelangen, je mehr Sie sich freimachen von der Auffassung, als ob der Regierung neue Steuern bewilligt werden. Diese Auffassungswiese, die man hier und da noch in der Presse trifft, stammt aus den Rinderseiten des Parlamentarismus. (Sehr gut! rechts.) Nein, meine Herren, hier handelt es sich um eine vera necessitas (bitte! Notwendigkeit). Was Sie bewilligen, bewilligen Sie dem

Land, bewilligen Sie für die Deckung von Ausgaben, die für die Sicherheit, die Wohlfahrt, den Frieden und die Zukunft des deutschen Volkes unerlässlich sind. Bewilligen Sie dem Reich, wessen es bedarf, um unter Bewahrung der notwendigen Bewegungsfreiheit die Einzelstaaten nicht zur Not zu fallen. Damit werden Sie die Gegenwart erleichtern, die Zukunft sichern, die Verdienste des Reichstages vermehren um eine eminent patriotische Tat. (Lebhafter Beifall rechts, Zischen links.)

Reichsschatzsekretär Herr v. Stengel: Redner gibt die übliche Uebersicht über das abgelaufene und das neue Finanzjahr, sowie Ueber die Steuerpläne. Seine Ausführungen bleiben, zum Teil wegen der im Hause herrschenden Unruhe, besonders aber wegen der leisen Redeweise, auf der Tribüne größtenteils unverständlich. Erwa dreißig Abgeordnete versammeln sich um den Redner, aber auch sie scheinen ihn nicht recht zu verstehen. Nach 1 1/2 Stunden wird der Redner etwas eifriger und spricht wenigstens einzelne Worte mit stärkerer Betonung. Der Kreis der um ihn versammelten Abgeordneten ist immer dichter geworden. Der Rest des Reichstages hat sich zu einzelnen, lebhaft diskutierenden Gruppen aufgelöst. Nach einer weiteren Viertelstunde betritt der Reichs- langler, der sich gleich nach Schluß seiner Rede entfernt hatte, wieder den Saal. Nachdem der Redner den Etat gründlich durchgegangen ist, geht er näher auf die Finanzreform ein.

Abg. Friese (Z.): Als wir im Rai auseinander gingen, glaubten wir alle, der Reichstag würde bereits im Oktober wieder zusammenberufen werden. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Die späte Einberufung ist außerordentlich bedauerlich. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Glaubt denn einer in diesem Hause, daß wir mit dem Etat und mit den Steuergesetzen bis zum 1. April fertig werden können? (Zurufe links: Nein! Nein!) Es wird uns nicht anders übrig bleiben, als gewisse Teile des Etats, für die die Steuergesetze in Betracht kommen, herauszunehmen, um wenigstens den Haupt-Teil bis zum 1. April fertig zu stellen. Aber wird auch nur dieses Ziel in einem dritteljährigen Reichstag zu erreichen sein? (Sehr gut! links.) Wie kann man es den Abgeordneten zumuten, sich ohne Entschädigung ganz aus ihrem bürgerlichen Beruf auszureschicken?

Wir hegen die zureichende Hoffnung, daß unser Antrag auf Einführung von Diäten diesmal Annahme findet. Sonst können wir keine Verantwortung übernehmen für die gedeihliche Erledigung der uns obliegenden großen Aufgaben. — Im Gegensatz zu früher bietet der Etat in der letzten Zeit nicht mehr ein Spiegelbild der inneren, sondern vielmehr der äußeren Lage. Bei einer blühenden Industrie und einer sich erholenden Landwirtschaft haben wir eine schlechte Finanzlage. Für die Kolonien allein werden 20 Millionen gefordert, die wir früher gar nicht kannten. Südwest-Afrika verlangt an außerordentlichen Ausgaben 103 Millionen, die auf Anleihe genommen werden müssen. Rußland beansprucht 13 1/2 Millionen. In Europa standen wir seit Jahren unter dem Druck des Zweibundes und der Möglichkeit, einen Krieg zu Lande nach zwei Fronten führen zu müssen. Infolge des unglücklichen Krieges und der inneren Wirren, deren Ausgang sehr zweifelhaft ist, und welche bei dem großen Güterverkehr zwischen uns und Rußland auch für unsere Industrie sehr unangenehme Folgen haben, ist Rußland für kaum absehbare Zeit lahmgelegt. Das plötzliche Aufstehen der Marokko-Frage hat gezeigt, wie der Friede in Europa nur an einem seidenen Faden hing. Wir erwarten, daß der Herr Reichskanzler uns jetzt über die Marokko-Angelegenheit, sowie auch über die Stellung der Regierung zu den inneren Wirren in Rußland Mitteilung macht. Wir haben durchaus ein Interesse daran, in guten Beziehungen mit Frankreich zu leben (Wabal) und ebenso mit England. Wir verfolgen ohne Reid die Entwicklung der englischen Industrie, erwarten aber auch das Beste von den Engländern und gegenüber. (Sehr richtig!) Ferner bitten wir den Herrn Reichs- langler um Auskunft über den ferneren Bestand des Dreibundes und Italiens Stellung zu uns. — In der Schuldensumme, die für das Reich angeführt wurden, finden die preussischen Eisenbahnschulden, desgleichen die badischen Eisenbahnschulden. Diese „Schulden“ erfordern nicht nur nicht Zinsen, sondern bringen im Gegenteil eine große Reineinnahme. Bringt man diese für produktive Ausgaben gemachten Anleihen in Abzug, so bleibt als deutsche Gesamtschuld nur eine Summe von etwa 7 oder 8 Milliarden übrig. Auch das Reich selbst steht nicht gar so unglücklich. Es hat eigene Einnahmen aus den Reichseisenbahnen und aus dem Bankwesen im Gesamtbetrag von etwa 100 Millionen Mark jährlich. Das sind etwa vier Fünftel des Zinsbetrages für die Reichsschuld.

Im Etat für das Reichamt des Innern befindet sich eine Forderung von 200 000 M. für die Hofstaatsburg. Als wir für diese Restauration die letzte Rate bewilligt haben, waren wir der Ueberzeugung, daß dies bestimmt die letzte sein würde. Nun kommt wieder diese große Forderung! Es wird dem Herrn Staatssekretär schwer fallen, den Reichstag zur Bewilligung dieser Forderung zu bewegen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Im Kolonialetat betragen die ordentlichen Ausgaben 26 Millionen. Zu dem außerordentlichen Etat von 170 Millionen haben wir einen Nachtragsetat für Ostafrika zu erwarten.

Im Militäretat sind erhebliche Mehrforderungen enthalten, die meist durch die zweijährige Dienstzeit und die Vermehrung der Präsenzstärke veranlaßt sind. Wir werden sie in der Kommission genau prüfen müssen. Beim Marineetat haben wir eine Menge neuer Ausgaben, zum Teil als Folge des neuen Flottengesetzes, zum Teil infolge der geplanten Erhöhung des Ronnengehaltes und der Verbesserung der Armierung. Dazu kommt die Forderung für die Vergrößerung der Torpedoflotte. Die Begründung dieser Vorlagen ist sehr knapp, wir warten aber die Erklärungen des Reichs-Marine- sekretärs in der Kommission ab.

Die Stellung meiner politischen Freunde ist die, daß wir überzeugt sind, daß Mehreinnahmen zu schaffen nötig sind. Doch glauben wir, daß die Höhe der notwendigen Mehreinnahmen vom Reichs-Schatzsekretär übertrieben ist, namentlich, weil nach meiner Ueberzeugung die Zölle in den folgenden Jahren weit höhere Beträge liefern werden, als im Etat angenommen wird. Die Ver- steuern gefallen und nicht. Die Steuerprojekte bewirken eine starke Massenbelastung. Nun wurde aber im § 6 des Flottengesetzes von 1900 bestimmt, daß die Mehrforderungen der Flotte nicht durch Belastung des Massenkonsums gedeckt werden dürfen. Diese Bestimmung bedeutet für uns ein Programm, dem Regierung und Reichstag zugestimmt haben. Gewiß bezog sich unser damaliger Beschluß nur auf das Flottengesetz; aber für uns ist es ein Programm, das wir auch neuen Ausgaben gegenüber festhalten werden. (Sehr wohl! im Zentrum.) Darum können wir wohl einer Verteuerung der ausländischen Tabakfabrikate zustimmen, aber nicht einer wesentlichen Erhöhung des Zolles auf Rohabak, nicht einer Verteuerung der Tabakpfeifen, die ein unentbehrliches Genussmittel des armen Mannes ganz wesentlich belasten würde. Hinsichtlich der Brausteuern sind wir für eine Staffelung nach der Größe der Betriebe gern zu haben. Aber eine Belastung des Bierkonsums des armen Mannes scheint uns wiederum gegen den § 6 des Flottengesetzes zu verstoßen, und die Verpflichtung, die wir damals dem Volke gegenüber eingegangen sind, gebieten wir auch zu halten. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Eine Erhöhung der Matritularumlagen wird sich nicht umgehen lassen. Wir wünschen, daß die im Deutschen Reich verbündeten Staaten auch finanziell an dem Reich interessiert sind. — Die eingehende Erläuterung der einzelnen Steuerentwürfe behalte ich mir vor. (Zuruf: Erbschaftsteuer!) Die Erbschaftsteuer hatte ich in der Tat vergessen. Ich kann im Namen meiner politischen Freunde erklären, daß wir äußersten Falls, wenn Sie keine besseren Vorschläge haben, für die Erweiterung der Erbschaftsteuer auf Defizienten und Ehegatten zu haben wären, aber nur bei ganz großen Beträgen. (Beiwegung.) Eventuell werden wir diesen

Schritt, der vielleicht manchem unympathisch ist, tun müssen. In dem Sinne, wie ich dargelegt habe, werden wir an die Beratung der Finanzreform herangehen mit dem ernstesten Bestreben, eine Einigung mit den verbündeten Regierungen zu finden und unter Schonung der schwachen Schultern die zur Verteidigung des Vaterlandes notwendigen Mittel zu gewinnen. Mit der Chronik betonen wir, daß uns die Erhaltung des Friedens sehr am Herzen liegt; sie ist uns eine heilige Sache. (Lebhafte Bravo im Zentrum.)

Reichskanzler Fürst Bülow:

Ein auswärtiges Blatt hat in Aussicht gestellt, daß ich bei der diesjährigen Etatsberatung große Enthüllungen machen würde. Das verehrte Blatt befindet sich im Irrtum. Ein leitender Staatsmann kann nicht in jedem Augenblick eine Rede über auswärtige Politik halten, namentlich wenn die Lage nicht eine völlig besriedigende ist. (Hört! hört!) Er kann in solchen Fällen mit einer öffentlichen Rede mehr Schaden als Nutzen anrichten. Die Beziehungen zwischen den Kabinetten können durchaus korrekter sein; aber die Politik erschöpft sich nicht in den Beziehungen zwischen den Kabinetten. Graf Nolte hat in diesem Hause von den Gefahren der Volkseifersucht gesprochen. Es ist keine Frage, daß wir mit einer tiefen Abneigung gegen uns in der öffentlichen Meinung Englands zu rechnen haben (Hört, hört!); erst in der letzten Zeit haben sich in einflussreichen englischen Kreisen Ansätze gezeigt, die auf Lösung der Spannung hinielen. Ich begrüße diese Ansätze, wie alles, was freundliche Beziehungen zwischen den beiden stammverwandten Nationen fördert.

Zwischen Italien und Deutschland liegen keine Streitpunkte vor; wenn es Reibungen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn gibt, so haben beide Regierungen, zwischen denen die deutsche das verbindende Zwischenglied bildet, den guten Willen der freundschaftlichen Beilegung. Die italienische Regierung und die Mehrheit des italienischen Volkes halten durchaus an Dreieinigkeit fest. — In Japan waren und sind unsere Beziehungen durchaus freundschaftlich; es ist keineswegs anzunehmen, daß das intelligente japanische Volk einen Angriff auf unsere ostasiatische Position beabsichtigt. Der Wortlaut des englisch-japanischen Bündnisses und die Erörterungen, die Lord Lansdowne dazu gab, stehen nicht im Widerspruch zu den Prinzipien unserer ostasiatischen Politik, an deren Spitze die Integrität Chinas und die offene Tür in China stehen. Durch Zurückziehung unserer Truppen aus China, die im nächsten Frühjahr perfekt werden soll, beweisen wir die Aufrichtigkeit unserer ostasiatischen Friedenspolitik. — In die inneren Verhältnisse Russlands mischen wir uns nicht ein; wir wünschen nur — schon im Interesse unserer Industrie — daß die Verhältnisse stets in Zukunft friedlicher entwickeln mögen. Wir mischen uns ebensowenig in die Vorgänge in Polen ein; alle Behauptungen auswärtiger Blätter über diesen Punkt beruhen auf Erfindungen. Das freilich kann ich versichern: Ein Uebergreifen der Bewegung auf unsere polnisch sprechenden Landschaften werden wir nicht dulden; bei uns werden wir Ruhe zu halten wissen, darauf können Sie sich verlassen. (Lebhafte Beifall rechts.) — In Marokko verfolgen wir eine durchaus defensible Politik: keine Landvererbungen, aber Schutzbündnisse der deutschen Interessen. Wir besitzen nicht der französischen, noch der englischen, noch der spanischen Regierung das Recht, Abkommen über Marokko zu treffen. Was wir ihnen bestritten, war das Recht, über die deutschen Interessen und über die Rechte, die Deutschland durch die Madrid-Konvention in Marokko erworben hat, ohne Zustimmung Deutschlands zu verfügen. Ich tat alles, was ich konnte, um auf freundschaftlichem Wege einen Ausgleich zwischen dem französisch-englischen Abkommen und unseren Interessen und Rechten in Marokko zu schaffen. Meine durchaus freundschaftlichen Bemühungen in dieser Richtung blieben erfolglos. In einem Erlaß an den deutschen Botschafter in London habe ich die leitenden Grundsätze der deutschen Marokkopolitik eingehend dargelegt. (Der Reichskanzler verliest den betr. Erlaß vom 11. Juni 1905.) In dem Erlaß heißt es u. a.: Das englisch-französische Abkommen verbürgt den status quo; wenn jetzt aber Frankreich auf einen völligen Umsturz des bestehenden Zustandes zielt, so tut es das auf seine eigene Gefahr und England braucht keine Verantwortung dafür zu übernehmen. Der Einwand, daß die deutschen Interessen in Marokko geringfügig sind, will nicht besagen; wenn einem Geld aus der Tasche genommen werden soll, so wehrt er sich, einerlei ob es sich um 100 M. oder um 5 M. handelt. Wenn Deutschland dem oben gekennzeichneten Bestreben Frankreichs entgegentritt, so vertritt es damit die Rechte seiner Untertanen und der Untertanen der übrigen Vertragsstaaten. (Lebhafte Beifall.) Im Sinne dieses Erlasses hat die deutsche Politik auf die Einberufung einer neuen Konferenz gedungen, die das Prinzip der offenen Tür in Marokko aufs neue sichern soll, unbeschadet der besonderen Interessen, die sich aus Frankreichs Stellung als Grenzstaat Marokkos ergeben. Die Konferenz ist gerichtet: alle europäischen Staaten, auch Rußland, werden an ihr teilnehmen. (Lebhafte Beifall.) Seit dem Verleihen des Deutschen Reiches ist der Frieden das Ziel der deutschen Politik. Wenn jemand das nicht einseht, so will er es eben nicht einsehen; dagegen können auch die schönsten Reden nichts helfen. (Lebhafte Beifall im größten Teil des Hauses.)

Darauf verlegt das Haus die weitere Beratung des Etats auf Donnerstag 1 Uhr.
Schluß 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages konstituierte sich gestern und wählte den freikonservativen Abgeordneten Gamp zum Vorsitzenden; gleichzeitig wurde beschlossen, am Dienstag nächster Woche mit den Sitzungen zu beginnen und zwar mit der Beratung der Reichsbahn-Lüderichs-Studub. Änderungen konservative, national-liberale und antimilitärische Mitglieder lehnen ab, daß es die Mehrheitsparteien mit der Bewilligung dieser Bahn sehr eilig haben. Abg. Singer erklärte daher, daß die sozialdemokratische Fraktion sich ganz entschieden gegen den eventuellen Versuch wenden werde, die allgemeine Etatsberatung durch die Beratung dieser Bahnvorlage zu unterbrechen. Die Sozialdemokratie werde sich korrekter an die Abmachungen des Seniorensentens halten. Die Mehrheitsparteien mögen das beachten, sie könnten sonst recht unliebbare Uebertragungen erleben. Die Mehrheit zielt darauf ab, noch vor den Weihnachtstagen die Lüderichs-Studub-Bahn durchzuführen.

Eine Zentrums-Interpellation.

Im Abgeordnetenhaus ist vom Zentrum — den Abgeordneten Dr. v. Savigny und Schmidt-Warburg — folgende Interpellation eingebracht worden:

Es ist dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten bekannt, daß der Einsturz des Eisenbahnunnfalls bei Altenbelen 1. schwere, noch jetzt andauernde wirtschaftliche Nachteile sowohl für die nächste Umgebung, als auch für das ganze, auf die Verzögerung dieser Strecke angewiesene Publikum zur Folge hat, und 2. für die in betracht kommenden Bahnbeamten erhebliche Einnahmenschwäche hervorruft?

Welche Maßnahmen hat die königliche Eisenbahnverwaltung bereits getroffen oder in Aussicht genommen, um den unterbrochenen Verkehr schnellig und gesichert gegen die Wiederkehr ähnlicher Störungen herzustellen und für die Uebergangszeit die beteiligten Bevölkerungskreise und die Beamten gegen Nachteile zu schützen?

Aus der Partei.

Die Organisation und der „Vorwärts“-Konflikt.

Genau so wie die Redaktion der „Wärschen Volksstimme“, hatte auch die des „Vorwärts“ die gegen ihre Haltung in dem „Vorwärts“-Konflikt eingelegten Protest der organisierten Genossen in eine „Beschränkung der freien Meinungsäußerung“ um-

zudeuten versucht. Dagegen verwirft sich im „Volksfreund“ Genosse Heinrich Sauer mit folgender Erklärung:

In Nr. 289 des „Volksfreund“ hat die Redaktion in Bezug auf die Lehrer-Professoren eine Ansicht vertreten, die nicht unumwunden bleiben darf. Es muß festgestellt werden, daß nicht gegen die freie Meinung der Redaktion, die sie im „Vorw.“-Konflikt vertreten hat, protestiert worden ist, sondern nur gegen die einseitige Berichterstattung, die leider dazu beigetragen hat, daß das Vertrauen in weitesten Kreisen der badischen Parteigenossen zu dem deutschen Parteivorstand erschüttert worden ist und nach den Ausschüßungen, die der Genosse Kolb an verchiedenen, zum Teil gänzlich unberufenen Orten dazu gemacht hat, muß man leider annehmen, daß dies die Absicht der Redaktion war.

Genosse Sauer meint ferner, falls die Frage vor den nächsten badischen Parteitag kommen sollte, dann würde der badische Parteitag nicht umhin können, zu beschließen, daß in Zukunft der „Volksfreund“ streng nach den Beschlüssen des Dresdener Parteitages redigiert wird. Dieser Beschluß sei zwar auf dem badischen Parteitag 1904 in Eisenburg schon einmal gefaßt worden, scheint jedoch bei der Redaktion vollständig in Vergessenheit geraten zu sein.

Der „Vorwärts“-Konflikt. Mit der Notiz unter der gleichen Ueberschrift in Nr. 204 S. 192 des „Handlungsgehilfen-Blattes“ beschäftigte sich die Ortsverwaltung des Bezirks Berlin des Verbandes der Handlungsgehilfen in ihrer Sitzung vom 27. November. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Berliner Ortsverwaltung erhebt entschieden Einspruch, daß unser „Handlungsgehilfen-Blatt“, dem ungerechtfertigten Beispiele der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands folgend, sich in die internen Angelegenheiten der sozialdemokratischen Partei einmischt.“

Sie ist überzeugt, daß sie damit der Anschauung der Mehrheit der Mitglieder entspricht.“

Der Verbandsvorstand hat sich der obigen Resolution der Berliner Ortsverwaltung angeschlossen. Die Notiz in Nr. 204 hat lediglich die Meinung der Redaktion wiedergegeben.

Anarchismus und Sozialismus. Ueber dieses Thema hielt in einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Erfurt Genosse A. Kessler einen interessanten und lehrreichen Vortrag. In der Hand von Bitaten aus Proudhon, H. Stirner und Bakunin wies der Referent nach, daß der Anarchismus mit unhaltbaren Theorien ein unmögliches gesellschaftliches Ideal vertritt, und schloß nach dem Bericht der Erfurter „Tribüne“ etwa mit den Worten:

„Fassen wir zusammen, so finden wir folgendes: Anarchismus und Sozialismus trennt vor allem das Endziel, denn während jener ein regelloses „Ausleben“ des Individuums, ohne Rücksicht auf den andern will, wollen wir ein nach bestimmten Gesetzen geregeltes gesellschaftliches Zusammenleben und „Wirken“ innerhalb dessen Grenzen dem Individuum trotzdem noch, oder gerade deswegen, eine seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Betätigung gewährleistet wird, bei Erhalten voller gesellschaftlicher und staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und Freiheit! Darum kann die Sozialdemokratie über den Anarchismus, der mit seinem Spitzsieren nur bei Wirtsköpfen einen Anklang findet, ruhig zur Tagesordnung übergehen.“

Nebenbei gesprochen, ist es nicht ganz angelegig, Moses H. H. zusammen mit Proudhon und Stirner so ohne weiteres zu den Theoretikern des Anarchismus zu werfen. H. H. war ja freilich ein typischer Vertreter des konfusen Gefühlsozialismus, der, wie jede Konfusion manchen verwandten Zug mit dem Anarchismus hat und von dem er sich zeitweise nicht zu befreien versuchte. Trotzdem aber gab sich H. H. doch die redlichste Mühe, mit Marx und Engels an einem Stränge zu ziehen und hat es auch sowohl in dem 1845 gegründeten „Gesellschafts-Spiegel“, wie in der 1847 von Bornstedt gegründeten „Deutschen Brüsseler Zeitung“ getan, auch noch in den „Atheistischen Jahrbüchern“ nach Kräften versucht. Die „Deutsche Brüsseler Zeitung“ namentlich war aber in der Hauptsache gerade ein Kampforgran der Marx-Engelschen Gruppe gegen die anarchische Verfechtung des Sozialismus durch Proudhon, Grün u. a. Speziell gegen Proudhon hat ja H. H. eine scharfe und in diesem zutreffende Kritik unter dem Titel: „Die letzten Philosophen“ veröffentlicht. Und schließlich hat H. H. noch in den 70er Jahren an dem Leipziger „Volksstaat“ mitgearbeitet, also doch treu zur Sozialdemokratie gehalten.

Was die Kritik des Anarchismus selbst betrifft, so wären wir der Ansicht, daß der Unterschied im Endziel, in dem angestrebten gesellschaftlichen Ideal, das bei weitem untergeordnet ist, was die Sozialdemokratie von dem Anarchismus trennt. Nicht weil die Anarchisten etwas anderes wollen als wir, nicht weil sie ihr Ideal so weit gesteckt haben, daß wir ihnen nicht folgen können, sondern umgekehrt, weil sie in ihren Bestrebungen, ohne es zu wissen freilich, überhaupt nicht aus der bürgerlichen Gesellschaft herauskommen, deshalb kann die Arbeiterbewegung mit den Anarchisten nichts gemein haben. Der springende Punkt bei unserer Kritik des Anarchismus, wie auch seiner heutigen armseligen Spielart: des „Anarchozialismus“ muß unseres Erachtens darin liegen, daß wir den Arbeitern klar machen, nicht daß der Anarchismus „jede Gesellschaft, jede Organisation“ und, wie Genosse Kessler betont, jede „Autorität“ zerstören will, sondern ganz umgekehrt: daß er eben nichts zerstören will, daß er trotz seiner ultrarevolutionären Phrasen tatsächlich bloß eine unbewußte Karikatur der bürgerlichen, kapitalistischen Theorien ist. Schon der theoretische Erzwater des Anarchismus Proudhon schrieb 1845 an Marx, daß er gegen eine Revolution zum Zwecke der Enteignung der Kapitalisten sei, denn er habe das Mittel erfunden, ohne Revolution „binnen kurzer Frist dies Problem zu lösen“, er ziehe vor, das Eigentum bei kleinem Feuer zu verbrennen.“ Das seltsame „Mittel“ der Abschaffung des Kapitalismus ohne Revolution war bekanntlich jenes von Proudhon in seiner „Philosophie des Gelds“ erfundene Projekt, wonach sich die Waren nach ihrem „wahren Wert“ d. h. nach der darin enthaltenen Arbeit austauschen sollen, worauf ihm Marx in seinem unsterblichen „Grund der Philosophie“ nachwies, daß auf dieses verdammt müßige Projekt schon lange vor dem „Anarchozialisten“ Proudhon — die kapitalistische Gesellschaft verfallen ist, denn was er als „Mittel“ zur Aufhebung des Kapitalismus vorschlug, sei nichts anderes, als die alte Praxis des kapitalistischen Warenanstaufes. Und ebenso schrieb der genannte Moses H. H. über den anderen Propheten des Anarchismus, Max Stirner: „Er hat das Ideal der bürgerlichen Gesellschaft im Kopf und bildet sich ein, mit diesem Anfinn den Staat zu vernichten.“

Das trifft auch heute noch zu, wenn auch die heutigen paar armseligen Vertreter des Anarchismus wohl nicht einmal von ihrer eigenen Stammbücher Theorien eine Ahnung haben und wenn auch das neueste „Mittel“ zur „Verbrennung“ des Kapitalismus nunmehr der aus der Pistole geschossene „Generalkrieg“ heißt. Was in den Diskussionen mit den Anarchisten immer den Ausschlag geben muß, ist der Gedankengang, daß sie uns nicht „zu revolutionär“, sondern daß sie bei aller Großmäuligkeit nur unbewußte Nachahrer der bestehenden Ordnung, also Reaktionäre sind.

Partei und Gewerkschaft.

Ueber dieses Thema bringt das „Schuhmacher-Fach-Blatt“, das in Gotha erscheinende Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, einen Artikel, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Als einen unerhörten Vorgang in der Arbeiterbewegung“ bezeichnen einige Gewerkschaftsblätter die zwischen der Parteileitung und einer Anzahl Redakteure des „Vorwärts“ angebrochenen Differenzen. Die Erregung darüber in den Gewerkschaften ist eine sehr geringe und selbst diese ist erst künstlich gemacht. Nicht allein die sechs huldigenden Redakteure haben, soweit ihr Einfluß reicht in den Gewerkschaften Alarm geblasen, um Stimmung für ihr Vorgehen und ihre persönlichen Angelegenheiten zu machen, sondern auch die Generalkommission der Gewerkschaften ergreift sofort in einseitiger Weise

Partei für die aus der Redaktion freiwillig ausscheidenden Redakteure. Wie liegen nun die Dinge?“

Der Artikel schildert weiter die unhaltbar gewordenen Zustände unter der früheren Redaktion des „Vorwärts“ und das notwendig gewordene Vorgehen des Parteivorstandes und der Preßkommission und fährt dann fort:

„Was haben nun die Gewerkschaften mit diesem Parteistreit zu tun? Handelt es sich, wie die Sache darzustellen beliebt wurde, um ein rein persönliches Arbeitsverhältnis, das der Parteivorstand willkürlich und einseitig gelöst hätte, ohne die zu Entlassenden auch nur zu hören, so hätten zweifellos die Gewerkschaften ein Recht, sich der Entlassenen anzunehmen. Das ist aber, wie wir oben gezeigt, durchaus nicht der Fall und deshalb die Stellungnahme der Generalkommission und einer Anzahl Gewerkschaftsblätter geradezu widersinnig. Die Gewerkschaften werden in keinem Fall es wagen, gegen einen Unternehmer deshalb vorzugehen, der einen oder mehrere Arbeiter entläßt resp. entlassen will, welche trotz aller Vorstellung die Arbeiten nicht machen, wie er sie will, sondern sie machen, wie es ihnen beliebt, und deshalb ist das ganze Geschmarre über die Vergleiche mit den Bourgeois sinnlos.“

Unvernünftig ist es von einem Teil der Gewerkschaftler, daß sie bei jeder Gelegenheit der Partei eins ans Zeug sicken wollen und immer und immer wieder einen künstlichen Gegenlag zu konstruieren suchen, und doch ohne die Hälfte dieser Partei und deren Presse seinen größeren wirtschaftlichen Kampf führen können. Das können selbst auch die größten Gewerkschaften nicht. Mögen die Arbeiter ruhig prüfen und dann aber auch entschieden gegen solches die Sache der Arbeiter schädigende Treiben Stellung nehmen.“

Prinzipielle oder Schacherpolitik?

Unser Mannheimer Parteiorgan beschäftigt sich unter dieser Aufschrift mit den Ausführungen des Parteisekretärs Genossen Eichhorn, die er in der letzten Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Forzheim über die Lehren der Landtagswahl machte und dabei folgendes gesagt haben soll:

Unsere Stellung zu den Stichwahlen ist einen Tag zu früh von einem Parteiorgan, wenn auch nur als Meinung des betr. Organs, bekanntgegeben worden. Danach hatte der Block keine Veranlassung, uns auszuviel zuzubilligen.“

Die „Volksstimme“ bemerkt dazu: „Das Parteiorgan, auf das Eichhorn hier anspielt, ist unsere „Volksstimme“, der Artikel den er gemeint, unser Wahlfreemee „Hannibal ante portas“ in unserem Blatte vom 21. Oktober dieses Jahres. Wir vertraten darin die Ansicht, daß die nach dem Ausfall der Landtags-hauptwahlen drohende absolute Zentrumsmehrheit es unserer Partei zu einem Gebot der politischen und kulturellen Notwendigkeit machte, die Aufrichtung einer kerikalen Parteiherrschaft im Lande unter allen Umständen zu verhindern. Eichhorn scheint, nach obiger Stichprobe aus seiner Forzheimer Rede, im Gegensatz zu uns der Ansicht zu sein, wir hätten unsere Haltung in den Stichwahlen nicht nach diesem prinzipiellen Gesichtspunkt einrichten, sondern sie von dem Nebbald abhängig machen sollen, der aus dem Handel mit den Liberalen heraussprang. In dieser Höhe radikaler Wahlaktivismus mögen wir uns nicht aufzukübeln; wir sind vielmehr der Ansicht, daß in dem ersten Augenblick nach der Hauptwahl angesichts der sich drohend herauswühlende kerikalen Hoheit die Rücksicht auf ein oder zwei Kammermandate mehr oder weniger für uns hinter dem Gesamtinteresse des badischen Landes zurückzutreten hatte. Oder ist Eichhorn wirklich im Ernste der Meinung, wir hätten das Abkommen mit den Liberalen ablehnen und damit den Schwarzgen die absolute Kammermehrheit sichern sollen, lediglich deshalb, weil wir anderenfalls anstatt auf 14 nur auf 12 Mandate zu hoffen hätten?“

In den obigen Bemerkungen sagt der Karlsruher „Volksfreund“: „Genosse Eichhorn wohnt zurzeit den Reichstagsverhandlungen in Berlin bei, ist also nicht in der Lage, sofort zu antworten. Im übrigen scheint uns die Schlussfolgerung unseres Mannheimer Organs durchaus unzutreffend zu sein. Wir haben aus dem Berichte über die Stichwahlversammlung nicht herausgesehen, daß Eichhorn das Stichwahlabkommen von der Zahl der aus uns von den Liberalen zugebilligten Mandate abhängig gemacht hätte.“

Berichtigung. In unserer Nummer vom 6. d. M. brachten wir eine Notiz, daß bei den Stadtverordnetenwahlen in Leipzig fünf Ordnungsparteiler und ein Sozialdemokrat gewählt seien. Die Ortsangabe ist unrichtig, es muß Leipzig i. S. heißen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

— Die vorsichtige Polizei. In Orlan hat die Polizei das Ansehen des Platats der Dresdener „Volkswehr“ auf den südlichen Anschlagstufen abgelehnt, weil sie „keine Veranlassung habe, Förderer für die Ausbreitung des sozialdemokratischen Blattes zu wirken“.

Na, es wird schließlich auch ohne die gütige „Förderung“ der löblichen Polizei gehen. Aber wir haben starke Zweifel, ob das polizeiliche Aufsichtsrecht über die Platate überhaupt in dieser Weise gehandhabt werden darf.

Aus Industrie und Handel.

Hamburgs Seeschiffahrt bis Ende November 1905. Von Januar bis Ende November dieses Jahres kamen ein und gingen ab: 28 395 Seeschiffe mit 19,197 Millionen Register-tonnen netto, das sind 597 Seeschiffe mit nicht weniger als 1,28 Millionen Register-tonnen netto mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres oder fast soviel, wie im ganzen vergangenen Jahre einschließlich des Dezember. Dieses Ergebnis ist ungenem günstig; es zeigt eine Auswärtsbewegung, die selbst über das Maß der gewohnten jährlichen Zunahme des Hamburgischen Schiffsverkehrs erheblich hinausgeht.

Verkehr auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal im Jahre 1904. Den Kanal benutzten 17 707 deutsche Handelschiffe mit 1 103 825 Register-tonnen netto. Dieser Verkehr hat gegen das Vorjahr zwar an Schiffszahl abgenommen, dagegen an Raummehhalt um 43 117 Register-tonnen zugenommen, eine Erscheinung, die durch die auf Kosten der Schiffszahl in ihrer Gesamttonnage wachsende Größe der Dampfer, Segelschiffe und Leichter begründet ist.

Der größte Verkehr betrug sich von und nach den Eißhäfen (Hamburg); er beträgt schon jetzt nach Anzahl der Schiffe 28,72 Proz. nach Anzahl der Register-tonnen 18,57 Proz. des gesamten Verkehrs.

Die Ergebnisse der schweizerischen Betriebszählung. Das eidgenössische statistische Bureau in Bern veröffentlicht die vorläufigen Resultate der eidgenössischen Betriebszählung vom 9. August. Es wurden insgesamt 564 022 Betriebe gezählt und zwar 250 066 mit Landwirtschaftsbogen, 242 643 mit Betriebsbogen für Gewerbe, Industrie und Handel, 71 413 mit Primärarbeitsarten. Die Inhaber der Betriebe sind 457 513 Einzelpersonen und 35 066 Personenverbände. Inhaber mit nur einem Betrieb gibt es 348 505, Inhaber mit je zwei oder mehr Betrieben 144 104. Die Gesamtzahl der zu sämtlichen Betrieben gehörenden Personen betrug am Zähltag 1 795 166. Betriebe mit Motoren sind 26 469 gezählt worden. Sie verfügen zusammen über 515 859 Pferdekraften.

Stillsand in den Russenkurwägen. Infolge beruhigender Erklärungen Kowiers in französischen Ministerat kamen die Kursstärze in russischen Papieren zum Stillstand.

Atiengesellschaft Fr. Krupp. Die Firma macht wieder in Wohlstand. Nachdem in den letzten Wochen viele Schloffer auf dem Werk gefündigt haben, weil ihnen Löhne von sage und schreibe 1,80 M. nicht genügen, läßt man jetzt einige Wehrandswollen steigen. Anlässlich der im Grunde genommen nur aus der Vertretung des Präsidenten Krupp bestehenden Generalversammlung der Atiengesellschaft Fr. Krupp wurden 1 Million Mark zugunsten der Pensions- und Unterstützungskassen ausgesetzt. Daß die Pensionskassen für die Arbeiter alles andere eher als wirkliche Wohlfahrtsmaßnahmen sind, das ist schon wiederholt nachgewiesen worden, zuletzt noch in einer Arbeit des bürgerlichen Sozialpolitikers Dr. A. Götter. Die „Wohltat“ verhin“ — aber auch nicht, daß Präulein Krupp, ob-

wohl noch ein Betrag von 8,2 Millionen Mark dem sogenannten Rücklagenkonto — Sparbüchse — überwiesen wurde, noch 7 1/2 Proz. Dividenden einfließen kann. Selbig sind die Meidjen, sie werden immer mehr erhalten.

Kohlenverkauf. Der Verkauf in den ersten 11 Monaten dieses Jahres betrug im Ruhrrevier 5060 868 Doppelwagen gegen 5214 431 Doppelwagen in derselben Zeit des Vorjahres, im Saarrevier 739 213 Doppelwagen gegen 715 697 Doppelwagen, aus Oberschlesien 1 804 900 Doppelwagen gegen 1 625 418 Doppelwagen.

Kohlen- und Erzeugnisse in Oberschlesien. Nach der Statistik des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins belief sich die Gesamtproduktion an Kohlen, Eisen und Zinkbletz in den ersten neun Monaten dieses Jahres auf 23 416 300 Tonnen, gegen 22 202 904 in derselben Zeit des Vorjahres.

Brauereien gegen die Biersteuer. Eine Versammlung der Vertreter rhein-westf. Brauereien beschloß die Abänderung einer Resolution, worin ausgedrückt wird, daß bei der heutigen Lage der Brauindustrie die Brauereien außerstande seien, neue Steuern zu tragen, so daß die Belastung ausschließlich das konsumierende Publikum treffe. Die Versammlung erwartet bestimmt, daß der Reichstag dem Gesetzentwurf seine Zustimmung versagen werde, weil die Annahme dieses Gesetzes speziell eine tiefgehende Schädigung der norddeutschen Brauindustrie herbeiführen würde.

Der Minister hat gesprochen. Ueber die Geschäftsgebarung des Verbandes norddeutscher Steinsalzbergwerke hat die Handelskammer in Breslau beim Handelsminister Beschwerde geführt. Dieser erwiderte, er habe auf Grund der angestellten Ermittlungen nicht den Eindruck gewonnen, daß die Heraussetzung des Verkaufspreises für Gebirgsbesitzer seitens des Verbandes norddeutscher Steinsalzbergwerke im Vergleich zu der Geschäftslage der produzierenden Betriebe als eine übermäßige angesehen werden könne. Die Bedingung, daß der Käufer für einen bestimmten Zeitraum seinen ganzen Bedarf von Verbandswerken zu beziehen hat, wird auch nicht ausnahmslos, sondern nur bei langfristigen Lieferungsverträgen gestellt. Wünscht der Käufer auf die Bedingung nicht einzugehen, so steht es ihm frei, seinen Bedarf, ohne abzuschließen, von Fall zu Fall gegen einen angemessenen Preis aufkaufen zu lassen. Endlich sei die Annahme, daß der Verband eine Monopolstellung einnehme, aus dem Grunde unzutreffend, weil ihm in dem in Rede stehenden Abgabengebiet die vereinigten norddeutschen Salinen als ebenbürtiger Konkurrent gegenüberstehen. — Die Handelskammer hat diesen Bescheid den Interessenten zugehen lassen. Diese haben aber erklärt, daß die im geschäftlichen Verkehr gemachten Beobachtungen und Erfahrungen mit den im Ministerialbescheid angeführten Tatsachen nicht völlig übereinstimmen. So sei in bestimmten Fällen der Bezug von Salz von dem Abschluß für einen Zeitraum von 3 Jahren abhängig gemacht worden. — Die Kammer hat deshalb den Minister um nochmalige Prüfung der Angelegenheit ersucht. Dieser hat jedoch keinen Anlaß gefunden, seine Stellung zu dieser Frage zu ändern.

Wie kann man auch von einem Minister verlangen einen einmal eingenommenen Standpunkt zu ändern.

Soziales.

Ablehnung von Bauarbeitergesetzen. Seit Jahren wird von Antirichter Seite die Wiedereinführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe gefordert. Die Reichsregierung ist diesem Verlangen durch einen gestern dem Reichstage zugegangenen Gesetzentwurf weit entgegengekommen. Nach dem Entwurfe soll zwar nicht der Befähigungsnachweis eingeführt werden. Seine Undurchführbarkeit wird in den Motiven des Gesetzentwurfes dargelegt. Statt dessen schlägt die Reichsregierung in dem Gesetz ein Mittel vor, das den im Baugewerbe herrschenden Mißständen entgegenzutreten soll. Tatsächlich würde es aber die Ursachen nicht beseitigen, welche Leben, Gesundheit und Vermögen der Arbeiter im Baugewerbe schwer schädigen. Die seit Jahren seitens der Arbeiter erhobenen Klagen und die von ihnen zur Milderung der Schäden oft und eindringlich dargelegten, durchführbaren Mittel zur Verhütung der schweren Schäden im Baugewerbe sind im Gesetzentwurf nicht berücksichtigt.

Das Gesetz will durch eine Einschränkung im § 35 der Gewerbeordnung der allweifen Polizei, die insbesondere auf dem Gebiete des Bauwesens so völlig verfaßt hat, die Befugnis erteilen, in gleicher Weise wie die Polizei heute schon bei Erteilung von Tanz-, Turn-, Schwimmunterricht, beim Trüffelhandel, beim Handel mit Lotterielosen, beim Rechtskonsulentengewerbe das Gewerbe unterliegen kann, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in Bezug auf diesen Gewerbebetrieb darthun, den Betrieb des Gewerbes als Baumunternehmer oder Bauleiter sowie den Betrieb einzelner Zweige des Baugewerbes zu untersagen. Der Gesetzentwurf will ferner als § 35a folgende Vorschrift in die Gewerbeordnung neu einführen: „Mangel an technischer Vorbildung kann als eine Tatsache im Sinne des § 35 Absatz 1 gegenüber Baumunternehmern, Bauleitern oder Personen, die einzelne Zweige des Baugewerbes betreiben, nicht geltend gemacht werden, wenn sie das Zeugnis über die Ablegung einer Prüfung für den höheren oder mittleren hantwärtlichen Staatsdienst oder das Prüfungs- oder Reisezeugnis einer staatlichen oder von der zuständigen Landesbehörde gleichgestellten hantwärtlichen Fachschule besitzen oder wenn sie Diplome, Zeugnisse sind. Das Gleiche gilt gegenüber Baumunternehmern und Bauleitern, wenn sie gemäß § 133 die Meisterprüfung im Maurer- oder Zimmerergewerbe bestanden haben, sowie gegenüber Personen, die einzelne Zweige des Baugewerbes betreiben, wenn sie gemäß § 133 die Meisterprüfung in dem von ihnen ausgeübten Gewerbe bestanden haben. Die Landeszentralbehörden sind befugt zu bestimmen, welche Prüfungen und Zeugnisse den im ersten Satz bezeichneten gleichzustellen sind.“

Die Möglichkeit, bei umfangreicheren oder schwierigeren Bauten im Einzelfalle unzuverlässige Baugewerbetreibende zuzuzulassen, soll folgender § 35a und ein Zusatz zu § 54 geben: „§ 54a. Die unteren Verwaltungsbehörden können bei solchen Bauten, zu deren sachgemäßer Ausführung nach dem Ermessen der Behörde ein höherer Grad praktischer Erfahrung oder technischer Vorbildung erforderlich ist, im Einzelfalle die Ausführung oder Leitung des Baues durch bestimmte Personen untersagen, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, daß diese Personen wegen Unzuverlässigkeit zur Ausführung oder Leitung des beabsichtigten Baues ungeeignet sind.“

§ 54 erhält folgenden zweiten Absatz:

Der Bescheid, der die Unterlegung der Ausführung oder Leitung eines Baues ausdrückt (§ 53a), kann, soweit nicht durch die Landesgesetzgebung ein besonderes polizeiliches Verfahren hierfür vorgesehen ist, im Wege des Rekurses gemäß §§ 20, 21 angefochten werden. Die Landesregierungen können bestimmen, daß die Aufhebung im Verwaltungsstreitverfahren zu erfolgen hat. Die Einlegung von Rechtsmitteln hat keine aufschiebende Wirkung.“

Der Gesetzentwurf der Regierung würde das Erwerbprivilegium, welches die Befähigungsnachweispflicht fordern, ihnen verschärft durch Polizeivillkür gewähren, ohne daß auch nur das geringste zugunsten der rund 1 1/2 Millionen Arbeiter geschieht, die im Baugewerbe beschäftigt sind. Im Jahre 1908 ist zwecks Verringerung der Unglücksfälle ein Rundschreiben an die Bundesregierungen erlassen. Seitdem ist so gut wie nichts auf diesem Gebiete geschehen. Die Arbeiter verlangten jahraus jahrein zum Schutz gegen Verluste ihres Lohnes durch Bauarbeiter die Haftbarmachung derjenigen, in deren Nutzen ihre Arbeitskraft verwendet ist. Zwecks Unfallverhütung ist Erlaß eines Bauarbeiterchutzgesetzes, insbesondere auch Einführung von Arbeiterbaukontrollen für alle Bauten dringend erforderlich. Die Bauarbeiterkongresse und die Arbeiten der Zentralkommission für Bauarbeiterchutz haben diese Forderungen und die Notwendigkeit voller zivilrechtlicher und strafrechtlicher Haftbarkeit der Unternehmer für alle Unfälle eindringlich dargelegt. Trotzdem enthält der Regierungsvorschlag keinerlei Vorschlag, der die von Jahr zu Jahr wachsenden Unfälle zu mindern geeignet wäre. Das nennt die Regierung — Sozialpolitik.

Was in Ostpreußen ein Gärtner alles leisten soll. Ein Brief des Rittergutsbesizers Lüdicke aus Schmarcken bei Köslin, Kreis Stolberg, an einen Gärtner, der um eine dort ausgeschriebene Stelle sich bewarb, zeigt, wie außerordentliche Arbeit von einem Gärtner verlangt wird. Der Rittergutsbesitzer schreibt u. a. auf das Bewerbungsschreiben:

- Ich wundere mich, daß Sie vom Allgemeinen Gärtnerverein nicht die hiesigen Bedingungen erhalten haben, denn dadurch wird unmaß Zeit vertrieben.
- Der Gärtner hat folgende Obliegenheiten zu erfüllen:

 1. Den Garten: Mittelbeete anlegen, Gemüsegarten vergrößern, Obstbäume pflanzen, Spargel- und Erdbeerbeete anlegen, Park in Ordnung halten und selbst fleißig im Garten arbeiten.
 2. Die Forst, zirka 300 Morgen, beaufsichtigen, durchforsten, nachpflanzen, neue Kulturbeete und Pflanzgräben anlegen;
 3. muß Soldat gewesen sein und wenn möglich Rad fahren können;
 4. muß bei Gesellschaften feierlich;
 5. hat die Stiefel des Herrn und etwaiger Besuchsherrn zu reinigen und zu putzen, die Garderobe derselben zu reinigen, Gewehre in Ordnung und sauber zu halten und Munition anzufertigen;
 6. Gärtner hat die Bienen zu besorgen;
 7. muß die im Walde gelegenen Nieselnwiesen versehen und Wasser abstellen und laufen lassen nach den ihm gemachten Angaben und Fischerei beaufsichtigen;
 8. hat als Stellvertreter die Gutsvorstehergeschäfte zu besorgen.
 9. hat die Jagd von zirka 1900 Morgen zu beschließen und den Jagdschutz darauf auszuüben;
 10. er hat kleine häusliche Ausschüßdienste mit zu besorgen.

Bei Zufriedenheit ist spätere Verheiratung gestattet. Für selbst geistoffenes Bild und gefangenes Raubzeug gibt es angemessenes Schutzgeld. Rehböde schieße ich ab. Dem Gärtner steht der Abschluß von Rehbühnen, Enten, Schneepfen, Raubzeug, durchziehendem Rot- und Schwarzwild zu. Hirsche, die hier oft durchwechseln, darf er während der Jagdzeit immer schießen. Hirsche stehen auch oft in hiesiger Forst. An Gehalt wollte ich vorläufig 200 Mark geben und freie Station und Wäsche.

Gewehre und Munition hat sich der Gärtner selbst zu halten. Solange er unverheiratet ist, kann er die herrschaftlichen Jagdhunde (Schreibhunde für Jagdhunde) benutzen. Vorkünftig wohnt der Gärtner im herrschaftlichen Hause, da noch keine andere passende Wohnung vorhanden ist. Er hat sich in jeder Beziehung im Hause anständig aufzuführen. Später wird ihm eine andere Wohnung angewiesen werden, wenn eine solche gebaut ist. Ich habe das Gut erst kürzlich gekauft und der Platz ist mir noch knapp. Bisher ist ein Gärtner noch nicht gehalten worden. Es gibt im Garten und in der Forst eine Menge Arbeit. Ich respektiere nur auf einen Gärtner, der fleißig ist und selbst arbeitet. Einen feinen Obergärtner, der nur anordnet und nicht mitarbeiten will, kann ich nicht gebrauchen. Bis mehr Platz im Hause vorhanden ist, müßte der Gärtner mit einem unverheirateten Aufseher, einem sehr ordentlichen Reutenden, der mir von meinem früheren Gute gekommen ist, zusammen wohnen. Auch wenn Handwerker hier zu tun haben, müßten dieselben vorläufig mit dem Gärtner wohnen. Ich muß erst noch bauen, um mehr Platz zu bekommen.

Die Stellung kann jeden Tag angetreten werden. Das Engagement gilt auf ein Jahr mit gegenseitiger sechsmonatlicher Kündigung. Die verlockend sind so vielfache Dienste als Gefinde, Förster, ländlicher Arbeiter, Jäger, Dienenzüchter und stellvertretender Gutsvorsteher gegen ein Jahresgehalt von 200 Mark. Daneben reizt die Aussicht, in der Junggeizzeit die herrschaftlichen Jagdhunde benutzen, auch mit Ausruher und Handwerkern eine Stube teilen, ja sogar bei Zufriedenheit heiraten zu dürfen. Trotz dieser noch dem Brief des Rittergutsbesizers in Pommern üblichen Bedingungen hat der Adressat dankend abgelehnt.

Aus der frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse sprach am Montag Herr Albert Kohn über die Entwicklung und die Aufgaben der Krankenkassen. Der Referent schilderte die Entwicklung der Krankenkassenbewegung und charakterisierte dann die jetzigen Verhältnisse der Kassen und der Gesetzgebung. Seit dem Tuberkulosekongreß 1899 könne eine Besserung im Krankenkassenwesen konstatiert werden, trotzdem sei der größere Teil der Kassen noch sehr rückständig. Von manchen günstigen Bestimmungen in der Gesetzgebung, die den Patienten zugute kommen, machen viele Krankenkassen keinen Gebrauch. Es liegt dies auch zum großen Teil an den Mitgliedern selbst, die meist völlig unausgebildet über ihre Rechte und Pflichten den Krankenkassen gegenüber sind. Anzustreben sei: ausgiebigere Krankengeld, ausgedehnte Krankenhausbeförderung, für welche auch die Kommune beisteuern müsse, Familienunterstützung, die heute in Deutschland noch nicht bei 50 Kassen eingeführt ist, Säuglingsfürsorge, Kindererholungsstätten, Krankheitsverhütungsvorschriften, alles Maßnahmen, die aufs innigste die Krankenkassen angehen. Auch um die Gesetz-

gebung müßten sich die Kassen mehr kümmern, besonders um die Vollgesetzgebung, da bei jeder Erhöhung der Lebensmittelpreise auch die Höhe der Krankheitsziffer steige. Der Referent erörterte nun die Verwaltung der Krankenkassen. Die Selbstverwaltung sei von allen Seiten bedroht. Es muß zugegeben werden, daß die Zerstückelung der Kassen ihre gedeihliche Entwicklung unmöglich mache, große zentralisierte Kassen können ganz andere Leistungen erfüllen. Eine Verwaltung der Krankenkassen aber, wie sie die Regierung und die Landesversicherungsanstalten anstreben, würde für das Proletariat nur von Nachteil sein. Angesichts dieser dem Selbstverwaltungsrecht drohenden Gefahr wird es Pflicht jedes Mitgliedes, sich um seine Kasse zu kümmern, ganz besonders müßten sich die Frauen gründlich mit den Krankenkassenverhältnissen beschäftigen. In der Diskussion betonte Frau Dr. Baggodtsky die unbedingte Notwendigkeit der Zentralisation der Krankenkassen, Herr Sydow setzte die der Zentralisation entgegenstehenden Schwierigkeiten auseinander. — Donnerstag, den 28. Dezember, findet in den „Arminshallen“ ein gefälliges Beisammensein mit Kindern statt. Beginn 6 Uhr.

Steglich. Des Weihnachtsfestes wegen fällt die Versammlung des Bildungsbereins für Frauen und Mädchen von Steglich und Umgegend im Monat Dezember aus. Der Termin der Generalversammlung im Januar wird noch bekannt gegeben.

Pankow. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsberein hält heute abend im „Kurfürsten“, Berlinerstr., seine Mitgliederversammlung ab. Herr Siedler wird einen Vortrag halten über „Wider aus der Volksschule“. Gäste, Männer und Frauen, willkommen.

Seine Ansicht. In einer gut besuchten Versammlung für Frauen und Mädchen, die in vergangener Woche in Düsseldorf tagte, wurde in der Diskussion auch die Frage der Anstellung geistlicher Ordensschwwestern in städtischen Heilanstalten gestreift. Unsere Genossinnen sprachen sich gegen die Anstellung solcher Pflegerinnen aus. Anderer Meinung war Genosse Junke, der nach der D. Volkstz. folgendes ausführte:

Die Weiber bedürfen, wie die Männer, der Belehrung. Alle schönen Worte haben ihren Zweck verfehlt, wenn sie nicht gehört werden; sorgen Sie zuerst, meine Damen, dafür, daß der Saal voll Hörerinnen ist, wenn Vorträge gehalten werden, und informieren Sie sich zu Hause in der „Volkzeitung“ über die täglichen Vorkommnisse. Als Partei geht uns die Krankenhausvorlage nichts an, als Bürger haben wir ein Interesse daran, ins städtische Krankenhaus gutes Pflegepersonal zu bekommen. Unter geistlichen Schwestern finde man gute leibliche Pflegerinnen und umgekehrt sei es aber auch nicht ausgeschlossen, unter weltlichen Pflegerinnen Beschäftigten zu finden. Ins Stadtparlament müssen wir Eingang halten, um in den Kommissionen über derartige Anstalten wachen zu können, um mitzuwirken an geregelten Zuständen.

Den Ausführungen Junkes wurde allseitig widersprochen. Dem Widerspruch konnten wir uns anschließen. Wir können z. B. durchaus nicht damit einverstanden sein, daß geistliche Schwestern in Heilanstalten Kranke Personen durch Belehrungsversuche feilsch quälen und dadurch den Heilungsprozeß hemmen.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Eingegangene Druckschriften.

- Ernst Friedegg. Deutsche Sprachländer. 36 kritische Studien. 183 S. Preis 2 M. Verlag S. Cronbach, Berlin W 57.
- Ernst Scholler sen. Die Anzahl der musikalischen Aufführungsbücher in Berlin. 25 Seiten. Selbstverlag in Gießen.
- Prof. Dr. W. Rein. Kirche, Staat und Schule. Nr. 2. Moderne Zeitfragen. Preis 1 M. Pan-Verlag, Berlin SW 61.
- Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Volksbildung. III. Band 4. Heft. Verlag R. Nischmann, Berlin NW, unter den Linden 68.
- Peter Behrens. Kaffee und Kunst. 8 Seiten. Verlag Deutschlands Großloge II des L. O. G. T. (Geschäftsstelle: P. Töpfer, Hensburg, Neustadt 45).

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 65—70 pr. 100 Pfund, IIa 58—65, IIIa 52—58, IVa 42—50. Kalbfleisch Ia 84—88, IIa 72—82, IIIa 61—68, Hammelfleisch Ia 65—75, IIa 50—60. Schweinefleisch 68—75. Notwilde Dammwild Ia 65—75, IIa 50—60. Fasan 3,50—3,70, klein 1,50—2,00. Kaninchen 0,80—1,00. Gänse pro Stück, alte 1,00—1,85, junge Ia 0,80—1,15, IIa 0,50—0,60. Tauben, junge 0,50—0,88, alte 0,40—0,45. Enten junge 1,50—2,50. Gänse pro Stück, Ia 3,50—4,50, IIa 2,50—3,00, pro Pfd. Ia 0,60—0,63, IIa 0,50—0,58. Schellfische 00—00 R., Bunder 20—25 R., pro 100 Pfd. Hecht 88—96 R., Schleie, unsortiert 117 R., Kalle, groß 0,00, mittel 0,00, klein 0,00. Wdhen 35, Karpfen unsortiert 75 R., Lachs 0,00. Schottische Vollheringe (geladen) 40—44 R. Vier, Schof 5,00. Butter pro 100 Pfund Ia 124—126, IIa 118—124, IIIa 115—118, abfallende 95—110. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00—2,25, Rosen 0,00—0,00, blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00. Wirsingbohnen pr. Schof 4,00—8,00, Weißbohnen 6,00—8,00, Rotbohnen 4,00—8,00, Heil. 12—15 R. Saure Gurken, Schof 2,00 R.

Witterungsübersicht vom 6. Dezember 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Stoltebnde	763	SW	2	bedeckt	—	Caparanda	760	SW	4	Regen	—
Pamberg	761	SD	3	bedeckt	—	Barschan	766	SW	—	bedeckt	—
Berlin	763	S	3	bedeckt	—	Scilly	761	W	4	bedeckt	—
Frankfurt a. M.	764	SW	4	Schnee	0	Norderbarn	745	SW	2	bedeckt	—
München	767	SW	2	bedeckt	—	Paris	762	SW	3	bedeckt	—
Wien	767	SW	—	bedeckt	0						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 7. Dezember 1905.

Etwas wärmer, vorherrschend wolkig mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 5. Dezember. Elbe bei Ruffig + 0,38 Meter, bei Dresden — 1,02 Meter, bei Magdeburg + 1,81 Meter. — Uckeritz bei Stralsund — 1,02 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,50 Meter, bei Breslau Oberpegel 5,00 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,82 Meter, bei Frankfurt + 1,93 Meter. — Weichsel bei Wrahembünde + 3,54 Meter. — Warthe bei Posen + 1,28 Meter. — Neys bei Uls — 1,02 Meter.

Insertate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Freitag, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Hoffjäger-Palast, Hasenheide 52/53:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Fortsetzung von der am 5. d. M. abgehaltenen Generalversammlung:
1. Bericht der Agitations- und Lokalkommission sowie Neuwahl des Vorstandes und der Kommissionen. 2. Anträge. 230/15*
Mitgliedsbuch legitimiert.
Besonderen Besuch erwartet Der Vorstand.

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 10. Dezember 1905, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:

Öffentl. Versammlung für Männer u. Frauen.

Tages-Ordnung: 260/6*
„Rezitation aus Reuters Werken“ von Fräulein Hedeler.
Um zahlreichen Besuch bittet Der Vertrauensmann.
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Achtung! Athleten Achtung!

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 10. Dezember, vormittags 11 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
Wie stellen wir uns zur Gründung eines Arbeiter-Athleten-Bundes? Referent: Genosse Redakteur H. Ströbel.
Der wichtigen Tages-Ordnung halber ersuchen wir alle Sportkollegen, recht zahlreich zu erscheinen.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Freitag, 8. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (gr. Saal):

Versammlung.

Tages-Ordnung:
Erläuterung zum Uebertitel der Rabbitschneider- und Hülfsarbeiter in den Verband der Bau-Hülfsarbeiter.
Referenten: Th. Bömelburg und G. Behrend.
NB. Außer den Rabbitschneidern und den Hülfsarbeitern haben nur noch die sämtlichen Funktionäre der Sektion Zutritt zu dieser Versammlung.
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt. 150/15
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Töpfer.

Freitag, den 8. Dezember 1905, abends 6 Uhr:

Bau-Vertrauensmänner-Sitzung

bei Keller, Koppenstraße 29 (kleiner Saal, 1 Treppe).

Tages-Ordnung: 1. Bessere Stellungnahme zur Lohnbewegung. 2. Die Situation auf unserem Arbeitsnachweis. 3. Verschiedenes.
Kollegen! Sorgen dafür, dass jeder Bau vertreten ist! Alle Kollegen, welche in unserer Verbandsorganisation Keller beisehen, sind zu dieser Sitzung eingeladen.
Der Vorstand.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: Rosenthalerstr. 57. (A. Eingang: Gormannstr. 28.)
Geöffnet von 9 1/2—2 und 4—8 Uhr. Telefon: Amt III 1290.

Sonntag, 10. Dezember, vorm. 10 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11-12:

Ordentl. Generalversammlung

für das dritte Quartal 1905.

Tages-Ordnung: 1. a) Bericht der Ortsverwaltung; b) des Kassierers; c) der Revisionen. 2. Neuwahlen laut § 7 des Statuts. 3. An die Verwaltung gelangte Anträge. 4. Unsere Agitation. 28/4
Mitgliedsbuch legitimiert.
Besonderes Erscheinen aller Mitglieder erwartet Die Ortsverwaltung.

Achtung! Maurer. Achtung!

Die Differenzen in betreff der Arbeitszeit auf dem Bau Kaiserhof bei der Firma Bachmann u. Zauber sind noch nicht beigelegt.

24 Verbandskollegen wurden am Sonnabend angepöppelt, weil dieselben für die vertraglichen Bestimmungen eingetreten sind.

Als Ersatz für die Angepöppelten sind vom „Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend“ die entstandenen Lücken teilweise besetzt worden.

Im Verbandsorganisierte Kollegen, welche die Bestimmungen des Vertrags einhalten, werden dort nicht eingestellt.

Wir ersuchen die Verbandskollegen, die Baustelle so lange zu meiden, bis die Differenz beigelegt ist.

Die Verbandsleitung der Maurer.

J. A.: Emil Thöns.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Orts-Krankenkasse der Gürtler.

Die Wahl von 215 Vertretern der Rassenmitglieder zur

General-Versammlung

findet am Sonntag, den 10. Dezember, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 5, statt.

Der Wahlakt beginnt um 9 Uhr vormittags und endet um 1 Uhr nachmittags. Wähler sind sämtliche großjährigen Mitglieder. 90/5
Nur Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Wahl von 107 Vertretern der Arbeitgeber zur Generalversammlung findet am Mittwoch, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, im Saale zum Alexanderiner, Alexandrinenstr. 37, statt.

Die Herren Arbeitgeber, welche für die von ihnen beschäftigten Rassenmitglieder Beiträge aus eigenen Mitteln zahlen, werden zu dieser Wahl hierdurch eingeladen. Zutritt über gezahlte Beiträge legitimiert.
Berlin, den 6. Dezember 1905.
Der Vorstand.
G. Rneiff, Vorsitzender.

Unsere Warenhäuser sind am

Sonntag den 10. Dez. von 12—8 Uhr geöffnet.

Um unserer werthen Kundschaft Gelegenheit zu geben die Weihnachts-Einkäufe rechtzeitig zu besorgen, und dem grossen Andränge kurz vor dem Feste vorzubeugen, haben wir uns entschlossen, bei Einkäufen am

Donnerstag, d. 7.

Freitag, d. 8.

Sonnabend, d. 9.

Sonntag, d. 10.

Die Doppelte Anzahl Rabattmarken

auf Verlangen zu verabfolgen.

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt Belle Alliance-Strasse
Grosse Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse

Einige Artikel sind von obiger Vergünstigung ausgeschlossen.

Verband deutscher Textilarbeiter.

Sonnabend, den 9. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal I):

Komb. Versammlung der Filialen Berlin, Berlin II und V.

Tages-Ordnung:
Rathwahl zum Hauptvorstand für den ausgeschiedenen Kollegen Voigt.
Darau anschließend: 205/11

General-Versammlung der Filiale Berlin.

Tages-Ordnung:
1. Antrag: Erhebung eines Lokalschlüssels von 5 M. pro Woche für männliche Mitglieder. 2. Festsetzung der Entschädigung des ersten Vorsitzenden und ersten Kassierers. 3. Neuwahl des Vorstandes, der Revisoren und der Bibliothekare. 4. Verschiedenes event. Anträge zur Generalversammlung in Wahlhausen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist es Pflicht eines jeden in der Versammlung zu erscheinen und erwartet zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Konsum-Verein Tegel u. Umgegend

E. G. m. b. H.
Donnerstag, den 14. Dezember, abends 8 Uhr, bei Trapp, Bahnhofsstraße Nr. 1:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wahl resp. Bestellung eines Geschäftsführers. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes und Aufsichtsrats. 3. Verschiedenes.
Der Aufsichtsrat: Joh. Major, Vorsitzender.
Freitag, den 8. Dezember 1905, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wille, Brunnenstr. 188:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. „Die direkte Aktion und der politische Massenstreik.“ Referent: Otto Bueck-Steglich. 2. Freie Diskussion.
Der Einberufer.
100/5

Verein Berliner Hausdiener

gegründet 1883.
Arbeitsnachweis u. Bureau: Alte Leipzigerstraße 1. Eing. Kaule's Hof.

Heute Donnerstag, 7. Dezember, abends 9 Uhr, in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Herrn Albert Kohn über: Wohnungsverbältnisse, Wohnungsmarkten. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
Zu diesem hochinteressanten Vortrage ist es im eigenen Interesse der Kollegen notwendig, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.
90/5

Mein Jahresteller habe ich von Urbanstr. 133 nach
Oranienplatz, Quisenfer 22 II
verlegt.
Emil Schaefer.
46472*
vor dem 16 Jahre Uebantstraße u. Kai Luserhamm.

Orts-Krankenkasse der Schmiede

und verwandten Gewerbe.

Die zweite Wänderung zum Statut (Beschluss der Generalversammlung vom 1. 7. 05.) ist vom Bezirksausschuss genehmigt und tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Der Vorstand.
Ad. Pilgrim, Vorsitzender.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.

Kein Laden.

Nach beendeter Engros-Saison

auch Einzel-Verkauf enorm billig

Ulsters
Havelocks
Capes
Jacketts
Paletots
Kostüm-
Röcke
Mädchen-
Paletots
Pelz-Stolas



Robert Baumgarten

Hausvogel-Platz 11, 2. Etage
(an der Jerusalemstraße).

Bei Vorzeigung d. Inserates an der Kasse werden 5 Proz. Rabatt vergütet.
Sonntag bis 8 abends geöffnet.

Fülle Dein Bett

mit neuen Wänsfedern! Ungeriffen mit allen Daunens

gleich füllfertig von 1,30 M. an
Geriffene Federn 2,00
Reelle Bedienung! Umtausch gestattet!

Paul Paegelow,
Bettfedern-Großhandlung
Kriegens. Oberbuch.

Herrenhaus.

2. Sitzung, Mittwoch, den 6. Dezember, 1 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Vofeler.

Das Andenken an die verstorbenen Mitglieder wird in der üblichen Weise gelehrt.

Auf der Tagesordnung stehen in erster Linie: Geschäftliche Mitteilungen.

Präsident Fürst zu Jan- und Kniphausen macht Mitteilung von der Konstituierung der Abteilungen und von den eingegangenen Vorlagen.

Hierauf werden die Herren Generalleutnant Freiherr v. Hausstein, Kommerzienrat Daniel, Großadmiral v. Köster und Graf v. Rapperting-Kautenburg in der vorgeschriebenen Form vereidigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr (keine Vorlagen und Gelegenheitsurteil betreffend die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst.)

Schluss 1 1/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung vom Mittwoch, den 6. Dezember 1905, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Budde.

Auf Vorschlag des Abg. Stengel (fr.) wird das alte Präsidium durch Jurius wiedergewählt.

Es folgt die Verlesung der Interpellationen Stroffer (L) und v. Schendendorff über das Spremberger Eisenbahnunglück.

Auf Anfrage des Präsidenten erklärt ein Regierungskommissar in Vertretung seines im Augenblick abwesenden Chefs, dass die Regierung die Interpellation sofort beantworten werde.

Abg. Stroffer begründet seine Interpellation: Aus Anlaß des Unglücks ist eine lebhafteste Erörterung darüber entstanden, ob genügend Vorkehrungen getroffen sind, um solche Unfälle nach Möglichkeit zu vermeiden und ob für die Verletzten genügend gesorgt sei. In der Presse ist darauf hingewiesen, dass das Personal überbürdet sei. Auf den Stationen zweiter Klasse müssen die Beamten heute oft den Telegraphen bedienen und zugleich Fahrkarten verkaufen und das Gepäck befragen. Sie haben oft 7 Tage in der Woche 12 Stunden Dienst. Von der Station Gröblich ist zweifellos nicht das Erforderliche geschehen, sonst würde sofort ein Sanitätszug von dort losgelassen worden sein. Bedauerlich ist, dass die Meldungen von dem Unfall zu spät eingegangen sind und auch die Presse nicht sofort benachrichtigt wurde. Ist es wahr, dass die Eisenbahnverwaltung für den Transport der Leichen einen Vorschlag von 800 M. gefordert hat? Die Statistik beweist, dass wirtschaftliche Gründe nicht für die eingleisigen Strecken sprechen. Die heutigen Zustände lassen doch eine gewisse Rücksichtlichkeit und eine Flusmdamerei erkennen. Den Erlaß gegen den Alkoholgenuß billige ich, er allein genügt aber nicht. Wenn es sich auch nicht leugnen läßt, daß prozentual bei der Eisenbahn von allen Betrieben die meisten Unglücksfälle vorkommen, so haben wir doch zum Minister das Vertrauen, daß alle Beschwerden bei ihm ein geneigtes Ohr finden, und er sie mit seiner bekannten Energie beseitigt. (Beifall.)

Abg. v. Schendendorff (natl.): Meine Interpellation will inhaltlich dasselbe wie die des Vorredners. Die Sicherheit des Betriebes darf nicht von einem Beamten abhängig sein. Schon vor 14 Jahren hat das Ministerium erklärt, die Strecke Berlin-Gröblich solle nur „einstweilen“ eingleisig bleiben. Dieser „einstweilige“ Zustand dauert jetzt noch immer an! (Die Ausführungen des Redners bleiben im einzelnen aus der Tribüne unberücksichtigt.)

Eisenbahnminister v. Budde: Ich bin den Interpellanten dankbar, daß sie mir Gelegenheit geben, diese Angelegenheit hier vor dem Lande zu besprechen; denn ich habe schwer gelitten unter den diergeigen Opfern der Katastrophe. — Eine gewisse Reserve muß ich mir auferlegen, weil ich dem Strafrichter nicht vorgreifen darf. Meine Kommissare haben den Unfall so aufgeklärt, wie selten ein Unfall aufgeklärt ist. Wenn ein Professor für Eisenbahnen seinen Schülern ein Beispiel geben wollte, könnte er dieses wählen und hinzufügen, daß dieser Betrieb beweise, daß auch eine eingleisige Strecke durchaus sicher sei. — Wie kann man auch damit rechnen, daß sieben Personen ihre Pflicht nicht tun? Der Stationsassistent, der die Haupttranche war, war ein Beamter, der bereits vier Jahre auf dem Amt tätig war und sein Wohnortshäuser war. Der Mann war aber an diesem Tage infolge von Unglück beurlaubt, er hat eine Depesche der Station Schleife überhaupt nicht gelesen, hat dummes Zeug telegraphiert und die Depeschen nach der falschen Seite gegeben.

Der Zugführer in Spremberg ist gegen die Instruktion ohne schriftliche Order auf einen bloßen Jurius hin abgefahren. Der End-Weidenhaller hat seine Schuldigkeit nicht getan, er soll auch betrunken gewesen sein. Es war auf dieser Strecke eine großartige Betriebsummelei, in die ich jetzt eingegriffen habe. Ich sehe nicht an, zu erklären, daß die Verwaltung daran die Schuld trägt; denn sie ist für ihre Beamten verantwortlich. Von diesem einen Unfall kann man aber nicht auf eine allgemeine Dummheit schließen. Der gute Geist der Verwaltung wird dafür sorgen, daß so etwas nicht wieder vorkommt. (Beifall.) Die Kritik der Presse muß ich ertragen, sonst hätte ich nicht Minister werden dürfen. Ich bestreite der Presse aber, daß Falschheit vorliegt. Mittel haben mir nie gefehlt! Fehlen sie mir einmal, so würde ich nicht mehr Minister sein. (Beifall.) Der Vorwurf, daß die Eingleisigkeit Schuld an dem Unglück trage, ist unbedeutend. Niemand spannt vier oder sechs Pferde vor den Wagen, wenn zwei genügen. Die Statistik beweist, daß auf den zweigleisigen Strecken viel mehr Unglücksfälle vorkommen als auf eingleisigen. Doch die Nachrichten etwas spät eingegangen sind, ist richtig. Auch ich habe erst nachmittags um 6 Uhr ein Telegramm bekommen, weil der Beamte sich genau an seine Instruktion gehalten und dabei den Minister vergessen hat. (Beifall.) Die Leichen sind unentgeltlich beerdigt worden. Mit der Einführung des Blocksystems kann man nur gradatim (schrittweise) vorgehen. Ich will jetzt für Gröblich ein schönes Schnellzugspaar neu einrichten. Wenn Sie meinen, das geht auf der eingleisigen Strecke nicht, kann ich es ja wieder streichen. (Beifall.) Solche Unfälle kommen gewöhnlich dort vor, wo wenig zu tun ist; denn, wer viel zu tun hat, hat gewöhnlich immer Zeit, wer wenig zu tun hat, niemals. (Beifall und Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Goldschmidt (fr. Vp.) findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Dirths (fr.) erklärt sich mit den Mitteilungen des Ministers im allgemeinen einverstanden. Nur die Zweigleisigkeit der Strecke müsse unbedingt gefordert werden. (Beifall rechts.)

Abg. Goldschmidt (fr. Vp.) ist auch der Meinung, daß der Unfall nicht passieren konnte, wenn die Strecke zweigleisig gewesen wäre. (Sehr richtig! links.) Die Betriebssicherheit ist ebenso wichtig, wie die Verkehrsüberdrehung, zu der sich der Minister durch Einführung eines D-Zugspaares bereit erklärt hat. Im Spremberger Fall scheint die Technik in Bezug auf die Blockierung der Strecke nicht ganz auf der Höhe gewesen zu sein. Weiter ist die Forderung nach erschlafftem Personal aufzustellen, das nicht überbürdet werden darf. Möge der Minister dafür sorgen, daß sich eine derartige Betriebsummelei wie in Spremberg nicht an anderen Orten wiederhole. (Beifall links.)

Abg. Dr. König (B.): Jugverspätungen werden häufig durch schnelles Fahren eingeholt gesucht. Wünschenswert wäre es, wenn und mit dem Etat eine Uebersicht über die Beschäftigungszeit der

einzelnen Beamten vorgelegt würde. Wir vertrauen auf den Minister, daß er alles tun wird, um die Betriebssicherheit zu steigern. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Die Interpellation ist damit erledigt.

Hierauf wird über die Interpellation der Abg. Hilde u. Gen. wegen der Eisenbahnverkehrsstörungen verhandelt, zu deren sofortiger Verantwortung Minister v. Budde sich bereit erklärt.

Abg. Hilde (natl.) begründet die Interpellation mit dem teilweise unerhörten Wagenmangel im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet. Die durch die Steigerung der Lebensmittelpreise schon ohnehin aufgereizten Arbeiter werden durch die Unzulänglichkeit des Betriebes geradezu zu Sozialdemokraten gemacht! Der Wagenmangel stellt sich hauptsächlich zur Zeit der Zukerrübenkampagne ein, aber die Vermehrung des Wagenparks steht überhaupt in keinem Verhältnis zu dem wachsenden Bedürfnis der Industrie. Ich bitte den Minister, uns zu sagen, was er zu tun gedenkt, um dem Uebelstande, der auch die Eisenindustrie schädigt, abzuhelfen. (Beifall.)

Minister v. Budde: Es ist richtig, daß wir zeitweilig nicht im Stande waren, genügend Wagen zu stellen. Das kommt aber daher, daß der Verkehr sich wider Erwarten stark entwickelt hat. Wir sind auch zurzeit noch nicht in der Lage, den Verkehr vollständig zu bewältigen, wegen des starken Mühlverkehrs. Wir können nicht so weit gehen, die Fabriken bis an den Hals zu beschäftigen, so daß wir neue Weisen für leere Wagen schaffen müssen. (Beifall.) Ferner müssen die Rangierbahnhöfe etwas ausgebaut werden, da uns die Jaxe jetzt etwas zu eng ist. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. v. Pappenheim (L) beschließt das Haus die Besprechung der Interpellation und vertagt sich sodann.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Novelle zum Einkommensteuergesetz, Novelle zum Kreis- und Provinzialabgabengesetz.)

Schluss 4 Uhr.

Zur Menderung der Organisation

nahmen die Berliner Parteigenossen am Dienstag abend in 7 Versammlungen Stellung.

Erster Wahlkreis. Die Versammlung tagte in den Arminshallen. Nach einem kurzen Hinweis des Genossen Opper auf die Bedeutung der bevorstehenden Generalversammlung für Groß-Berlin wurden als Delegierte zu derselben gewählt die Genossen Cohn, Fischer, Bohn, Petermann, Wolderaki, Schuster, Holzmann, Opper, Strehl, Dieselser, Ege, Wittner, Schabedel, Seiler. Für den Vorstand des Verbandes von Groß-Berlin wurden aufgestellt: Opper für den Aktionsausschuß, Wolderaki als dessen Ersthelfer; für die Prekominmission Dieselser, als Ersthelfer Petermann; für die Agitationskommission Schuster, als Ersthelfer Bohn; für die Lokalkommission Ege, als Ersthelfer Wittner. — Hierauf erstatteten Cohn und Strehl einen kurzen Bericht über die Parteikonferenz für Berlin. — Unter „Verschiedenes“ beantragte Schulz eine Resolution, welche bedauert, daß verschiedene Gewerkschaften, entgegen den Abmachungen zwischen Partei- und Gewerkschaftsinstanzen, am Dienstag Versammlungen abhalten. Die Resolution fordert, daß in dieser Hinsicht Wandel geschaffen werde. — Auf Ersuchen des Vorsitzenden Strehl zog der Antragsteller die Resolution bis zur nächsten Generalversammlung zurück, damit der neuen Organisation für Groß-Berlin Gelegenheit gegeben werde, diese Angelegenheit zu regeln.

Zweiter Wahlkreis. In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlkreises wurde vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung der Bericht der zur Untersuchung der gegen den Genossen Lantow erhobenen Vorwürfe eingesetzten Kommission entgegengenommen. Genosse Schubert berichtete eingehend über den Verlauf und das Ergebnis der Untersuchung. Die Kommission hat sich schließlich vier Fragen folgenden Inhalts vorgelegt und sie wie folgt beantwortet: 1. Konnten die Genossen Fischer und Werner auf Grund des ihnen vorliegenden Tatsachenmaterials zu der Ueberzeugung kommen, daß der Verdacht gegen den Genossen Lantow begründet war? Diese Frage wurde mit 6 gegen 1 Stimme bejaht. 2. War Fischer verpflichtet, dem Vertrauensmann Mitteilung zu machen? Die Frage wurde einstimmig mit Ja beantwortet. 3. Nicht das Material aus, um Lantow der Tat zu überführen? Einstimmig: Nein. 4. Liegen genügende Verdachtsgründe vor, um zu empfehlen, daß Lantow in der Partei keine Ehrenämter mehr bekleiden soll? Diese Frage wurde mit 6 gegen eine Stimme bejaht. — Die Generalversammlung lehnte es ab, über diese Angelegenheit nochmals zu diskutieren und erklärte sich mit dem Ergebnis der Beratung der Kommission einverstanden.

Darauf gab Genosse Schwemle einen mit Rücksicht auf die umfangreiche Tagesordnung kurz zusammengefaßten Bericht über die Brandenburgische Provinzialkonferenz, wobei er besonders hervorhebt, wie wichtig und notwendig die Landarbeiteragitation ist. Sodann erfolgten die Delegiertenwahlen zur Verbandsgeneralversammlung. Den 8250 Mitgliedern des Wahlkreises entsprechend waren 85 Delegierte zu wählen, die auf die einzelnen Abteilungen je nach der Mitgliederzahl verteilt worden sind, so daß von der ersten Abteilung 8 Kandidaten, von der zweiten 8, von der dritten 8, von der vierten 5, von der fünften 7, von der sechsten 12, von der siebenten 12 und von der achten Abteilung ebenfalls 12 Kandidaten aufgestellt wurden. Die sämtlichen vorgeschlagenen Kandidaten wurden von der Generalversammlung gewählt.

Dann folgte der Vorstandsbericht. Der Vorsitzende Genosse Berner führte aus, daß im verfloffenen Halbjahr die Kleinagitation fortgesetzt worden ist, wenngleich nicht mit dem Erfolge wie im vorhergehenden. Es ist die Frage erwogen worden, ob es nicht zweckmäßiger sei, wieder mehr Agitationsversammlungen abzuhalten, doch trat das Bedürfnis dazu in den Abteilungen nicht besonders stark hervor, und außerdem müßte auf die vielen notwendig gewordenen Generalversammlungen Rücksicht genommen werden. Die Mitgliederzahl des Wahlkreises ist im Laufe des Halbjahres um 813 gestiegen. „Vorwärts“-Abonnenten sind jetzt 6440 im Kreise vorhanden. Das Flugblatt über die Reichsteuerung wurde in 90 000 Exemplaren, der Aufruf zur Einkommenssteuerung in 100 000 Exemplaren in 85 000 Exemplaren verbreitet. Die Broschüre „Religion ist Privatsache“ wurde unentgeltlich, das Protokoll des Jenaer Parteitages für 10 M. an die Mitglieder abgegeben. In der Kleinagitation zu den Stadtverordnetenwahlen im Kreise hätte mehr geleistet werden können. In den beiden ländlichen Wahlkreisen, die den Genossen des zweiten Kreises zur Bearbeitung überwiesen sind, haben sich die Verhältnisse günstig entwickelt. In Jüterbock-Luderswalde sind bedeutende Fortschritte gemacht worden. Ein Zentralwahlverein wurde dort gegründet, Lokale sind gewonnen worden und auch die materiellen Verhältnisse sind gute. In Kalau-Ludau sind die Fortschritte nicht so bedeutend, was namentlich auf die außerordentliche Armut der Bevölkerung zurückzuführen ist. — Im verfloffenen Halbjahr hielt der Wahlverein des zweiten Wahlkreises 9 Generalversammlungen ab; ferner fanden 4 Bezirksversammlungen und 15 Vorstandssitzungen statt. Der Vorstand müßte sich auch mit verschiedenen Ausschluhanträgen befassen; zwei davon waren gestellt wegen Vorwürfe gegen den Volkstrotz „Hilfsharmanie“ bei der Schillerfeier der „Neuen freien Volksbühne“. Einer der beiden Genossen hatte sein Vergehen insoweit entschuldigt, daß der Vorstand es bei einer Rüge bewenden ließ. Der Genosse Michaelis hatte jedoch erklärt, daß er mit mehreren Genossen den Volkstrotz mit der Absicht begangen habe, die Aufhebung des Volkstrotzes herbeizuführen. Seine Gründe wurden vom Vorstand nicht für stichhaltig erachtet und der Vorstand schloß ihn aus. Er appellierte an die Generalversammlung. Ein anderes Ausschluhverfahren schwebte gegen den Genossen Siegmund, und zwar wegen Vergehens gegen die Grundätze seiner Gewerkschaft. Er kam

jedoch dem Ausschluß durch Austritt aus dem Wahlverein zuvor. Der Vorstand beschloß, ihn nicht wieder aufzunehmen, so lange er nicht von seiner Gewerkschaft wieder aufgenommen wird.

Der Massenbericht, den der Kassierer Schmidt verlas, wies die Einnahmehomme von 13 914,50 M. auf. Die Ausgaben, darunter 8300 M. an die Parteikasse und 778,65 M. für Agitation, beliefen sich auf 12 498,50 M., so daß 1416,70 M. als Bestand verblieben. — Ueber den Vorstandsbericht fand eine lebhafteste Diskussion statt, die sich hauptsächlich auf den Ausschluß des Genossen Michaelis bezog. Nachdem sich mehrere Redner für oder gegen den Ausschluß geäußert hatten, wurde an Michaelis die Frage gerichtet, ob er erklären wolle, daß er die unbedingt notwendige Disziplin gebrochen habe, und daß er sich solche Verstöße nicht wieder zuschulden kommen lassen wolle. Das erst gab er zu, über das zweite gab er jedoch keine befriedigende Erklärung ab. Darauf beschloß die Versammlung mit 149 gegen 144 Stimmen, den Beschluß des Vorstandes aufrecht zu erhalten. Nachdem dann noch einige persönliche Differenzen besprochen wurden, erklärte sich die Versammlung gegen eine Stimme mit dem Vorstandsbericht einverstanden.

Dann gab Genosse Königs Bericht von der Prekominmission. Er teilte mit, daß die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ von 87 000 auf 99 000 gestiegen ist, von denen 30 000 auf die Vororte kommen. Die Vorortbeilage müsse zum 1. Januar eingehen. Der Preis der Inzerate muß erhöht werden, weil sonst bei der großen Auflage die Kosten nicht mehr gedeckt werden. Vom 1. Januar ab wird der „Vorwärts“ auf besseres Papier gedruckt, was eine Erhöhung der Ausgaben um 24 000 M. zur Folge hat. Eine Ermäßigung des Abonnementsgeldes ist wegen des Ausfalles, der damit verbunden wäre, nicht möglich. Den Angestellten, mit unter 40 M. Wochenlohn ist wegen der Lebensmittelerhöhung eine Zulage von 1 M. gewährt worden. Danach ging der Redner auf den Redaktionskonflikt ein und schilderte die Verhältnisse, die eine Veränderung notwendig machten, sowie die Maßnahmen, die schließlich zur Kündigung der Redakteure führten. Er erklärte zum Schluß, daß es dem Parteivorstand und der Prekominmission nicht möglich gewesen sei, auf anderem Wege den Wünschen der Parteigenossen Geltung zu verschaffen, und daß den sechs Redakteuren in keiner Weise Unrecht geschehen sei. — Genosse Mich. Fischer bemerkte zunächst, er glaube nicht, daß es nötig sei, die Vorortbeilage eingehen zu lassen; es könne nicht schwer fallen, sie so zu gestalten, daß sie bestehen bleibt. Die Redakteursfrage, führte der Redner weiter aus, hätte er gern übergeben. Es sei Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Bundesrat, die der Partei dadurch geschlagen worden seien, zu heilen. Der Redner wandte sich jedoch entschieden gegen die Ansicht, daß die Angelegenheit nicht auf andere Weise zu regeln gewesen wäre. Seiner Auffassung nach sei den sechs Redakteuren keineswegs Unrecht zugefügt worden. Man hätte den Redakteuren, die in Betracht kamen, und Freunden und Genossen sagen sollen, daß sie von den Parteigenossen als ein Hindernis angesehen würden, dann hätte man sicher seinen Willen erreicht und der Skandal wäre vermieden worden. — Die Ausführungen des Redners wurden mehrmals durch Widerspruch aus der Versammlung unterbrochen. — Genosse Hiller verteidigte sich gegen den nachträglich in die Erklärung der sechs Redakteure eingefügten Vorwurf, er habe hinter dem Rücken der „Vorwärts“-Redaktion für die „Leipziger Volkszeitung“ gearbeitet. Das sei durchaus nicht der Fall; diese seine Mitarbeiterarbeit sei im „Vorwärts“ lange bekannt gewesen und habe sich nur auf neutrale Gebiete erstreckt. Stadnauer oder Eisner von dieser offenkundigen Tatsache noch besonders Mitteilung zu machen, habe er keine Verpflichtung gehabt. Der Redner setzte dann weiter auseinander, wie er vor Jahren Mitarbeiter der „Leipziger Volkszeitung“ geworden ist und wie sich sein Verkehr mit deren Redaktion lediglich auf Angelegenheiten bezog, die mit diesem Verhältnis in Verbindung standen. — Sodann gab Genosse Meyer von der Prekominmission noch in längerem Ausführungen eine Uebersicht über die Zustände, die zu dem Redaktionskonflikt im „Vorwärts“ führten. Auch er erklärte, daß es nicht möglich war, auf anderem Wege zum Ziele zu kommen und geberliche Verhältnisse zu schaffen, wenngleich er hinzufügte, daß die Prekominmission heute vielleicht anders handeln würde. Man habe die Absicht gehabt, die Redakteure, denen gefündigt werden sollte, in keiner Weise wirtschaftlich zu schädigen und wollte sie selbst noch nach April nächsten Jahres beschäftigen, soweit sie dann noch keine andere Stellung gefunden haben sollten. — Nachdem es bereits über 1 Uhr geworden war, wurde die Diskussion geschlossen und folgende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen:

Die Generalversammlung erklärt sich mit dem Vorgehen des Parteivorstandes und der Prekominmission im „Vorwärts“-Konflikt einverstanden und spricht beiden Körperschaften ihr vollstes Vertrauen aus. Sie mißbilligt auf das Schärfste das Verhalten der sechs ausgeschiedenen Redakteure deshalb, weil sie es unterließen, den in der Partei vorgeschriebenen Instanzenweg zu gehen und statt dessen die gesamte Parteipresse mißbrauchten, um gegen den Parteivorstand und die Prekominmission die schlimmsten Vorwürfe zu erheben und damit die Partei auf das Schwerste zu schädigen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden der vorgeschrittenen Zeit wegen vertagt.

Der Sozialdemokratische Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt seine gutbesuchte Generalversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses ab. Den Anschlag an den Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend betraf der erste Punkt der Tagesordnung. Bekanntlich hatte der Wahlverein sich in einer früheren Generalversammlung zwar prinzipiell für den projektieren Verband erklärt, seinen Beitritt aber von verschiedenen Bedingungen abhängig gemacht. Der Vorsitzende Genosse St. Fröh empfahl nun nach einem kurzen Rückblick über die bisherigen Verhandlungen zur Neuorganisation in Groß-Berlin, von den damals gestellten Bedingungen abzusehen und den Anschlag an den Verband zu befehlen. Die Bedingungen seien zwar nicht erfüllt, aber es wäre doch unmöglich, daß der eine Wahlkreis beiseite stehen könne, wo so vielerlei gemeinsam zu erleben sei. Weitergen sei infolgedessen ein Zustandnis gemacht worden, als auf der ersten Generalversammlung des neuen Verbandes der Referent der Vorbereitungskommission die Erklärung abgeben soll, daß die Aufstellung von Kandidaturen nach wie vor jedem Kreise überlassen bleiben soll. Die damals angenommenen Abänderungsanträge des dritten Kreises könnten ja im Verband selbst nun gestellt werden.

Nach diesen Ausführungen des Genossen Fröh wurde ohne Debatte der Anschlag des Wahlkreises für den dritten Kreis an den Verband beschlossen. Dann schritt man zur Wahl von 45 Delegierten zur Generalversammlung des Verbandes.

Ueber die Verhandlungen der brandenburgischen Provinzialkonferenz referierte Genosse Gehrmann, indem er in großen Zügen ein übersichtliches Bild davon entwarf. Besonders beachtenswert sind die Fragen der Agitation in der Provinz. Durch Schilderung des sozialen und rechtlichen Glanzes der Landarbeiterschaft zeigte er, wieviel noch hier seitens der Sozialdemokratie zu tun sei. Er schloß mit der Erwartung, daß die von der Konferenz geleistete Arbeit auch gute Früchte tragen möge. (Zustimmung.) In der Debatte wurde von den Genossen Köbus, Kahlen, Dittmer u. a. die Frage der besten Art der Landagitation erörtert. Köbus u. a. wünscht, daß die Agitationskommission für die Provinz den Genossen, die gern etwas auf dem Lande tun wollen und sich an sie oder einzelne ihrer Mitglieder wenden, mehr entgegen komme, auch durch Weiterbildung. — Genosse Dimick als Mitglied der Brandenburgischen Agitationskommission, nahm dazu das Wort. Er hat den Ausführungen

Wobu' entnommen, daß dieser meine, die Landmannschaftsbereine (Agitationsvereine von in Berlin hausenden Genossen aus der Provinz) würden von der Agitationskommission nicht genügend gewürdigt. Die Sache sei so, daß die Landmannschaftsbereine keine Parteiorganisationen im wahren Sinne des Wortes seien. Ihnen sei auch nur problematischer Wert beizumessen. Die Agitationskommission könne nicht jedem geben. Wer in bezug auf die Agitation in der Provinz etwas wünsche, der möge sich, wenn in Berlin organisiert, an seine heimische politische Organisation wenden, und wenn in der Heimat politisch organisiert, an den dortigen Wahlverein. Die Agitationskommission trete nur mit den Leitern der Partei in der Provinz und mit den Berliner Wahlvereinen in Verbindung. — Genosse Adolf Ritter pflichtete dem Vordredner bei und ist auch sonst der Meinung, daß der Agitationskommission hinsichtlich ihrer Tätigkeit keine Vorwürfe zu machen seien. Im übrigen erklärte er gegenüber einer Neuerung Kahlen's, daß die Berliner Gewerkschafter sehr wohl sich in der Agitation betätigten. Zu berücksichtigen wäre, daß in Berlin viele Kräfte in den sozialpolitischen Institutionen (Krankenkassen, Unfall- und Invalidenversicherungsinstitutionen), also auch im Interesse der Arbeitererschaft, gebraucht würden. Es folgte ein kurzes Schlusswort des Genossen Gehrman.

Im „Verschiedenen“ erledigte man einige Ausschlußangelegenheiten, worauf Schluß der Versammlung eintrat.

Die Generalversammlung des vierten Wahlkreises (Ost) tagte in der Königsbank, Frankfurterstraße. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die Protokolle der beiden letzten Generalversammlungen verlesen und das Andenken der verstorbenen Genossen Heibinder und Dietert in der üblichen Weise gelebt. Genosse Schulz stellt sodann den Antrag, anstatt des Vortrages die „Vorwärts“-Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen, der aber von Genossen Engels mit dem Hinweis darauf, daß die Funktionäre des Kreises und die Zahlreiche sich schon eingehend mit der Frage beschäftigt haben, eine dahingehende Erklärung des Wahlvereins schon im „Vorwärts“ veröffentlicht sei, bekämpft, und mit großer Mehrheit abgelehnt.

Hierauf wird zum ersten Punkt der Tagesordnung, der Wahl von 36 Delegierten zur konstituierenden Generalversammlung des Groß-Berliner Verbandes, geschritten. Eine 10gliedrige Kommission zur Feststellung des Wahlergebnisses wird gewählt und die Versammlung zur Einammlung der Vorschlagslisten auf kurze Zeit vertagt.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung, Anstellung und Wahl eines besoldeten Kassierers, liegen vier Vorschläge vor und zwar sind die Genossen Varentzin, Döge, Frömmel und Kolumbus vorgeschlagen.

Nach Festsetzung des Kassierergehaltes auf 2000 M. und Ablehnung eines Antrages Unger, die Personenfrage noch einmal zu diskutieren, ergibt die Wahl folgendes Resultat:

Es erstellten Varentzin 399, Döge 116, Frömmel 60 und Kolumbus 58 von 633 gültigen abgegebenen Stimmen, 31 waren ungültig. Somit ist Genosse Varentzin zum Kassierer gewählt.

Zum Punkt 3 der Tagesordnung erhält Genosse Stern das Wort zu seinem Vortrage über: „Sozialismus und Kirche“. Lebhafter Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen.

In der Diskussion, an der sich die Genossen Kieger und Krahnman im zustimmenden Sinne beteiligten, wird noch gefordert, unseren Programmpunkt „Erlösung der Religion zur Privatfache“ schärfer zu interpretieren, die Jugend mit unseren Ideen mehr als bisher zu durchdringen und den Genossen den Austritt aus der Landeskirche eindringlicher zu empfehlen.

Nach kurzem Schlusswort des Genossen Stern und nach der Bekanntgabe des Vorsitzenden Genossen Mann, daß das etwas schwierig zu ermittelnde Resultat der Wahlen der Versammlung nicht mehr mitgeteilt werden könnte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Vierter Wahlkreis (Süd-Ost). Die Generalversammlung des Wahlvereins, die bei Graumann, Raunhstr. 37, stattfand, war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Genossen Hof und Schröder in üblicher Weise. — Als Delegierte zur Verbands-Generalversammlung Groß-Berlins wurden 87 Genossen gewählt.

Darauf hielt Genossin Dr. David einen interessanten mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die Bedeutung der Konsumvereine“. An der Diskussion beteiligte sich nur Genosse Dresdner (Geschäftsführer des Käufervereins „Selbsthilfe“). Die Arbeiter schienen sich vor Ausbeutung, indem sie sich gewerkschaftlich und politisch organisieren — lassen sich aber als Konsumenten vom Kapitalismus ausbeuten. Die Arbeiter wollen die Verbesserung der heutigen Lage — sind gleichzeitig aber doch auch Idealmenschen, die der späteren Generation ein besseres Dasein verschaffen wollen. Deshalb soll man nicht, wenn man auch anfangs als organisierter Konsument keine Vorteile oder gar einmal Schaden gehabt hat, wie dies beim Rindfleisch Konsum- und Rabatthierverein „Süd-Ost“ der Fall war, die Hände ins Korn werfen. — Der Vorsitzende Genosse Hoffmann machte dann noch einige geschäftliche Mitteilungen.

Fünfter Wahlkreis. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins fand am Dienstag im „Alten Schützenhaus“ statt. Zunächst verlas der Kassierer Piepmann die Namen von 59 neuen Mitgliedern, die sich zur Aufnahme in den Verein gemeldet hatten. Wegen der Aufnahme wurde Widerspruch nicht erhoben. Sodann erstatteten Fischer und Ehrhardt den Bericht von der Brandenburger Provinzialkonferenz, der ohne wesentliche Diskussion entgegengenommen wurde. Hierauf erfolgte die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung des Wahlvereinsverbandes von Groß-Berlin. Die in den Bezirken bereits aufgestellten 32 Delegierten wurden einstimmig bestätigt, ebenso die in den Vorständen vorgeschlagenen Genossen Piepmann, Wels, Buch und Kauf.

Das Hauptinteresse der Versammlung konzentrierte sich dann auf den Bericht der Prekominmission.

Wels als Mitglied der Prekominmission machte dazu etwa folgende Ausführungen: Er glaube wohl im Einverständnis mit den Genossen zu handeln, wenn er alle übrigen Vorgänge in der Prekominmission diesmal hintanstelle und nur

den „Vorwärts“-Konflikt zur Erörterung bringe, der ja seit Wochen das allgemeine Interesse der Genossen in ganz Deutschland wach gehalten habe. (Allseitige Zustimmung.) Redner gab nun zunächst eine chronologische Darstellung der Vorgänge, wie sie aus der Denkschrift des Parteivorstandes bekannt sind. Hierbei erinnerte er auch an seine eigenen Ausführungen auf dem Jenaer Parteitag, die er anlässlich der Begründung des Antrages der Berliner Genossen, den „Vorwärts“ zum Berliner Lokalorgan umzugestalten, gemacht hatte. Schon damals habe er keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Berliner Genossen unter allen Umständen eine grundlegende Veränderung in der Redaktion verlangten, da sie die bisher gezeigte Halbheit des Parteivorstandes in dieser Hinsicht gründlich satt gehabt hätten. Nachdem aber die Pflanzener-Kommission ihre Beratungen beendet hatte, seien die Berliner Delegierten mit der Entloos-Annahme der vom Genossen Bollmar verlesenen Resolution nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt einverstanden gewesen, daß der Parteivorstand sich verpflichte, bis zum 3. Oktober, also noch bevor die Parteiverfassungen über die Berichterstaltung vom Parteitag stattfinden sollten, der Prekominmission bestimmte Vorschläge hinsichtlich der von den Berlinern gewünschten Veränderung in der Redaktion zu machen. Es sei also vor der Abstimmung über jene Resolution ein regelrechtes Kompromiß mit den Berlinern geschlossen worden, an das sich der Parteivorstand halten mußte. Infolgedessen sei es auch ein Grundvertrauen von den sechs Redakteuren, wenn sie die Sache so darzustellen suchten, als sei in Jena ein harmonischer Friede geschlossen worden und alles solle seinen Gang so weiter gehen wie früher. Als dann der Parteivorstand zur ersten Sitzung der Berliner Funktionäre geladen wurde und die Kündigung von Kaliski und Wätner in Vorschlag trat, da es gerade die

Funktionäre gewesen, aus deren Reihen gerufen wurde, der Parteivorstand wolle es abermals bei Halbheiten bewenden lassen und die Berliner wieder „an der Nase herumführen“. Und sein Kollege Friedländer habe sogar in einer späteren Sitzung den drohtischen Ausdruck getan: der Parteivorstand scheine der beschriebenen Reform an Haupt, Kumpf und Gliedern direkt ausweichen zu wollen, nur ein paar Hühneraugen sollten amputiert werden. Damit sei wohl zur Genüge bewiesen, daß nicht der Parteivorstand, sondern die Berliner Parteifunktionäre die „Hauptschuld“, wenn überhaupt von einer solchen gesprochen werden könne — an der vorgenommenen Veränderung trügen. Dabei habe jedoch keinerlei Absicht vorgelegen, die Redakteure wirtschaftlich zu schädigen. Es seien entsprechend andere Kosten für sie in Aussicht genommen gewesen. Wenn es anders gekommen sei, so liege die Schuld daran lediglich in dem unqualifizierten Verhalten der Redakteure selbst. Soviel siehe fest: Die Zustände in der Redaktion seien einfach unhaltbar gewesen. Hätten doch Ströbel und Tunow glaubwürdig versichert, daß die Mehrheit an die Minderheit das Ansehen gestellt habe, letztere müsse eigentlich aus der Redaktion ausscheiden. Darauf habe Ströbel der Mehrheit geantwortet: „Wir würden gehen, wenn wir von Ihnen angestellt wären; da wir aber von den Berliner Genossen angestellt sind, so werden wir Ihnen den Gefallen nicht tun.“ (Der als Gast in der Versammlung anwesende Genosse Dr. Gradnauer bestritt durch Zurufe lebhaft, daß die frühere Mehrheit niemals solche oder ähnliche Äußerungen getan habe; wenigstens seien sie ihm gänzlich unbekannt geblieben.) Schließlich habe man sich in den Sitzungen dahin verständigt, Gradnauer, Wegler und Wätner zu kündigen. Gradnauer, weil man in ihm das Haupt der revisionistischen Richtung im „Vorwärts“ erblicke, der sich offensichtlich der Dresdener Resolution gegenübergestellt habe, und Wegler wegen einseitiger Redigierung der Parteinachrichten. Von einer Kündigung Eisners sei abgesehen worden, weil die Meinung vorherrschte, daß er sich im guten Sinne beeinflussen lasse, wenn ihm ein tüchtiger, ökonomisch gebildeter Redakteur zur Seite gestellt werde. Habe doch der alte Liebknecht, auf dessen Empfehlung Eisner seinerzeit eingestellt wurde, damals gesagt, Eisner sei zweifellos ein glänzender Journalist, jedoch hätten ihm in bezug auf das Erfassen der politischen Ökonomie noch die bürgerlichen Gesellen an Kaliski aber hätten die Funktionäre nicht kündigen wollen, weil er sich als guter Agitator bewiesen habe und diese Tätigkeit durch seine Redakteurstellung auch nicht beeinträchtigt worden wäre. Wätner sei jedoch nur provisorisch als Redakteur tätig gewesen, deshalb sei dessen Kündigung auch nur von untergeordneter Bedeutung.

Aus alledem gehe hervor, daß der Parteivorstand wie auch die Prekominmission gegen die betreffenden Redakteure ganz legal vorgegangen sein. Wenn sich das Vorgehen aber dennoch zu der bekannten Schärfe zugehört habe, so nur durch die Schuld der Redakteure selbst. Es sei die Solidaritätserklärung verbunden mit der Kündigung der Sechs an den Parteivorstand erfolgt, dazu die aufsehenerregende Veröffentlichung der eingereichten Kündigung an der Spitze des politischen Teils im „Vorwärts“ und darauf die bekannte „Aufklärung“ an Stelle des Leitartikels. Diese unerhörte Prozedur und den damit gleichzeitig verübten Mißbrauch der Presse konnten und durften sich Parteivorstand und Prekominmission nicht gefallen lassen. Es müßte den Redakteuren jetzt gezeigt werden, daß der „Vorwärts“ nicht ihre wegen, sondern der Partei wegen da war. (Beifall.) Leider sei ihnen der Streich, eine große Anzahl von Genossen gegen den Parteivorstand aufzuputchen, nur zu gut gelungen. Und allein dieser Streich beweise, daß wenn den Berlinern irgend ein Vorwurf gemacht werden könne, so nur der, daß sie nicht schon früher eingegriffen haben. Freilich habe die einseitige Beeinflussung der übrigen Parteipresse durch die Redakteure resp. durch die Stämpferische Korrespondenz nur eine kurze Zeit dauern können; dann sei die gesunde Reaktion erfolgt. Die Prekominmissionen allerorts hätten die Redakteure der verschiedensten Parteiblätter bald sehr deutlich daran erinnert, daß man sich eine Beherrschung der Partei durch eine handvoll Parteijournalisten unter keinen Umständen gefallen lasse. Der gleichen Meinung hätten auch die Genossen in den meisten Wahlvereinen des Reiches Ausdruck gegeben, indem sie das Vorgehen des Parteivorstandes und der Prekominmission in ihrer großen Mehrheit billigten. Diese Meinung der Genossen säubere die von einer gewissen Richtung von Parteilitern künstlich erzeugte Stille in der Partei wie ein reinigendes Gewitter. Es sei ja allgemein aufgefunden, daß sich die Angriffe der Redakteure und ihrer Berufstreue fast ausschließlich gegen den Parteivorstand, nicht aber gegen die Prekominmission richteten. Das beweise, was schon längst empfunden worden sei, daß die Redakteure die Mitglieder der Prekominmission nicht recht für voll anfähen, weil dies meistens nur einfache Arbeiter seien, die als angeblich Mindergebildete von den Berufsjournalisten nur geringfügig über die Achsel angesehen würden. Gerade dieser Umstand, der nicht nur in Berlin zu beobachten sei, habe wohl mit dazu beigetragen, daß die Prekominmissionen vieler Provinzblätter ihren Redaktionen jetzt so sehr den Weg gewiesen hätten.

Redner kritisierte dann scharf das Verhalten der „Münchener Post“ sowie des Vereins Arbeiterpresse. Nach den Begriffen vieler Mitglieder dieses Vereins scheine ein Streikrecht der besoldeten Partei- und Gewerkschaftsangehörigen proklamiert werden zu sollen. Ein solches Recht könne er niemals anerkennen; das sei gegen alle demokratischen Begriffe. (Zwischenrufe und Lachen bei einem Teile der Anwesenden.) Dann würde ja das Selbstbestimmungsrecht der Masse einfach ausgeglichen werden. Man würde dann eine neue Aristokratie der Angestellten, eine souveräne Oberbehörde schaffen. (Rufe: Haben wir schon! Andere Rufe: Ja, Parteivorstand! Unruhe.) Für die angestellten Beamten und Redakteure läme es bei Differenzfällen nur einen Weg geben: den Instanzenweg. (Beifall.) Sonst würden ja die Einrichtungen der Arbeiterchaft zum unberechenbaren Schaden der Gesamtbewegung einfach lahmgelagert werden. Eine ebenfalls sehr scharfe Kritik übte Redner ferner an dem Verhalten der General-Kommission der Gewerkschaften unter besonderer Bezugnahme auf den bekannten Artikel im „Correspondenzblatt“. Die Gewerkschaften hätten mit der „Vorwärts“-Angelegenheit absolut nichts zu tun gehabt, ebenso wenig wie sich die Partei um Personalveränderungen in den Gewerkschaften kümmerte. Auffallen müsse es, daß die General-Kommission mit der Verfehlung ihres Artikels gerade dann so eilig hätte, als ob sie sich mit dem „Vorwärts“-Konflikt schon beinahe zu Ende gegangen wäre. Hier aber könne er auch dem Abgeordneten des fünften Reichstages, dem Genossen Robert Schmidt, einen Vorwurf nicht ersparen. Dieser sei sowohl Mitglied der General-Kommission wie auch Parteimitglied des Reichs Arbeiterpreffe, und als solches habe er den Stand der Dinge genau gekannt. Da hätte er seinen Einfluß geltend machen sollen, damit jener Artikel nicht an die gesamte Gewerkschafts-Presse verlannt werden konnte. Gerade wenn man sich auf den Standpunkt stelle, den Silberschmidt so pathetisch auf dem Jenaer Parteitag vertreten habe, daß die Gewerkschafts-Presse überall dort gelesen werde, wo die Parteipresse noch nicht zu finden sei — dann sei es erst recht zu verurteilen, daß in der Gewerkschafts-Presse durch jenen Artikel die noch nicht politisch geschulte Arbeiterchaft so gegen den Parteivorstand aufgehetzt worden sei. Hier sei der unumstößliche Beweis geliefert, daß der Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften von der General-Kommission künstlich bis zum äußersten geschürt werden sollte. Unter diesen Umständen könne man sich ja noch kaum auf einander verlassen. Redner sprach sich dann sehr abfällig über einen Artikel des „Courier“, des Organs der Handels- und Transportarbeiter, in dieser Sache aus. Das sei eine gleiche Leistung, wie sie sich anlässlich des Omnibusstreiks in dem bekannten Briefe von dem Dollkandulshelm der grauen Theorie Kanischs, den der Vorstand dieser Organisation damals an die „Boissche Zeitung“ schrieb, offenbart habe. Dem hält er einen Artikel des Lapeyrierblattes gegenüber mit der Bemerkung, daß dieses Organ allerdings in Hamburg und nicht in Berlin redigiert werde. Was das für ein Unterschied sei, gehe auch aus einer Äußerung hervor, die ein bekannter Hamburger Parteigenosse in Jena zu ihm getan habe. Der habe gesagt: „Wäre die General-Kommission nicht nach Berlin gekommen, dann wäre sie auch nicht so „blau“ geworden.“

Auf eins aber wolle er noch besonders hinweisen. Die sechs Redakteure hätten sich immer so bitter darüber beklagt, daß sie „nicht gehört“ worden seien. Erfrage: In welcher Weise der Beratungen hätten die Redakteure denn geladen werden sollen? Alles waren nur Vorbesprechungen mit noch nicht festgeformten Vorschlägen. In einer Rücksprache mit ihren Auftraggebern, den Berliner Genossen, seien die beteiligten Funktionäre ja noch gar nicht gekommen. Das hätten die Redakteure durch ihr Vorgehen ja vereitelt. In der durch die Redakteure geschaffenen außergewöhnlichen Situation habe dann eben auch außergewöhnlich gehandelt werden müssen, ohne erst die Genehmigung der Wahlvereine einzuholen. Infolgedessen sei die Prekominmission auch gar nicht in der Lage gewesen, sich mit den Redakteuren über etwaige, von dem Gros der Genossen sanktionierte positive Vorschläge auseinanderzusetzen. Alles in allem genommen könne er nur sagen: das Verhalten der sechs Redakteure sei in jeder Hinsicht als verwerflich zu bezeichnen. Nicht als Diener, sondern als Herren der Partei hätten sie sich betrachtet, und es sei nur zu begrüßen, daß sich die Parteigenossen gegen die Redakteure selbst wiedergefunden hätten. Unter den gegebenen Umständen habe nicht anders gehandelt werden können, wie es geschehen sei, und die Genossen müßten sich nur geloben, in ähnlichen Fällen nie wieder so lange mit einem radikalen Eingriff zu warten. Schon längst hätte energig durchgeführt werden müssen, dann hätte das Uebel gar nicht erst so weit um sich greifen können, und der jetzige Skandal wäre der Partei erspart geblieben. Zum Schluß empfahl Redner den Genossen dann die Resolution zur Annahme, die in der Bezirksführersitzung bereits angenommen und auch schon in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ abgedruckt worden ist. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf erhielt der als Gast anwesende Genosse Dr. Gradnauer das Wort. Redner versicherte, es liege ihm nichts ferner, als diesen ungeliebten Streit noch weiter zu schüren oder gar noch zu verschärfen. Doch da sich jetzt die Berliner Genossen mit der „Vorwärts“-Affäre zum erstenmal in öffentlichen Versammlungen (Zuruf: Mitgliederversammlung!) beschäftigten, so müßte es ja geradezu den Eindruck der Feigheit machen, wenn er als direkt Beteiligter jetzt nicht einige Worte dazu sagen würde. Die Tatsache, daß man ihn in dieser Versammlung bereitwillig das Wort verleihe, beweise ja schon, daß die Genossen ebenfalls eine Sachdarstellung, oder wenn sie wollten auch Neutätigung seinerseits erwarten hätten. Zwar ersehe er ihm von vornherein zweifellos, daß das Urteil bei den Genossen schon feststehe; immer hin feien sie aber nur einseitig informiert worden. Vor allem wolle er bemerken, daß es ihm sehr interessant gewesen sei, durch die Ausführungen von Wels jetzt zu erfahren, wie sich die Dinge in der Sitzung vom 2. Oktober eigentlich entwickelt hätten. In seinem Erlaunen höre er jetzt, daß die Berliner Prekominmission von dem Parteivorstande direkte Vorschläge zu einer fundamentalen Veränderung in der Redaktion verlangt habe, die Prekominmission also selbst nicht das Verlangen nach einer Kündigung von Redakteuren gestellt hat. Seiner Meinung nach sei ein größerer Einfluß der Berliner auf den „Vorwärts“ auch sehr wohl ohne die Abhebung von Redakteuren zu erreichen gewesen. Um aber auf die Sache selbst einzugehen, wolle er sagen: Das Hauptübel, welches die Unstimmigkeit zwischen der Redaktion und den Berliner Genossen hervorgerufen habe, erblicke er in dem Umstande, daß die Redakteure infolge ihrer ständigen Nacharbeit am „Vorwärts“ nicht genügend Fühlung mit den Parteigenossen nehmen konnten. Die Prekominmission sei nur alle vier Wochen zusammengetreten und dann seien in ihren Sitzungen meistens nur kleinliche Gegenstände erörtert worden, ganz vereinzelt aber nur wirklich reaktionelle Dinge. Das habe nach und nach zu einer gewissen Entfremdung führen müssen. So seien dann schließlich die unglaublichen Gerüchte über die Anschauungen der Redakteure unter den Genossen kolportiert worden, und eine Aussprache oder Widerlegung habe nicht erfolgen können. Hätten die Redakteure Zeit und Gelegenheit gehabt, sich öfter mit den Genossen gegenseitig auszusprechen, dann zweifele er keinen Augenblick daran, ein Konflikt wie der jetzige wäre unmöglich gewesen. An den Ausbruch des Konflikts in seiner gegenwärtigen böhlichen Gestalt habe aber auch umsonst irgend jemand denken können, als Bebel in Jena auf das Bestimmteste versichert habe, Kündigungen von Redakteuren würden nicht vorgenommen werden. Die Sache sei dann aber so gekommen, daß der Parteivorstand offenbar nicht recht wußte, was er tun sollte, als er von den Berlinern an sein Verprechen erinnert worden sei; daher dann auch der gänzlich unverständliche Kündigungsantrag in bezug auf Kaliski. Genau so wie die Prekominmission sei auch die Redaktionmehrheit der Meinung gewesen, daß Kaliski nicht gelündigt werden durfte, weil er an der politischen Haltung des Blattes doch absolut keine Schuld trug. Wels habe nun aber auch nichts darüber zu sagen gewagt, aus welchen Gründen er, Gradnauer, denn mit einmal der Hauptteil des Anstoßes gewesen sein solle. Er konstatierte: Seit Jahren sei kein Artikel von ihm gerügt worden. Nur einmal habe der Genosse Wermuth eine Aussprache über den Artikel betreffend die französische Andre-Affäre angeregt; erfolgt sei die Aussprache jedoch nicht. In zwei anderen Fällen, betreffend die russischen Terroristen und die Stellungnahme zum Waffenstreik habe sich die Prekominmission rüchaltlos auf seinen Standpunkt gestellt. Unverständlich sei es ihm auch, wie Wels ihm vorwerfen könne, er stehe nicht auf dem Boden der Dresdener Resolution; habe er doch selbst für diese gestimmt. Das einzige was man ihm als „Fehler“ anrechnen könne, sei, daß er stets dahin gewirkt habe, im Zentralorgan der Partei nicht persönliche Parteistandale zu schüren, so wie das bei einigen anderen Parteiblättern Brauch gewesen sei. (Zurufe.) Na, wenn wir je unsere persönlichen Interessen am „Vorwärts“ im Auge gehabt hätten, dann hätten wir es wohl verstanden, uns anzupassen. Unser ganzes bisheriges Verhalten aber beweist, daß wir lediglich dem Parteinteresse dienen. Nun sei gesagt worden, ein Redakteur dürfe seine Stellung nicht nur als Privatangelegenheit betrachten. Demgegenüber habe er noch fests erklärt, daß er es zweifellos als das ganz selbstverständliche Recht der Genossen ansehe, Redakteuren gegebenenfalls die Stellung zu kündigen. (Zuruf: Stämpfer!) Für Stämpfer sei er nicht verantwortlich; übrigens habe auch Stämpfer ganz was anderes in seinen Artikeln gesagt. Aber es sei doch nicht mehr wie recht und billig, daß ein Redakteur vor seiner Kündigung gehört werde. Hierüber sei Wels jedoch auffallend leicht hinweggegangen. Es wäre doch eine Kleinigkeit gewesen, jedem Redakteur offen heraus zu sagen, was er dem eigentlich verbrochen habe. Statt dessen aber habe der Parteivorstand jedes Hinzuweisen der Redakteure zu den Sitzungen glatt abgelehnt und sich folgendermaßen hermetisch abgeschlossen gehalten. Wohl vier Wochen lang habe keiner der betreffenden Redakteure ein Parteivorstandsmittglied zu Gesicht bekommen. Dieses Verhalten stehe einzig da in der Partei. Es sei die verschulte demokratische Pflicht und Schuldbiligkeit des Parteivorstandes gewesen, die Redakteure zu hören. Weil er das nicht getan, sondern noch obendrein in seiner Denkschrift den Grundabzug aufgestellt habe, daß die zu Entlassenden keinerlei Recht auf Änderung hätten, deshalb trage der Parteivorstand auch die Hauptschuld an dem Skandal. Sei es je erhört, Parteigenossen so zu behandeln, die ein Jahrzehnt ihre Schuldbiligkeit am Blatte getan hätten! Nie habe man gesagt, daß eine Trennung erfolgen müsse. Hätte man es in vernünftiger gegenseitiger Aussprache getan, so wäre die Trennung scheidlich-friedlich erfolgt, so wie es üblich sei. Die ganze Aktion sei aber vom Parteivorstande unüberlegt inszeniert worden. Schon die Solidarität Schröders und Eisners hätte ihn nutzlos machen müssen. Statt dessen sei er von Schritt zu Schritt immer mehr in die böse Sache hineingeraten, so daß er schließlich nicht mehr zurück wußte und der öffentliche Skandal unvermeidlich war. Der Vorwurf, als hätten die Redakteure durch ihre Veröffentlichung eine Schuld auf sich geladen, treffe nur Scheinbar zu. Sie hätten vorher ja alles getan, um eine Aussprache Auge in Auge herbeizuführen. Der Beweis hierfür liege in den schriftlichen Korrespondenzen mit dem Parteivorstande. Die Redakteure seien ja förmlich in Verzweiflung gewesen über das geradezu unsinnige, topflose Verhalten des Parteivorstandes. Nun sei es ja begreiflich, daß die Genossen mit der paar Redakteure willen dem Parteivorstand und ihren Funktionären kein Mißtrauensvotum ausdrücken würden. Dennoch müsse die Frage so gestellt

werden: Haben der Parteivorstand und die Pressekommision einen Fehler gemacht? Und diese Frage sei zweifellos zu bejahen. Hierbei wolle er auch gleichzeitig den durch nichts gerechtfertigten Vorwurf des Genossen Weis zurückweisen, als hätten die Redakteure jemals die Pressekommisionmitglieder geringwertig behandelt, weil sie „nur Arbeiter seien.“ Das sei nichts weiter wie eine törichte Bohnenrederei. Weder arbeite er mit ähnlichen Bohnenredereien über angeblich revisionistische Verschwörungen in dem berühmten „Café des Weltens.“ Die Genossen aber wolle Redner bezeichnen, sich nicht die Meinung aufdrängen zu lassen, daß die Parteiliteratur die Herrschaft in der Partei ansichreibe. Solche Ausstellungen seien nichts weiter wie ein niedriger Appell an die schwache Faust. Auch im Parteivorstande säßen doch Leute, die als Literaten tätig gewesen seien und es zum Teil noch sind. Kopf und Faust, Wissenschaft und Arbeit gehörten zusammen; eines ergänze notwendig das andere. (Beifall.) Galtlos sei auch der Vorwurf, daß die Redakteure nicht die Entscheidung der Kontrollkommission angerufen hätten. Selbst wenn die Kontrollkommission sich auf die Seite der Redakteure gestellt hätte, so wäre an dem Beschlusse des Parteivorstandes und der Pressekommision doch nichts geändert worden, weil die erstere statutenmäßig nur eine, die letzte beiden jedoch zusammen zwei Entscheidungskraft haben, mithin in der Majorität wären. Wenn er nun auch weit entfernt davon sei, dem Parteivorstand in seinem Vorgehen unaufrichtige Motive zu unterstellen, so werde doch jeder Genosse bei objektiver Beurteilung der Vorgänge sagen müssen: den sechs Redakteuren sei tatsächlich ein Unrecht zugefügt worden. Man habe Männer zurückgeschoben, die es nicht verdient haben. Doch das werde die Redakteure nicht abhalten, nach wie vor ihre Schuldigkeit für die Partei zu tun. (Beifall.) Nach der Aussprache vor den versammelten Parteigenossen sei es jetzt das Beste, die Sache endgültig zu begraben. Unter dem Hinweis auf die Wahlrechtsdemonstrationen in Sachsen schloß Redner seine Ausführungen mit einem wichtigen Appell an die Einigkeit gegen den gemeinsamen Feind. (Starker Beifall.)

Hierauf beantragte Robert Schmidt in Anbetracht dessen, daß jetzt auf ein politischem Gebiete größere Dinge die Aufmerksamkeit der Genossen in Anspruch nehmen müßten, von einer weiteren Diskussion Abstand zu nehmen und nur noch dem Genossen Weis das Schlusswort zu geben, so daß damit die ganze Sache an diesem Abend ihre endgültige Erledigung für den Kreis finde. Aus diesem Grunde wolle auch er auf das Wort verzichten.

Gegen den Antrag wandten sich Wegge und Liepmann. Letzterer befürwortete eine Vertagung der Debatte, weil Gradnauer nicht anwesende Mitglieder des Parteivorstandes in schwerer Weise angegriffen habe und wünscht, daß zur nächsten Versammlung sowohl der Parteivorstand wie auch der Genosse Gradnauer zur Aussprache eingeladen würden, sowie daß auch den Genossen des Kreises die Möglichkeit, sich zu äußern gegeben würde. — Der Antrag Schmidt wurde abgelehnt, der Antrag Liepmann dagegen angenommen. In die Rednerliste waren vor Schluß der Versammlung bereits zwölf Redner eingezeichnet.

Die im Moabit-Gesellschaftshaus tagende Generalversammlung des 6. Reichstags-Wahlkreises befaßte sich zum ersten Punkt der Tagesordnung mit dem Bericht von der Brandenburgischen Provinzialkonferenz. Den Bericht von derselben gab Richter und führte derselbe nur kurz die einzelnen Punkte der Verhandlungen der Konferenz an, da ein ausführlicher Bericht bereits vom „Vorwärts“ gebracht worden ist. Zum zweiten Punkt, Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung waren mehrere Änderungsanträge eingelaufen, welche vom Vorsitzenden beraten wurden. Derselben befaßte sich meist mit der Abschaffung des Punktes Delegiertenwahl, da nach Meinung der Begründer der Anträge die Vorschläge der Delegierten zu Unrecht vom Vorstand und Bezirksführern erfolgt seien. Als erster Redner zu dem Punkte trat Genosse Gehl gegen die Liste auf. Die Aufstellung der Liste hätte eben anders stattfinden müssen wie es jetzt geschehen sei, er betrachtete es direkt als eine Vergeßlichkeit der Mitglieder.

Mitbestimmungsrecht hätten die Mitglieder überhaupt nicht mehr. Beweis dafür sei der „Vorwärts“-Konflikt, da hätte auch der Vorstand und die Kreisversammlung eine Resolution in den „Vorwärts“ lanciert, wo die Mitglieder nicht von wußten. Der Vorsitzende wies eine derartige Behauptung zurück, die Resolution sei überhaupt nur von der Kreisversammlung gestellt, denn dieselbe sei ebenjotig dazu berechtigt wie jedes andere Mitglied. Den Ausführungen des Genossen Gehl schloßen sich die Genossen Schütz, Weich, Müller, Knorr, Niehke und Halter an; die Meinung einzelner ging dahin, die vorgeschlagene Liste zu streichen und dann nur einige neue Namen darauf schreiben. Gegen diese Ausführungen wandten sich die Genossen Weber, Fischer, Döhling und Freythal. Sie vertraten die Ansicht, daß, da die Bezirksführer das Vertrauen besitzen, in der Organisation des Kreises mitzuarbeiten, dieselben dann wohl auch noch so viel Vertrauen besitzen müßten, daß sie die Genossen in der Generalversammlung des Verbandes vertreten. Man habe dadurch den kleinen Bezirken insofern Rechnung tragen müssen, als dieselben überall da, wo die Zahl der Mitglieder unter 50 sei, überhaupt von der Wahl ausgeschlossen waren und dann einen Bericht von der Generalversammlung nicht bekommen hätten. Die Vorwände, die gerade hier gemacht worden sind, seien eher alle andere, bloß nicht parteigenössisch. Nachdem ein auf Schluß der Diskussion gestellter Antrag angenommen wurde, wurde der Antrag Wolf auf Ablehnung der Wahlen der Delegierten abgelehnt, wodurch die anderen Anträge ebenfalls erledigt waren. Dann gab der erste Vorsitzende den Vorstandsbericht. Danach haben im verfloßenen Halbjahre stattgefunden 19 Wahlvereine, bzw. öffentliche Versammlungen, 8 Generalversammlungen, 7 Kreisversammlungen und 17 Vorstandssitzungen. Des weiteren hatte sich der Vorstand mit einer Reihe von Anträgen, Organisations- und Agitationsfragen zu beschäftigen. Zur besseren Entfaltung der Agitation im Kreise hat die Kreisversammlung beschlossen, vom 1. Januar ab den Kreis in elf Abteilungen einzuteilen, da der Mitgliederbestand in den letzten zwölf Jahren rapid gestiegen sei.

Nach dem Bericht des Genossen C. Kahrow als Kassierer bilanzierte Einnahme und Ausgabe mit 38 833 Mark in diesem Halbjahre. Im Laufe des Gesamtjahres sind vereinnahmt 98 097 Mark, abgeführt an den Parteivorstand sind 73 100 Mark, 500 Mark mehr wie im Vorjahre. Der Mitgliederbestand belief sich auf 13 000 im Buch geführte, dagegen nur 11 000 zahlende Mitglieder. Gestorben sind 2352, gestorben 41, ausgeschloßen 9 und selbst ausgeschieden 5 Mitglieder. Nachdem der zweite Kassierer auch seine Abrechnung gegeben, wurde auf Antrag der Redner den beiden Kassierern Degradate erteilt. Da eine Diskussion hierauf nicht erfolgte, gaben Laufant und Dobrolaw den Bericht der Agitationskommission. Laufant für West- und Ost-Preignitz, Dobrolaw für Spandau, Ost-Havelland und Ruppiner-Templin. Nach dem Bericht hat in allen Kreisen ein erfreulicher Fortschritt stattgefunden, sowohl in Verbreitung der Presse wie auch in der Organisation. Allerdings haben die Genossen da, wo die Behörden sehen, daß die Organisation emporblüht, viel darunter zu leiden. Hierzu sprach Genosse Stribo und ergänzte im Sinne der Referenten den Bericht. Den Bericht der Pressekommision gab Richter. Er gab einen ausführlichen Bericht über die eigentlichen Anfänge der Differenzen im „Vorwärts“ und deren weiteren Verlauf. Ein Geschäftsordnungsantrag, die Versammlung wegen der vorerwähnten Zeit zu vertagen, wurde abgelehnt. Ein von Philipson gestellter Antrag, von allen weiteren Berichten und Diskussionen Abstand zu nehmen und die Neuwahlen vorzunehmen, wurde angenommen. Es erfolgten nunmehr die Wahlen der Funktionäre, und zwar für Gesamt-Berlin, in den Aktionsausschuß Gen. C. Ernst, in die Pressekommision H. Vitorff, in die Agitationskommission W. Dobrolaw, in die Lokalkommision Henschel, als Aspiranten die Genossen C. Schütz, E. Fischer, W. Knid und W. Rosenow, als Kreisfunktionäre die Genossen Freythal als 1. Vorsitzender, Kiesel als 2. Vorsitzender, Kahrow als 1. Kassierer, Wahgänger als 2. Kassierer, E. Winler als 1. Schriftführer, M. Scior als 2. Schriftführer, Ernst,

Fischer, Wegehaupt als Beisitzer und Joseph, Brand, Wäcker als Revisoren. Damit war die Versammlung erledigt und erfolgte um 12 1/2 Uhr Schluß.

Vermischtes.

Das Brunnenglück in Nieder-Hannsdorf. Eine Tragödie unter der Erde spielte sich auf dem Dominium Nieder-Hannsdorf des Rittergutsbesizers Volkmar bei Glas ab. Dort sollte die bisherige hölzerne Pumpe eines Brunnens durch eine eiserne ersetzt werden. Diese Arbeit hatte die Schuberische Maschinenfabrik in Glas übernommen und am Freitag waren der Maurermeister Franke und der Schlosserlehrling Stehr gerade damit beschäftigt, die Befestigung für das Brunnrohr anzubringen, als plötzlich das schwache Gerüst einbrach und Franke und Stehr 15 Meter in die Tiefe stürzten. Ihnen nach folgten ungeheure Erd- und Gesteinsmassen. Der um Hilfe angegangene Magistral von Glas wandte sich sofort telegraphisch weiter an die Neuroder Bergwerksverwaltung, die ihren Fabriksteiger hochgeladen von der Grube „Ahlendorf“ und eine Anzahl Bergleute absandte. Ebenso ordnete das Pflückerregiment Nr. 38 in Glas den Leutnant Kother mit einer Kompanie Soldaten nach der Unglücksstätte ab. Der Magistral von Glas selbst sandte den Brandmeister Riechke mit Mannschaften der Glatzer Feuerweh. Mit großer Ausopferung wurde nun volle 34 Stunden hindurch an der Unglücksstätte gearbeitet, die sich als eine große und tiefe Bruchstelle darstellte, die nicht erkennen ließ, wo die Verunglückten zu suchen seien. Nach fast übermenschlichen Anstrengungen und nachdem man etwa 10 Meter in die Tiefe gegangen war, hörte man schwache Hülfserufe des 60-jährigen Maurers Franke, doch stellte es sich nunmehr heraus, daß ein vollständig neuer Schacht abgeteuft werden mußte, um zu den Verunglückten zu gelangen. Mit neuer Kraft wurde nun in der Nacht zum Sonnabend an der Niederbringung des neuen Schachtes gearbeitet, wobei Feuerweh- und Militärmannschaften mehrere Male infolge ihrer großen Erschöpfung abgelöst werden mußten. Schon hörte man die Stimmen der Verunglückten in allernächster Nähe, da brach am Nachmittag des Sonnabend in circa 6 Meter Tiefe auch der neue Schacht zusammen, wobei um ein Haar die an dem Rettungsweh arbeitenden Feuerweh- und Bergleute mit verschüttet worden wären. Bei diesem zweiten Zusammensturz mußte der um die beiden Verunglückten befindliche Hohlraum noch mehr zusammengebrückt und der Lehrling Stehr erdrückt oder erstickt sein, denn er meldete sich von dieser Zeit ab nicht mehr. Nachdem man sich den ersten Schreden erholt hatte, rief der Brandmeister Riechke: „Freiwillige vor!“ und sofort fahren der eben erst gerettete Oberfeuerwehmann Jentler und die Wehleute Kofel und Böhm wieder ein, um im Verein mit den untergebliebenen Bergleuten den Schacht weiter abzuteufen. Die sich stets wiederholenden und immer schwächer werdenden Hülfserufe des großen Maurermeisters Franke spornten die Helfer zu immer energischerer Arbeit an. Um 2 Uhr nachmittags rief Franke zum letzten Male um Hilfe, dann blieb es für lange Stunden still. Um 7 Uhr abends endlich wurde Franke, der bis zum Halbe im Geröll und Schutt stand, am Kopfe freigelegt, so daß ihm etwas Milch zur Stärkung gereicht werden konnte. Zu endlichen Freilegung des Verunglückten waren jedoch noch unsäglich Anstrengungen nötig, so daß es erst in den Morgenstunden des Sonntag gelang, den Unglücklichen endlich ans Tageslicht zu befördern. Bald darauf war auch der Schlosserlehrling Stehr gefunden, der sich im letzten Todeskampfe an die Weine Frankes angeklammert hatte und feinerlei Lebenszeichen mehr von sich gab, trotz aller Mühe, die sich die herbeigeeilten Verze mit ihm gaben. Franke wurde alsbald gebadet und man hatte große Hoffnung, ihn, der infolge der ausgestandenen Angst vollständig gelähmt war, am Leben zu erhalten. Doch zeigten sich nach vier Stunden allerlei Schwächezustände, denen er schließlich erlag. So war also doch die mühevolle Arbeit der waderen Männer vergebens.

Für den Inhalt der Anzeigte übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 7. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cypernhaus. Samson und Dalila.
Schauspielhaus. Ody von Vertiglingen mit der eisernen Hand.
(Anfang 7 Uhr.)
Neues Cyper-Theater. Geschlossen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Westen. Der Opernball.
Nachmittags 3 Uhr: Ody und sein Ring.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Berliner. Anne-Marie. Vorher: Der Geigenmacher von Cremona.
Anfang 8 Uhr:
Zeßing. Zwischenpiel.
Neutral. Rulotte.
Kleines. Othello.
Sailer O. (Ballner-Theater).
Zapfenstreich.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Bühnen-Theater). Die Logenbesitzer.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Reizhaus. Der Prinzgemahl.
Trianon. Die herbe Frucht.
Zahlfesthaus. Remis.
Thalia. Bis früh um fünf!
Carl Weich. Der Wädhchenhändler.
Luisen. Der neue Herr.
Deutsch-Amerikanisches. Wer Herr Herzog!
Metropol. Auf ins Metropol.
Kaffee. Das Opferlamme.
Apollo. Pringeh Rosine. Ein delikates Menu.
Walhalla. In Lebensgefahr.
Serrafeld. Familienstag im Hause Freilicht.
Wintergarten. Eugenie Fougère.
Spezialitäten.
Volles Caprice. Nach dem Zapfenstreich. Vorher: Familie Anaplo. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wassage. Spezialitäten.
Urania. Louisenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
P. GASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
„Ernte“.
Schattenspiel in 9 Bildern.
Wanderung durch das Nilthal.
Restaurant.
Harburger Sänger.
Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtstraum.
Vorgen und folgende Tage:
Ein Sommernachtstraum.
Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Ghetto.
Freitag:
Hidalla.
Zentral-Theater.
Abends 8 Uhr mit großem Erfolge: Muzette.
Operette in 3 Akten von Hertha.
Luisen-Theater.
Zum erstenmal:
Der neue Herr.
Freitag: Die Könige.
Sonntag: Die Könige.
Sonntag nachm.: Othello.
Abends: Die Könige.
Freitag: Die Könige.

Urania

Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtssonne.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
P. GASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
„Ernte“.
Schattenspiel in 9 Bildern.
Wanderung durch das Nilthal.
Restaurant.
Harburger Sänger.
Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtstraum.
Vorgen und folgende Tage:
Ein Sommernachtstraum.
Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Ghetto.
Freitag:
Hidalla.
Zentral-Theater.
Abends 8 Uhr mit großem Erfolge: Muzette.
Operette in 3 Akten von Hertha.
Luisen-Theater.
Zum erstenmal:
Der neue Herr.
Freitag: Die Könige.
Sonntag: Die Könige.
Sonntag nachm.: Othello.
Abends: Die Könige.
Freitag: Die Könige.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Die herbe Frucht.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittags:
Das Ende der Liebe.
Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Abendlich ausverkauft.
Großer Lohrerfolg!
Das Opferlamme.
Vorher das sensationelle Dezemberprogramm.
Neu! Baldwin Broth. Neu!
Sonntag nachm. 4 Uhr: Arbeit schänder nicht.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Sattlicher Schwanz in 3 Akten von L. Kautz und J. Gancel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstr. 67.
Dienstag: Jeden Abend 8 Uhr! Souvenir-Vorstellung.
100. ABER!
Herr Herzog!
Jeden Sonnabend, nachmittags 4 Uhr:
Hänsel und Gretel in Amerika.
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr:
Ueber'n großen Teich.
Walhalla-Theater
Unter dem Protektorat des Herrn Professor Reinh. Begas.
Heute zeigen:
Antonitsch Petroff
(Oesterreich) gegen Bulgarien bis zur Entscheidung.
Beginn der Vorstellung 8 Uhr.
Beginn der Ringkämpfe 10 Uhr.
Kaugen in allen Räumen gestattet.

Komische Oper.

Friedrichstr. 104-104a.
Donnerstag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Vorgen und folgende Tage: Hoffmanns Erzählungen.
Montag 2. erstenmal: Die Bohème.
Folies Caprice.
Budapester Posen-Theater
132 Linienstr. 132
Ecke Friedrichstr. 132
Zum 81. Male:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher:
Der Dorfmusikant u. d. ausgezeichnete Spezialitätenteil.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Werthelm und an der Theatorkasse v. 10 Uhr vormittags an.
Passage-Theater.
Anfang abends 8 Uhr.
Das sensationelle Dezemberprogramm.
Buddhas Tafel
(die Schrift aus dem Zenfeld), die berühmte Paquarette, franz. Uebersetzung. 14 neue erstklassige Nummern.
Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. Th. Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Elite-Dezember-Programm.
Carin Andara, Vortrags-Verwandlungskünstlerin.
Carl Braun, Verwandlungskünstler.
Im Krug zum grünen Kranze.
Singspiel von O. Richter und 10 erstklassige Nummern.
Familienarten in allen Barbier-, Friseur- und Sigarrengeschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.
Sonnabend, den 9. Dezember: Epigrammchen zum Besten des Nationalbankes für Veteranen.
Schöneberger Wintergarten
Goltzstr. 9.
Täglich Theater und Spezialitätenvorstellung.
Sonntag 3 Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen.
Jede ermöglichte Person hat ein Kind frei. — Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-Vorstellung. Die Direktion.

Apollo-Theater.

Täglich 8 Uhr:
Das grandiose, erstklassige Spezialitäten-Programm.
9 1/2 Uhr:
Prinzeß Rosine
von Paul Lincke.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Frau Luna und das vollständige Dezember-Spezialitäten-Programm.
Stadt-Theater Moabit
Nil-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters
Großer Klassiker-Abend.
Othello, der Mohr von Venedig.
Trauerspiel in 5 Akten v. Shakespeare.
Anf. 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Vorzugsarten haben Günstigkeit.
Sonntag: Gastspiel des Bernhard Hofe-Theater: Steffen Langer aus Wlogau.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Auf die besten Wunsch! Noch einmalige Aufführung:
Kommaß
oder: Ein alter Geiger.
Schauspiel mit Gesang in 5 Akten E. Gallert.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Freitag zum letztenmal: Nathan der Weise.
Belle-Alliance
Theater-Variété.
Abends 8 Uhr:
14 sensation. Debüts.
Josephine Pett
Flammen- und Radium-Tanz.
Seppl Werner
Charakter-Komiker.

Reichshallen.

Heute:
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Fraulein Doktor.
Zeitbarleste von Regiel.
Vorgang:
Freitag 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Sanssouei, Goltzstr. 4a
Direktion Wilhelm Reimor.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanztruppen.
Sonntag Beginn 8 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Dienstag und Mittwoch:
Theater-Abend.
Gastspiel des
Löwe-Ensembles.
Der kleine Saal (150 Pers.) ist noch einige Sonnabende zu vergeben.
Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Täglich:
Auftreten von 36 erstklassigen internationalen Spezialitäten.
Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Das Riesen-Dezember-Programm.
Neu! Miss Units. Neu!
einzig erscheinende Operette.
Neu! Mr. Hardon. Neu!
Festhalten und Kuselnemich.
Neu! Von Südwelt-Afrika zurück.
oder: Stille Nacht, heilige Nacht!
Schwachs-Lebensbild mit Gesang in einem Akt.
Elysium
Landsberger Allee
Nr. 40-41.
Jeden Donnerstag:
Original-Harburger Sänger.
Direktion: C. Frick und F. Rasche-Krause.
Anf. 8 Uhr. Entree 10 Pf.
Vorzugsarten haben Günstigkeit.
Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer
Theaterstr. 1.
Café Meyer
Dresdener-Str. 129/29.
Kaffee 10 u. 15, Bier, Pilsen, 10 Pf.
ca. 30 Zeitungen; 2 Billards; 40 Pl.
Zahntelle der Freien Volksbühne.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Drama in 4 Akten von Franz
Adam Scherlein.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wanjuschins Kinder.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.

Schiller-Theater N. (Friedr. 211/23).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.
Schwank in 3 Akten von Carl Laufs
und Curt Kraak.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Veilchenfresser.



Eugenie Fougère
Pariser Excentrique-Sängerin.
C. Bernardi, Verwandlungskünstler.
Mc. Bann, Keulenjongleur.
Rosa Nayon, dressierte Vögel.
Perzina, Hundepantomime.
Lene Land, Parodistin.
Sigwart Gentes, Humorist.
de Grey, Barfuß tänzerin.
Im Pensionat, Ballettdivertissement.
Die 3 Olympier, Bronzestatuen Biograph.

Freie Volksbühne.

Aufang 8 1/2 Uhr:
Metropol-Theater.
11./12. Abteilung
Die Wölfin
und
Fräulein Freschbolzen.
Carl Weiß-Theater.
2./3. Abteilung
Amphitryon
und
Die Frage an das Schicksal.
11. Kunst-Abend im Rathaus
Freitag, den 15. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:
Georg Herwegh.
Billets a 30 Pf. in den bekannten neun Zahlstellen.
230/7
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

XI. Berliner Saison.
Zirkus Busch.
Zum 18. Male:
Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins!
Indien.
Orig.-Pantomime des Zirkus Busch in 8 Bildern.
Besonders hervorzuheben:
6 Indische Orig.-Fakire.
Eine Tigerjagd in den Dschungeln Indiens.
Neu! 6 importierte Neu! arab. Vollbluthengste, dressiert und vorgeführt von Herrn Ernst Schumann.
Die berühmte Manège-Komiker **Rappo und Reade.**
Hr. Burkhardt-Footit, Schulreit.
Zwergelohn François mit dem Zwergpferd.

Zirkus Albert Schumann
Heute abend präzis 7 1/2 Uhr:
Elio-Abend. Gala-Programm. U. a.:
Die größte und sensationellste Attraktion der Gegenwart!
Autobolide
La belle Mlle. de Thiers.
Neu! Der schwarze Stern
Die phänomenalen 6 Cacirotos.
4 indische Fakire in ihren unglaublichen Leistungen.
Miss Alice, Mlle. Eugénie, Arkadia.
Die großartigen neuen Spezialitäten.
Direktor Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren.
Die reizende Sportpantomime:
Der Tag des Englischen Derby.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Nemesis.
Sonntag nachm.: Biederleute.

Artus-Hof
Perlebergerstr. 26. Stendalerstr. 18.
Salle von 100-1200 Pers. stehen den geehrten Vereinen zur Verfügung.
Neben Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Gr. Theater-Vorstellung.
Jeden Montag: Quartett-Sänger und humoristische Soiree.
Neben Donnerstag: **Gr. Konzert.**

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.
Heute präzis 8 Uhr:
Familientag
im
Hause Prellstein
Komödie in 3 Akten
mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Sonderf. 11-2 Uhr. (Theaterkasse).

Otto Pritzkows
Berliner
Abnormitäten-Theater
Männstr. 16.
Riesen-Weihnachts-Programm!
Barnum u. Bailays Abnormitäten.
Wunderhahn Pluto, geboren mit 4 Beinen, 2 Körpern, 1 Kopf.
Der Welt-Koloß, schwerste Dame, die je gelebt.
Die fliegende Venus??
Der Skelettmensch 27 Kilo schwer
Die Heilscherin Armida. — Riesen, Zwerg, Phänomen, Fakire, Heilscher, Feuerkünstler, Gedankenleser etc. — Entree wie immer.
Keine Nachzahlung.

Rote + Rose
Ziehung 19. bis 23. Dezember.
Lose 30 Pf. — mit Porto u. Uffo.
J. Raehor, Haupt-Kollektor, Mainz.

Buggenhagen Moritzplatz.
Heute Donnerstag 8 1/2 Uhr:
Steidl-Sänger
Neu! Riesenerfolg!
Unterm Weihnachtsbaum.
Stimmungsbild v. J. H. Giers.
Nachher: **Frei-Tanz.**
Entree 30 Pf. — Sperrsatz.

Wurstessen,
morgen Freitag abend: Grobes
Rieh. Augustin,
Heute Donnerstag abend:
Zum Schultheiss'

Gewerkschaftshaus
Im Restaurant:
G. Pohl's Künstler-Quartette.
Kein Entree.

Bestgepflegte Biere aus der Schultheiss' Brauerei A.-G.
Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit.
Jeden Tag: 9835
Gr. Mittagstisch zu kl. Preisen.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Hygienische
Bedarfsartikel, Neuzeit-Katalog
m. Empfehlung viel. Anzeile u. Prof. grat. u. f. f.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92.

Colosseum Dresdener-
Straße 97.
— Anfang 8 Uhr. — Sonntags 7 Uhr. —
Lotte Sebus Wardini
das unerreichte kom. Duett
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr:
Jed. Platz 50 Pf. (1 Kind frei). Weihnachtspräsent.
X Demnächst: **Rin-in's Colosseum!**
Im Konzertsaal bis 1 Uhr
nachts: Gastspiel d. Ersten
Wiener Damenorchesters "Die
süßen Mädchen" (9 Damen,
2 Herr., 1 Negere) u. d. Wiener
Opernkönigin, Scholmhauser

Der „Vorwärts“-Konflikt
Gesammelte Aktenstücke.
144 Seiten brosch. 30 Pf.
Durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen, sowie direkt vom Verlage
5316L* **G. Birk u. Co., München.**

Rundreise-Koffer,
federleicht, 55 cm lang . . . 10 M.
Rindleder-Reisetaschen von 4,50 M. an.
C. A. Flemming, Benthstraße 11
am Spittelmarkt.
Gegründet 1828.

Die ganze nächste Woche **Eilt!!** vom 11. bis 16. c. Ziehung
Tilsiter Lose 1 Mark 11 Lose 10 Mark.
30 000, 20 000, 10 000 Hauptgew. Mk. W.
General-Debit Ferd. Schäfer, Düsseldorf.
Generalvertreter: K. von Helwede, Taubenstr. 35, H. Kron, Alexanderstr. 54, H. C. Kröger, Friedrichstr. 250, Karl Heintze, Unter den Linden 3, Oskar Bräuer & Co. Nachf., Friedrichstraße 181, R. Schumacher, Königstr. 55, P. Steinberg & Co., Rosenthalerstraße, Croner & Co., Passage, und alle bekannten Verkaufsstellen. 5301L*

Bauarbeiter!
Berlin hatte im Jahre 1904
Hunderttausendeinhundertachtundneunzig
Bauarbeiter. Ein wesentlicher Konsumartikel des Arbeiters ist die

Arbeitskleidung
Maurerhosen, Maurerjacken, Maurersocken
Zimmerer-Manchester, Putzerkittel, Putzerjacken, Putzerhosen, Samt- u. Dachdeckerkleidung, Rohrlegeranzüge, Gipseranzüge, Steinträgerhosen, Lederhosen, Drellhosen, Drelljacken, Lederjoppen u. s. f.

Wir werden diese Sachen gekauft? Bald hier, bald dort, wo man gerade hingehet, ohne Plan, ohne Ziel. Oft gut, oft schlecht. In der Mehrzahl aller Fälle wird ein Produkt erstanden, das sich gut anfühlt und nichts hält, schön aussieht und nach der Wäsche zusammenfällt. Nach vielem Handeln wird ein Stück gekauft, das entweder zu teuer oder zu schlecht ist. Bald kauft auch einer einmal oder sogar jahrelang sehr gut, um doch eines Tages mit einem Reinfall aufzuwarten. Alle diejenigen wird es interessieren, zu erfahren, daß es in Berlin 2 Geschäfte gibt, die alle diese Arbeits-sachen als Spezialität führen, bei **festen Preisen**, nur gute echtfarbige und haltbare Sachen am Lager haben. — Die Adressen sind:

Herrmann Schlesinger
Turmstr. 58 und Turmstr. 85.
Dort gibt's auch die besten Sonntags-Anzüge, Paletots, Joppen, Hosen etc.

5356L*
Mit kleinen Webfehlern!
Eine große Partie **echter**

Plüsch-Tischdecken
mit reicher Stickerei
ca. 33 1/3 % unter Preis!
140/140 cm 8,75 M. Wert 15,00
130/160 „ 10,50 M. „ 18,00
145/175 „ 13,50 M. „ 22,50
— Nach außerhalb —
per Nachnahme.

Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranien-Strasse 150.

Extra billig!
div. Teppiche
mit kleinen Webfehlern!
Pracht-Katalog mit circa 600 Illustrationen
und Weihnachts-Extralista
auf Wunsch gratis u. franko.

Dr. Simmel, Prinzen-
Spezialarzt für 29/14
Haut- und Haarleiden,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Dr. Lell wohnt jetzt:
Rosenthaler-
strasse 26, II.
Homöopath und Spezial-Strat
für Haut-, Darm- und Geschl.-Leiden.
11-2 u. 5-8. Sonnt. 11-3.

Sozialdemokrat. Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
(Süd-Ost).
Todes-Anzeige.
Den Mitgliefern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Schankwirt
Otto Wikmann
wohnhalt. Reichenbergerstraße 78
(Stadtbezirk 113a)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung des Verstorbenen findet in Hamburg statt.
264/7 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Max Schrader
am 3. ds. Mts., mittags 12 Uhr, gestorben ist. 167/18
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Nichtenberger Friedhofes in Nichtenberg, Krugstraße 65 statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Verein Berliner Hausdiener,
Todes-Anzeige.
Hierdurch den Mitgliefern zur Nachricht, daß der Kollege 987b
Robert Schulz
Balkenbenderstraße 2, nach langem Leiden an der Choleraerkrankung verstorben ist. 987b
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. Dezember, nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhaus Friedhofshaus aus nach dem Andreas-Kirchhof in Hülkenberg statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
— Section der Putzer. —
Den Mitgliefern zur Kenntnis, daß am 3. Dezember unser Mitglied
August Kieselak
plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gieselermann-Friedhofes zu Nieder-Schönhausen statt. 135/2
Um rege Beteiligung ersucht.
Die örtliche Verwaltung.
J. H. M. Neumann.

Hiermit allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein herzenguter Mann, der Gastwirt
Max Paucks
im 61. Lebensjahre nach kurzen aber schweren Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigt hiermit tiefbetrübt an seine Gattin
Minna Paucks
geb. Stolpe.
Beerdigung findet am Freitag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Friedhofshaus aus statt. 997b

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme beim Hinscheiden unserer geliebten Tochter und Braut 994b
Martha Schickramm
sagen wir allen Kollegen und Kolleginnen der Firma Rig u. Gencl, insbesondere den Droghofen-Führern, den Gläsern der Firma Salmonis meinen herzlichsten Dank. 9855
Biltoe Anna Knauth.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage meinen besten Gästen, Freunden und Bekannten, insbesondere den Stammgästen der Hammerleute, den Droghofen-Führern, den Gläsern der Firma Salmonis meinen herzlichsten Dank. 9855
Biltoe Anna Knauth.

Bei
Husten, Heiserkeit
wollen
Hustentropfen
überaus
schnell
und sicher.
Nur wenn
mit Marke
„Medico“
versetzt.
Nur 50 Pf.

Brauerei F. Happoldt
Hasenheide 328 Berlin S., Hasenheide 328
empfiehlt ihr
Lager-Münchener-Tip-Top-Bier
in Flaschen und Gebinden.
Telephon: Amt 4. 9115. 4876L*

Gerichts-Zeitung.

Ein Zusammenstoß mit zwei Militärärzten führte gestern den Maurer Hermann Finkle und den Arbeiter Wilhelm Parshwitz, beide aus Spandau, unter der Anklage der versuchten Erpressung und der Beleidigung vor die zweite Strafkammer des Landgerichts II. Am 13. August, mittags, ging der Oberhabsarzt im Königin Elisabeth-Regiment Dr. Felde in Gemeinschaft mit dem Oberarzt de Ahna auf der Chaussee, die von Spandau nach Schenkevalde führt und benutzten die rechte Seite des Fußweges. Die beiden Angeklagten benutzten als Radfahrer denselben Fußsteig, sie klingelten, als sie in die Nähe der beiden Ärzte kamen und suchten dann links an ihnen vorbeizukommen. Der Oberarzt de Ahna wurde dabei von Finkle angefahren und letzterer kam zu Fall. Parshwitz, der auf seinem Rade dicht hinter ihm fuhr, stürzte über Finkle hinweg, und bei dem Fall wurde die Lenkstange seines Rades beschädigt. Als die beiden Ärzte, die nach ihrer Versicherung dem Finkle noch aufgeschrien hatten, weiter gehen wollten, soll Finkle den Oberarzt de Ahna noch mit bösen Redensarten bedacht und nicht über Lust gezeigt haben, gegen ihn tätlich zu werden, er wurde aber durch Parshwitz beruhigt. Nach kurzer Zeit trat aber, wie weiter behauptet wird, der Angeklagte Parshwitz an die beiden Ärzte heran und forderte Ersatz für seine Lenkstange. Als dies abgelehnt wurde, forderte er die beiden Zeugen auf, mit nach dem Schwannentrag zu kommen, um sich dort zu legitimieren. Auch Finkle soll ihnen den Weg vertreten und Schmerzensgeld verlangt haben; beide Angeklagten sollen ferner die beiden Zeugen am Arm gefaßt und beschimpft haben. Diesen Behauptungen gegenüber behaupteten die Angeklagten, daß die beiden Zeugen den ganzen Vorfall verschuldet hätten; sie hätten auf das rechtzeitige Klingeln nicht geachtet, und als Finkle vorwärtsmäßig links vorbeigewollt, habe der Oberarzt de Ahna plötzlich einen Schritt nach links gemacht und dadurch sei Finkle zu Falle gekommen und habe sich einen Rippenbruch und mehrere andere Verletzungen zugezogen. Die Beleidigungen wurden von den Angeklagten bestritten. — Der Staatsanwalt hielt das Verfahren der Angeklagten den beiden Ärzten gegenüber — die an dem Unfall keinerlei Schuld trügen — für ein so unverantwortliches, daß er je sieben Monate Gefängnis in Antrag brachte. — Rechtsanwalt Theod. Liebke bezeichnete diesen Antrag als einen ganz ungeheuerlichen und durch nichts gerechtfertigten. Die Angeklagten waren und seien noch jetzt der Meinung, daß nicht sie, sondern der Zeuge de Ahna ihren Sturz vom Rade verschuldet habe und daß sie mit Recht Ansprüche auf Schadenersatz bezü. Schmerzensgeld erheben könnten. Von einer versuchten Erpressung könne keine Rede sein; die Angeklagten seien keine Nervenmenschen, sondern anständige Menschen, und wenn jemand, wie in diesem Falle der Angeklagte Finkle, bei dem Sturze tatsächlich zwei Rippenbrüche davongetragen, so sei es zu verstehen, wenn er in einem Zustand höchster Erregung geriet. — Der Gerichtshof nahm nicht an, daß die Angeklagten Notwehr sind, die mutwillig die Zeugen angefahren haben; andererseits seien die letzteren nach der Verzeihung völlig schuldlos an dem Unfall, und es liege eine grobe Fahrlässigkeit des Finkle vor, daß er beim Vorbeifahren den Oberarzt de Ahna streifte und dabei zu Falle kam und sich beschädigte. Da die Angeklagten vielschicht doch glauben konnten, daß sie berechtigt waren, eine Entschädigung zu verlangen, hat der Gerichtshof sie zwar nicht der versuchten Erpressung, wohl aber der versuchten Rötigung und der Beleidigung schuldig gesprochen und unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu je 100 M. Geldstrafe eont. 20 Tagen Gefängnis verurteilt.

Versammlungen.

Der Verband der Kupferschmiede hielt im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung ab, in welcher festgestellt werden sollte, ob die Arbeitgeber überall gemäß den getroffenen Vereinbarungen die Zulage von 5 Pf. pro Stunde gezahlt haben. Außer der Firma Grabert, Köpnickstr. 70a, welche versuchte, die Kupferschmiede als Mohrleger einzustellen, um dadurch für Monteure den Mohrleger-Tarif in Anwendung bringen zu können, hatte noch die Firma Wonnob, Adelsberstr. 37, einem Kollegen die Zulage nicht gezahlt. Beide Fälle wurden dem Vorstand zur näheren Untersuchung überwiesen. Sonst ist von allen anderen Arbeitgebern am Sonnabend bei der ersten Lohnzahlung nach dem Streik die Zulage, den Vereinbarungen entsprechend, gezahlt worden. Da ein Teil der Arbeitgeber schon vor dem Streik ihren Arbeitern den Lohn um 2 1/2 Pf. pro Stunde erhöhte, so beträgt die Zulage, welche direkt und indirekt durch die Lohnbewegung erreicht worden ist, für 225 Kollegen 5—7 1/2 Pf. die Stunde. Hervorzuheben ist, daß die Arbeitgeber, welche den vollen Tarif bewilligten, denselben bis auf einen beibehalten haben. Arbeitslos von den Streitenden waren noch 9. Es wurde beschlossen, die Sperre über Berlin so lange bestehen zu lassen, bis diese untergebracht sind. Ferner soll beim Rentatbrosch beantragt werden, 8 Mitglieder, welche sich nicht am Streik beteiligt haben, auszuschließen. Ebenso soll der Ausschluß des gewerkschaftlich nicht organisierten Kupferschmieds und Zigarrenhändlers Weiser, Eberwalderstraße, welcher Mitglied des Wahlvereins ist und während des Streiks bei der Firma F. ter Welp in Tempelhof weitergearbeitet hat, beantragt werden. Die Argusmotorengesellschaft Jeanin u. Co., Reinickendorferstr. 68, Kontor Prinz Louis Ferdinandstr. 1, suchte in der „Morgenpost“ vom 2. Dezember drei Kupferschmiede. Die bis jetzt daselbst arbeitenden sollen, sobald die drei neu einzustellenden eingearbeitet sind, wegen Differenzen mit dem Meister Flohr gemahregelt werden. Die Kollegen wurden aufgefordert, bei der Firma keine Arbeit anzunehmen, bis die Angelegenheit geregelt ist. Ein Antrag Gernig, einen besoldeten Beamten anzustellen, wurde abgelehnt und der Antragsteller beauftragt, auf Grund des vorhandenen Materials festzustellen, welche Gewerkschaften unter ähnlichen Verhältnissen besoldete Beamte haben. Ein Antrag des Vorstandes, eine andere Arbeitseinteilung im Vorstand vorzunehmen, wurde angenommen.

Genosse Wiesenthal ersucht und noch einmal um Aufnahme folgender Antwort: Das Verfahren wegen Verhinderung eines Briefes, welchen der Oberbürgermeister an den Kollegen A. geschrieben hatte, ist kein Ausschlußverfahren nach dem Statut gewesen. Der sogenannte Ankläger hat weder zu Anfang noch nach Beendigung der Zeugenvernehmung gegen einen der drei Kollegen Ackermann, Wiesenthal und Jalejski einen Antrag auf Ausschluß gestellt. Aus diesem Grunde geht das ganze Verfahren laut Statut den Vorstand nichts an. Es ist nicht wahr, daß ich widerrechtlich Schriftstücke über die Tarifverhandlungen der Mohrleger trotz wiederholter Aufforderung seitens der Ortsverwaltung einbehielt. Wahr ist: Ich habe die Tarifbewegung der Mohrleger und Helfer 1902 und 1905 geführt, bin seit drei Jahren Obmann der Schlichtungskommission, habe alle Verhandlungen mit den Arbeitgebern dieses Gewerbes geführt, habe also auch die Akten, welche über den Tarif da sind, selbst angelegt. Nur auf einstimmigen Beschluß der Berliner Mohrleger und Helfer habe ich die Akten im

Besitz gehabt. Am 10. November wurde wegen des angebotenen Ausschlußverfahrens gegen mich vor den Vertrauensleuten der Branche beschlossen, die Akten dem Branchenvertreter, also einem Mitglied der mittleren Ortsverwaltung, zu geben. Davon ist die Ortsverwaltung durch nachstehenden Brief unterrichtet worden: Rixdorf, 11. 11. 05. An die mittlere Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Berlin.

Teile hierdurch mit, daß die Vertrauensmänner-Konferenz der Mohrleger und Helfer Berlins am Freitag, den 10. 11. 05, im Lokal von Hempel, Rosenthalerstr. 11, beschlossen hat, die Akten der Mohrleger und Helfer dem Kollegen Wiesenthal abzugeben und dem Branchenvertreter zu übermitteln, da dieselben in der jetzigen Zeit sehr oft gebraucht werden. Bemerkte dabei, daß dieser Beschluß nur so lange Gültigkeit hat, bis uns die Verwaltung ein Mitglied in die Schlichtungskommission delegiert hat und dann daselbst die Akten bekommt. J. A.: Fr. Krüger, Schriftführer, Rixdorf, Rainigerstr. 7, I.

Auch dieser Brief wäre nicht nötig gewesen, hätte nicht der Zwischenfall mit der Wahl des zweiten Bevollmächtigten Zernide gespielt. Es ist nicht wahr, daß ich widerrechtlich in die Generalversammlung eintrat, um mir nicht zustehende Rechte auszuüben.

Wahr ist, daß ich im Besitz meines Mitgliedsbuches zur Generalversammlung ging, da kein nach dem Statut zu Recht bestehendes Ausschlußverfahren gegen mich schwebte. Ich habe auch nur den Saal der Generalversammlung verlassen, weil die Kollegen Litsin und Freythaler mir übereinstimmend versicherten, es muß ja beschlossen werden, daß Du Zutritt hast. Wir werden das beantragen. Also nicht nur ich, sondern auch Freythaler und Litsin waren der Meinung wie tausende anderer Kollegen, ich hätte das Recht, die Generalversammlung zu besuchen.

Der § 27 Abs. 7, der sonst nur gegen Streißbrecher angewendet wurde, trifft hier nicht zu.

Die sogenannten Verhörungen liegen also nicht klar aufage. Mit vorstehendem ist wohl, was Cohen in der Nr. 281 schrieb, einschließlich seines Aktenmaterials, erledigt.

Es ist zu berücksichtigen, welche Lastit Horn beabsichtigt, indem er schreibt, er wolle nicht die Agitationskommission der Mohrleger und Helfer befehdigen.

Die Kollegen, circa 80 bis 90, welche mit mir am 12. November den Saal zur Generalversammlung betraten, haben mir, trotzdem es zum größten Teil bloß Mohrleger und Helfer waren, berichtet, wie ich in Nr. 281 geschrieben habe. Die Kollegen sind gewillt, dies jederzeit zu bezeugen. Horn hat mit dem Lumpengefindel die Mohrleger und Helfer wie alle meine Freunde gemeint. Karl Wiesenthal.

Eingegangene Druckschriften.

E. Aknouni. La Question Arménienne et Le Tsarisme. 29 Seiten. 0,30 Fr. — Union des Etudiants Arméniens de l'Europe, rue de l'Ecole de chimie, 2, Genève (Suisse). Webers armenischer Kalender für 1906 als Webers Kalender eingereicht. Bearbeitet von Rechtsanwalt Dr. Arthur Stammann. Mit Abbildungen. Preis 1,50 M. Verlag G. Weber, Berlin W 35. Deutsche Kultur. Monatschrift von Heinrich Friedmanns. Deutscher Kulturverlag G. m. b. H., Berlin SW 61. Jährlich 8 M. Einzelheft 75 Pf.

Unser System schützt Sie vor Uebervorteilung, somit streng reelle Bedienung.

Amerikanische Verkaufshallen Friedrich Lahr

Frankfurter Allee 186 Zweiggeschäft: Rosenthaler Str. 53



Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste empfehle meiner werten Kundschaft meine überaus reichhaltigen Läger in

Herren Jünglings

Extra-Abteilung für Knaben- und Kinder-Konfektion.

Maß-Anfertigung Arbeiter- u. Berufs-Kleidung

unter Leitung erster Zerschneider und Garantie für tadellosten Sitz mit bester Verarbeitung. Solide Näharbeit, beste Qualität.

Meine Grundsätze sind, auch fernerhin an meinem Prinzip festzuhalten, streng reell meine verehrte Kundschaft zu bedienen. Ich liefere nach wie vor von einfachsten bis besten Genre meine Konfektion in wirklich bester Verarbeitung zum denkbar billigsten, streng festen, auf jedem Etikett aufgestempelten Preis nach meinem einzig dastehenden Serien-System.

14 große Schaufenster bieten einen kleinen Bruchteil unseres reichhaltigen Lagers.

Einzigstes Geschäft Deutschlands dieser Art!

Ihren Sie sich nicht, achten Sie auf Hausnummern.

Roselli

Cigarettten

Erstklassige deutsche Fabrikate
Mit peinlichster Sorgfalt von den best-
bezahlten Cigarettenarbeitern hergestellt

Brennspiritus

„Marke Herold“

Original-Literflaschen mit Patentverschluß.

Man nehme nur Flaschen mit unversehrten Verschlußstreifen, auf welchen Gradstärke und Preis vermerkt sind!

30 Pf. pro Literflasche ca. 90 Vol. %
33 Pf. pro Literflasche ca. 95 Vol. %
exkl. Glas

In Berlin und Umgebung etwa 9000 Verkaufsstellen.

Zentrale für Spiritus-Verwertung, G. m. H. R., Berlin W. 8.



KNORR Hafermehl

Hafergrütze, Haferflocken.

Möbel-Fabrik

und Lager kompletter
Wohnungs-Einrichtungen
zu Fabrikpreisen - Eigene Werkstätten - empfiehlt
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser Tor.

Stola Muffen

etc. etc.
Kur eig. Fabrikat.
Große Auswahl.
Kalman,
Dresdenerstr. 75
vorm II.
2. Haus v. Thalia-Th.
Kein
Zwischenhändler.
Verk. auch Sonnt. u.
Wochent. 9. U. ab.

Soeben erschien:
Künstlerpostkarte
Bebel spricht
im Reichstoge zum Stat.
Nach Originalzeichnung ausgeführt.
Reine, farbenfrohe, künstler. ausgef.
politische Neujahrespostkarten.
Preis 10 Pf. Verkäufer allerorten
gesucht. Rich. Lipinski, Verlag,
Leipzig, Reudnitzerstr. 11.

Armin-Hallen Kommandantenstr. 20

Amt I, 8955. 9895
Am 1. und 2. Weihnachtstages, sowie im Januar, Februar, März an
Sonntagen und Sonntagen ist noch ein Saal für 150 Personen zu haben.

H. Pianino 100 R., ebenf. Teilzahl.
bis 10. Sonntag 8. Mächtig billig,
pass. Geschenkl. Gerichtstr. 32, Dittich.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Das erste
festgedruckte
Wort 10 Pf. Worte mit mehr
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis über, für die Vororte bis 2 Uhr,
in der Hauptexpedition Linden-
strasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Winterpaletots, Badetanzhüte, spottbillig! Pfandleihhaus, Weidenweg neunges. +35*

Winterpaletots, Gehrockanzüge, spottbillig! Pfandleihhaus, Weidenweg neunges. +35*

Winterpaletots, Koppen, spottbillig! Pfandleihhaus, Weidenweg neunges. +35*

Winterpaletots, Herrenbesen, spottbillig! Pfandleihhaus, Weidenweg neunges. +35*

Winterpaletots, Taschenbuden, spottbillig! Pfandleihhaus, Weidenweg neunges. +35*

Teppiche! (Lehrkräfte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichboden Brunn, Paderhof Markt 4, Bahnhof Börse. 254/12*

Musikwerke, Teilzahlungen. In Waldenstr. 143 (Eingang Bergstr.) Stalgerstr. 40, Große Frankfurterstr. 56. 9538*

Herrenanzüge, Winterpaletots, wenig getragene Nonalgarde von 5 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue, elegante, nicht abgekühlte Wäpchen kauft man am billigsten aus erster Quelle direkt nur beim Schneidermeister Hüfnerstr. 15 nur 3 Treppen. Keine Ladenmiete.

Seiten glänzige Gelegenheiten in Wäsche, Kleiderstoffen, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Trübsagen. Einzelverkauf zu Engros-Preisen. Klempner, Spandauerstr. 1. 1029R*

Teppiche mit farbigen Bildern in billigeren Größen Große Frankfurterstr. 9, parterre. +1

300 Winterjoppen für Herren und Knaben, beste Qualitäten, sehr billig bei Herrmann Schlegler, Turmstr. 58. 1033R*

Seidenblusen, Wolllinen in jeder Preislage zu Originalfabrikpreisen, Klempner, Blumenstr. 9 II. *

Abfall (Schlechte) Teppiche in allen Größen zu Spottpreisen. Weidenberg, Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. 1081R

Teppichen mit Kutterfehler, Echtheit 2,95, 3,65, 4,25, 6,75, 7,85 bis 25 Mark. Weidenberg, Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. 1082R

Wollschiffdecken mit Silberfäden 4,85, 5,50, 6,35, 7,25, 8,45, 9,65, 10,85 etc. in allen Größen, nur so lange Vorrat. Weidenberg, Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125.

Zuchtschiffdecken, gemischt, technische Ausführung, mit feinem Silberfäden 1,85, 2,25, 2,85, 3,50, 4,35 in allen Farben. Weidenberg, Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. 1084R

Tüllschiffdecken, in weiß und creme, für große Betten ausreißend. 2,15, 2,45, 3,25 bis 70 Mark. 1085R

Gardinen 10 Prozent Rabatt, Fenster (2 Stühle) 1,15, 1,40, 1,85, 2,40 bis 30. 1086R

Stores 10 Prozent Rabatt, Stül 1,85, 2,25, 2,95, 3,25, 3,50 etc. Vorzüge-Gardinen mit überraschend schöner Siderel, Fenster 1,85, 1,85, 2,10, 2,55, 2,85 etc. Weidenberg, Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. 1087R

Teppiche, circa 2 Meter lange, imitiert Brüssel, imitiert Napoleon nur 3,25. Weidenberg, Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. 1088R

Damenhüte spottbillig nur Doppelhüte 1,40, Gehäus Schönhauser-Str.

Gardinen, Stores, Bettdecken, enorm billig. Reste 1 bis 3 Fenster Extraermäßigung. Gardinen-Verkaufshaus Jerusalemstr. 11/12. 1017R*

Teppiche, Unterbetten, Kissen mit glattrottem Innlet, zusammen 10,50, nur (Pfandleihe) Andreasstr. 38. *

Herrenanzüge preiswertes Dackbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstr. 38. 1006R*

Sammerliches Bauernbett, Dackbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00. Großes Laten, Stül 1,00. Pfandleihe Andreasstr. 38. Fletrische nach überall. 1007R*

Sofa, wie neu, 21,00. Weide, Große Hamburgerstr. 18/19. 256/20

Leihhaus Kärntnerplatz 7, billige Einkaufspreise für Waren aller Art, großes Lager in Wäsche, Betten, Uhren, Goldschmuck, Teppichen, Steppdecken, Gardinen, Hosen, Anzüge etc. *

Steppdecken billigt Jodril Große Frankfurterstr. 9, parterre. +1

100 Winterpaletots für Herren und Knaben sehr billig bei Herrmann Schlegler, Turmstr. 58. Beste Qualitäten! 1032R*

Teppiche, Bettvorleger, Gardinen, Vorhangstoffe, enorm billig für Weidenberg, Klempner, Spandauerstr. 125, Gehäus Koppentstraße. Man verlange Rabattmarken. 1009R*

Winterpaletots, Anzüge, Remontierarbeiten, Uhrreparatur, spottbillig. Leihhaus Grünerweg 113, früher Reanderstraße. 6310*

Teppiche, Käufer, Tischdecken, spottbillig! Leihhaus Grünerweg 113.

Gardinen, Portieren, spottbillig! Leihhaus Grünerweg 113. 6310*

Betten, Steppdecken, Regulatoren, Dornenblätter, Gasströmen, Bilder, Spiegel spottbillig! Leihhaus Grünerweg 113. Teilzahlungen gestattet.

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Remolier, Teilzahlungen, Uhren, Goldschmuck, Kessel, spottbillig. Rude, Drantenstraße 131.

Reisegläser, Dornenblätter, Reizzeuge, Regulatoren, Preiselbinder, Harmonikas, Weigen, Zibbern, Betten, Teppiche, spottbillig. Rude, Drantenstraße 131. 9365*

Wohnsitzanzüge und Winterpaletots von 5,00 an, Koppen von 4,50 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für torpente Paletots. Neue Garderobe zu namend billigen Preisen, aus Pfandleihen verlassene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Rich. Wulandstr. 14. 953B

Uhren, verfallene, silberne, 6,-, goldene Damenuhren 10,-, goldene Herrenuhren 35,- an Leihhaus, Neue Schönhauserstr. 11. 1075R

Taschenlöse, Chaselongue, Garnitur, Stühle, Kleiderhaken, wie neu, schleunigst veräußert. Pantow, Dreimelstraße 52, Hauswirt. +137*

Strickmaschinen, auch Teilzahlungen. Bremer, Engel-Nier 20.

Garderobenschrank, 6-10 Mark, gut sprechende Papageien, 20-100 Mark. Restaurant Grundmann, Kommandantenstr. 52. 1074R*

Reifenhandlung, früher Grünerweg, jetzt kleine Andreasstr. 5. Anbenanzüge, Koppen, Paletots, Damen-, Herrenstoffe billig. Scholz.

Vassende Weihnachtsgeschenke, Stoffe, Samtreste, Kammgarn, Strümpfen, einzelne Anzüge, Koppen, Hosen, Decken, Jange, Turmstr. 84, Pfefferhandlung. +75*

Gardinenbänder Große Frankfurterstr. 9, parterre. +1

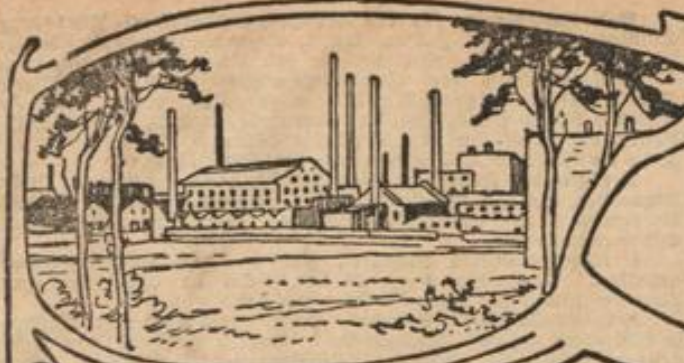
Nähmaschinen, Vergüte bis 10,00, wer kauft oder nachweist, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Köpenickerstr. 60/61, Große Frankfurterstr. 43, Preussenerstr. 59/60.

Nähmaschinen, Jahle bis 10,00 Markt, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Ohne Anzahlung. Postkarte, Branter, Alsterstr. 90. +57*

Gelegenheitskäufe, Fall neuer Koffer, Koffer, Koffer und Winterpaletot billig veräußert Weidenberg, Sedanstr. 2, Laden. 9606*

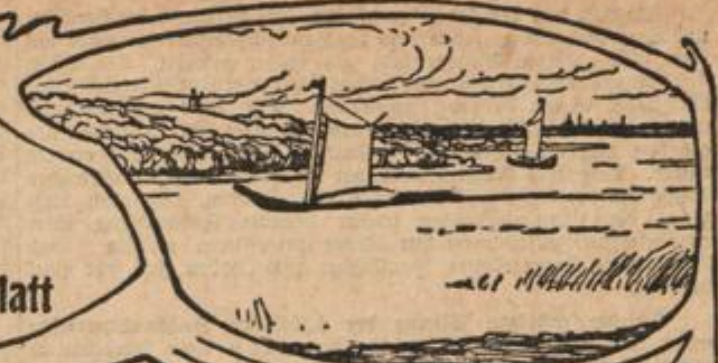
Reihbaum-Pianino, gut erhalten, verkauft billig Knorr, Hochhäuserstr. 9. +86*

Walzstrahl, blutbildend, für Blutarmer, Brustkranke, Schilddrüse, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 1/8, 1/9, 1/10, 1/12, 1/15, 1/20, 1/25, 1/30, 1/40, 1/50, 1/60, 1/75, 1/100, 1/125, 1/150, 1/200, 1/250, 1/300, 1/400, 1/500, 1/600, 1/750, 1/1000, 1/1250, 1/1500, 1/2000, 1/2500, 1/3000, 1/4000, 1/5000, 1/6000, 1/7500, 1/10000, 1/12500, 1/15000, 1/20000, 1/25000, 1/30000, 1/40000, 1/50000, 1/60000, 1/75000, 1/100000, 1/125000, 1/150000, 1/200000, 1/250000, 1/300000, 1/400000, 1/500000, 1/600000, 1/750000, 1/1000000, 1/1250000, 1/1500000, 1/2000000, 1/2500000, 1/3000000, 1/4000000, 1/5000000, 1/6000000, 1/7500000, 1/10000000, 1/12500000, 1/15000000, 1/20000000, 1/25000000, 1/30000000, 1/40000000, 1/50000000, 1/60000000, 1/75000000, 1/100000000, 1/125000000, 1/150000000, 1/200000000, 1/250000000, 1/300000000, 1/400000000, 1/500000000, 1/600000000, 1/750000000, 1/1000000000, 1/1250000000, 1/1500000000, 1/2000000000, 1/2500000000, 1/3000000000, 1/4000000000, 1/5000000000, 1/6000000000, 1/7500000000, 1/10000000000, 1/12500000000, 1/15000000000, 1/20000000000, 1/25000000000, 1/30000000000, 1/40000000000, 1/50000000000, 1/60000000000, 1/75000000000, 1/100000000000, 1/125000000000, 1/150000000000, 1/200000000000, 1/250000000000, 1/300000000000, 1/400000000000, 1/500000000000, 1/600000000000, 1/750000000000, 1/1000000000000, 1/1250000000000, 1/1500000000000, 1/2000000000000, 1/2500000000000, 1/3000000000000, 1/4000000000000, 1/5000000000000, 1/6000000000000, 1/7500000000000, 1/10000000000000, 1/12500000000000, 1/15000000000000, 1/20000000000000, 1/25000000000000, 1/30000000000000, 1/40000000000000, 1/50000000000000, 1/60000000000000, 1/75000000000000, 1/100000000000000, 1/125000000000000, 1/150000000000000, 1/200000000000000, 1/250000000000000, 1/300000000000000, 1/400000000000000, 1/500000000000000, 1/600000000000000, 1/750000000000000, 1/1000000000000000, 1/1250000000000000, 1/1500000000000000, 1/2000000000000000, 1/2500000000000000, 1/3000000000000000, 1/4000000000000000, 1/5000000000000000, 1/6000000000000000, 1/7500000000000000, 1/10000000000000000, 1/12500000000000000, 1/15000000000000000, 1/20000000000000000, 1/25000000000000000, 1/30000000000000000, 1/40000000000000000, 1/50000000000000000, 1/60000000000000000, 1/75000000000000000, 1/100000000000000000, 1/125000000000000000, 1/150000000000000000, 1/200000000000000000, 1/250000000000000000, 1/300000000000000000, 1/400000000000000000, 1/500000000000000000, 1/600000000000000000, 1/750000000000000000, 1/1000000000000000000, 1/1250000000000000000, 1/1500000000000000000, 1/2000000000000000000, 1/2500000000000000000, 1/3000000000000000000, 1/4000000000000000000, 1/5000000000000000000, 1/6000000000000000000, 1/7500000000000000000, 1/10000000000000000000, 1/12500000000000000000, 1/15000000000000000000, 1/20000000000000000000, 1/25000000000000000000, 1/30000000000000000000, 1/40000000000000000000, 1/50000000000000000000, 1/60000000000000000000, 1/75000000000000000000, 1/100000000000000000000, 1/125000000000000000000, 1/150000000000000000000, 1/200000000000000000000, 1/250000000000000000000, 1/300000000000000000000, 1/400000000000000000000, 1/500000000000000000000, 1/600000000000000000000, 1/750000000000000000000, 1/1000000000000000000000, 1/1250000000000000000000, 1/1500000000000000000000, 1/2000000000000000000000, 1/2500000000000000000000, 1/3000000000000000000000, 1/4000000000000000000000, 1/5000000000000000000000, 1/6000000000000000000000, 1/7500000000000000000000, 1/10000000000000000000000, 1/12500000000000000000000, 1/15000000000000000000000, 1/20000000000000000000000, 1/25000000000000000000000, 1/30000000000000000000000, 1/40000000000000000000000, 1/50000000000000000000000, 1/60000000000000000000000, 1/75000000000000000000000, 1/100000000000000000000000, 1/125000000000000000000000, 1/150000000000000000000000, 1/200000000000000000000000, 1/250000000000000000000000, 1/300000000000000000000000, 1/400000000000000000000000, 1/500000000000000000000000, 1/600000000000000000000000, 1/750000000000000000000000, 1/1000000000000000000000000, 1/1250000000000000000000000, 1/1500000000000000000000000, 1/2000000000000000000000000, 1/2500000000000000000000000, 1/3000000000000000000000000, 1/4000000000000000000000000, 1/5000000000000000000000000, 1/6000000000000000000000000, 1/7500000000000000000000000, 1/10000000000000000000000000, 1/12500000000000000000000000, 1/15000000000000000000000000, 1/20000000000000000000000000, 1/25000000000000000000000000, 1/30000000000000000000000000, 1/40000000000000000000000000, 1/50000000000000000000000000, 1/60000000000000000000000000, 1/75000000000000000000000000, 1/100000000000000000000000000, 1/125000000000000000000000000, 1/150000000000000000000000000, 1/200000000000000000000000000, 1/250000000000000000000000000, 1/300000000000000000000000000, 1/400000000000000000000000000, 1/500000000000000000000000000, 1/600000000000000000000000000, 1/750000000000000000000000000, 1/1000000000000000000000000000, 1/1250000000000000000000000000, 1/1500000000000000000000000000, 1/2000000000000000000000000000, 1/2500000000000000000000000000, 1/3000000000000000000000000000, 1/4000000000000000000000000000, 1/5000000000000000000000000000, 1/6000000000000000000000000000, 1/7500000000000000000000000000, 1/10000000000000000000000000000, 1/12500000000000000000000000000, 1/15000000000000000000000000000, 1/20000000000000000000000000000, 1/25000000000000000000000000000, 1/30000000000000000000000000000, 1/40000000000000000000000000000, 1/50000000000000000000000000000, 1/60000000000000000000000000000, 1/75000000000000000000000000000, 1/100000000000000000000000000000, 1/125000000000000000000000000000, 1/150000000000000000000000000000, 1/200000000000000000000000000000, 1/250000000000000000000000000000, 1/300000000000000000000000000000, 1/400000000000000000000000000000, 1/500000000000000000000000000000, 1/600000000000000000000000000000, 1/750000000000000000000000000000, 1/1000000000000000000000000000000, 1/1250000000000000000000000000000, 1/1500000000000000000000000000000, 1/2000000000000000000000000000000, 1/2500000000000000000000000000000, 1/3000000000000000000000000000000, 1/4000000000000000000000000000000, 1/5000000000000000000000000000000, 1/6000000000000000000000000000000, 1/7500000000000000000000000000000, 1/10000000000000000000000000000000, 1/12500000000000000000000000000000, 1/15000000000000000000000000000000, 1/20000000000000000000000000000000, 1/25000000000000000000000000000000, 1/30000000000000000000000000000000, 1/40000000000000000000000000000000, 1/50000000000000000000000000000000, 1/60000000000000000000000000000000, 1/75000000000000000000000000000000, 1/100000000000000000000000000000000, 1/125000000000000000000000000000000, 1/150000000000000000000000000000000, 1/200000000000000000000000000000000, 1/250000000000000000000000000000000, 1/300000000000000000000000000000000, 1/400000000000000000000000000000000, 1/500000000000000000000000000000000, 1/600000000000000000000000000000000, 1/750000000000000000000000000000000, 1/1000000000000000000000000000000000, 1/1250000000000000000000000000000000, 1/1500000000000000000000000000000000, 1/2000000000000000000000000000000000, 1/2500000000000000000000000000000000, 1/3000000000000000000000000000000000, 1/4000000000000000000000000000000000, 1/5000000000000000000000000000000000, 1/6000000000000000000000000000000000, 1/7500000000000000000000000000000000, 1/10000000000000000000000000000000000, 1/12500000000000000000000000000000000, 1/15000000000000000000000000000000000, 1/20000000000000000000000000000000000, 1/25000000000000000000000000000000000, 1/30000000000000000000000000000000000, 1/40000000000000000000000000000000000, 1/50000000000000000000000000000000000, 1/60000000000000000000000000000000000, 1/75000000000000000000000000000000000, 1/100000000000000000000000000000000000, 1/125000000000000000000000000000000000, 1/150000000000000000000000000000000000, 1/200000000000000000000000000000000000, 1/250000000000000000000000000000000000, 1/300000000000000000000000000000000000, 1/400000000000000000000000000000000000, 1/500000000000000000000000000000000000, 1/6000000000000000



Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1933.

Nr. 286. Donnerstag, den 7. Dezember 1905.

Inserate sechsgehaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.

Feuerungszulage. Die Etatkommission hat beschlossen, der Gemeindevertretung folgenden Antrag zu unterbreiten: Allen fest angestellten Unterbeamten eine einmalige Feuerungszulage von 75 Mark, den nicht angestellten Unterbeamten sowie den Gemeindearbeitern eine solche von 50 M. zu gewähren.

Die neueröffnete Grunewaldbahn ist bekanntlich durch die Gemeinde gebaut und wird auch von derselben betrieben. Ursprünglich war man durchaus nicht geneigt, in diesem Sinne vorzugehen; es bestand die feste Absicht, die Bahn dem Privatkapital auszuliefern. Erst durch die geradezu unüberhältnismäßig hohen Forderungen der angebotenen Gesellschaften: Westliche Vorortbahn, Große Berliner und Siemens u. Halste, wurde die Gemeindevertretung gezwungen — wollte man das Projekt überhaupt zur Ausführung bringen — Bau und Betrieb auf eigene Rechnung zu übernehmen. Wir sind überzeugt, daß das Unternehmen sich nicht nur rentieren, sondern schon in einigen Jahren zu einer Einnahmequelle für die Gemeinde werden wird, umso mehr, als hier die Betriebskraft zu einem Preise geliefert wird, der wirklich niedrig genannt werden muß. Aus der Konfurrenz der Vorort-Elektrizitätswerke, des Elektrizitätswerkes der Gemeinde Friedenau und des Elektrizitätswerkes der Zehlendorfer Verwaltung ging das letztere als Sieger hervor mit dem Preise von 9 1/2 Pf. pro Kilowattstunde, wodurch sich im Betriebe das Wagenkilometer für Motorwagen auf 27 1/2 Pf., für Anhänger auf 14 Pf. stellt; wenigstens hat zu diesen Preisen die Firma Siemens u. Halste den Betrieb für die ersten 3 1/2 Jahre auf Rechnung der Gemeinde übernommen. Die Große Berliner hatte seinerzeit fast das Doppelte verlangt.

Die landespolizeiliche Abnahme fand bereits am letzten Sonnabend statt, und hierauf wurde für diesen Tag bis abends 11 Uhr ein Gratisbetrieb angeordnet, von welchem hauptsächlich die liebe Jugend den ausgedehnten Gebrauch machte.

Die Einrichtung und Ausstattung der Wagen verdient das Prädikat „gut“. Im Innern der Wagen sind 18 Querbänke angeordnet, dazu kommen 15 Sitzplätze auf den Perrons. Die Beleuchtung des Innern ist vorzüglich; infolge ausreichender elektrischer Heizung sowie äußerlich ruhigen Ganges der Wagen ist eine Fahrt mit der neuen Bahn ein Vergnügen; ein Vorbild für die „Große Berliner“. Fahrpreis 10 Pf., im Abonnement 4 M. monatlich (Schüler 3 M.), Arbeiter-Wochenkarten 60 Pf. Daß die Perrons mit Wetterhaken versehen sind und im Innern der Wagen sogar ein Thermometer die Temperatur anzeigt — wird wohl den Leid der Fahrgäste der „Großen“ erregen, die Distanz aber sehr „kalt“ lassen.

Nixdorf.

Ausstellungen guter Bücher und Bilder. Auch in diesem Jahre stellt die Nixdorfer Lehrerschaft eine Anzahl Bücher und Bilder aus, die vermöge ihres ästhetischen Gehaltes sich besonders als Weihnachtsgeschenke für Kinder und Erwachsene eignen. — Bekanntlich ist es für den Eineingeweihten äußerst schwer, ist es ihm oft unmöglich, aus der Unmenge von Werken guter und schlechter Art, die unsere Buchläden füllen, Einbandfreies zu wählen. Da toollen nun die Ausstellungen von Jugendbüchern den Schenklenden zur Hand geben. Dieselben sind jedermann zugänglich, bieten die Schriften, die sich besonders für Kinder eignen, Altersstufen entsprechend geordnet und zeigen eine Probe von gutem, dabei billigem Bandschmuck. — Die Werke liegen zur An- und Einsicht bereit, die Besichtigung derselben kann bei jedem beliebigen Buchhändler erfolgen. — Zur schnellen, eingehenden Orientierung sind Bücherverzeichnis vorhanden. — Es ist besonders zu beachten, daß sich unter dem Ausgestellten viel Gutes befindet, das sich in mäßigen Preisgrenzen (zwischen 25 Pf. und 1 M.) bewegt. — Die Ausstellungen finden nächsten Sonntag, den 10. Dezember, von 11 bis 5 Uhr statt im „Deutschen Weisshaus“ (Heiner Saal), im Schulhaus Erdstraße (Turnhalle), im Schulhaus Weisstraße (Turnhalle) und im Schulmuseum, Anseebstraße.

Friedrichsfelde.

Der Anbau des Mädchenschulhauses ist endlich fertig gestellt. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde nun beschlossen, die sechsstufige Mädchenschule in eine siebenstufige umzuwandeln und die Kosten für die Einrichtung der neuen Schulklassen bewilligt. Genosse P. I. L. begrüßte freudig diese Verbesserung, empfahl aber, die Schulbank der Reuzigt entsprechend anzufassen; zu gleicher Zeit stellte er die Frage, warum die Karlsdorfer Schule noch unter der Inspektion des Ortsgemeindeführers stehe. Der Gemeindeführer erklärte, dieser Zustand sei bald beendet, da nun auch in Karlsdorf ein Rektor angestellt sei. Zwei nötig werdende Lehrkräfte wurden debattelos bewilligt. Die frühere Rektorwohnung im Anabenschulhaus soll in Klassenräume umgeändert werden. — Dem Gemeindeführer resp. dessen Stellvertreter wurde offiziell die Befugnis erteilt, auf Grund des Ortsstatuts von 1902 die Auffassung von Straßenland bezw. öffentlichen Plätzen vorzunehmen. — Die Pfisterung des Hofes vom Armenhaus, welche circa 400 M. erfordert, wurde beschlossen. — Mehrere Besitzer von Landparzellen in Mündelshof haben unserer Gemeinde als Besitzerin des Rieselfeldes diese zum Kauf angeboten; es handelt sich im ganzen um circa 90 Morgen. Der geforderte Preis schwankt zwischen 750 und 1000 Mark pro Morgen inklusive des darauf befindlichen Waldbestandes. Beschlissen wurde, im Durchschnitt pro Morgen 750 M. inklusive Waldbestand zu zahlen; bei anderer Preisstellung aber die Offerte abzulehnen, da in absehbarer Zeit die Gemeinde dieses Terrain nicht gebraucht. — Dann berichtete der Vorsteher über die gemeinsame Konferenz von Groß-Berlin in Sachen der Konzeptionsverlängerung der Großen Berliner Straßenbahn. Der Standpunkt der Delegierten wurde gutgeheißen.

Plötzlich schon geworden ist gestern das Pferd eines Schlächterfuhrwerks, das vor dem Schloßrestaurant in der Wilhelmstraße gestanden hatte. In toller Karriere raste das wilde Tier davon, rief Straßenbäume um und beschädigte die Bürgersteige. Vor dem Gemeindegemeinschaft waren mehrere Schulkinder auf dem Straßenrande ahnungslos beim Spiel begriffen und es hätte großes Unheil geschehen können, wenn nicht im letzten Augenblicke der Polizeiwachtmeister Sch. dem Tier entgegengefahren wäre und sich ihm in die Fänge geworfen hätte. Nachdem er eine kurze Strecke mitgeschleift worden war, konnte das Gefährt kurz vor den Spielenden hindern zum Stehen gebracht werden.

Pankow.

Der hiesigen Gemeindevertretung lag in der letzten Sitzung ein seit längerer Zeit eingegangenes Gesuch der Gemeindebeamten und

Vollschullehrer um Gehaltserhöhung vor. Die Rechnungs- und Beamtenkommission, welche die Gesuche einer näheren Prüfung unterworfen hatte, stellte sich auf den merkwürdigen Standpunkt, es dem Plenum zu überlassen, dazu Stellung zu nehmen. Die Lehrer verlangten die Erhöhung der Alterszulagen um 100 M. und eine Erhöhung der Pflanzentzuschüsse um 150 M. Die Gemeindebeamten verlangten statt der dreijährigen Alterszulagen solche in zweijährigen Zwischenräumen oder aber die dreijährigen Alterszulagen entsprechend erhöht. Die lange und eingehende Diskussion zeitigte das Ergebnis, die Gesuche an die Kommission zurückzuweisen, um zu prüfen, ob noch zum Etatsjahre 1906 den Gesuchen entsprochen werden kann, deren finanzieller Effekt die Gemeinde um 34 000 Mark belastet. Des Weiteren wird einstimmig beschlossen, an die Lehrer, Gemeindebeamten und Gemeindeführer eine Feuerungszulage von einem halben Monatsgehalt zu gewähren und sofort auszuzahlen. Die Ausgaben für die Feuerungszulage betragen 16—17 000 M. Der Beschluß, die Zahl der Gemeindevertreter von 18 auf 24 zu erhöhen, ist von der Regierung genehmigt worden. Im Anschluß an diese Erklärung wurde der Beschluß gefaßt, einen besoldeten Schöffen anzustellen und ein diesbezügliches Ortsstatut beschließen. Der Herstellungs eines Tagesentwässerungsplans in der Röhren- und Florastraße wird zugestimmt. Die Kosten belaufen sich auf 62 000 M., welche durch Verkauf von Grabenterrain aufgebracht werden. Für die Zwecke des Krankenhausbauwerks wird die Aufnahme eines neuen Darlehens in der Höhe von 240 000 M. gefordert. Zur Begründung wird ausgeführt, daß erst 100 Betten veranschlagt waren; da aber die Anlagen auf die Zukunft berechnet sind, so soll die Einrichtung auf 300 Betten in Betracht gezogen werden. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 600 000 M. Anträge auf Neupflasterung der Grieb-, Flora- und Pestalozzistraße werden angenommen. Zur Errichtung des Realgymnasiums sind von der Regierung Bedingungen gestellt worden, daß von der Gemeinde keinerlei Forderungen auf Staatszuschüsse irgend welcher Art gestellt werden. Ein diesbezüglicher Beschluß wurde angenommen.

Staaken.

Bei der letzten Stichwahl zur Gemeindevertretung sind bei einer eingeschriebenen Wählerzahl von 323 abgegeben 174 Stimmen. Davon entfielen auf den Genossen Karl Trompler 67 und auf den Kandidaten der sogenannten vereinigten bürgerlichen Parteien, Fr. Wendt, 107 Stimmen. Die Genossen waren in voller Zahl erschienen und haben auch ebenso vollzählig den Genossen Trompler gewählt. Die 107 Stimmen des Wendt sind zum größten Teil von Arbeitern der königlichen Betriebe aufgebracht. Ein Sieg war es zwar für die Reaktion, aber voraussichtlich der letzte. Und auf welche Art ist er zustande gekommen. Zunächst ist den Arbeitern der königlichen Werkstätten in nicht mißzuverstehender Weise bedeutet worden, an der Wahl teilzunehmen; ein Arbeiter einer königlichen Werkstätte darf kein Sozialdemokraten wählen, will er nicht befürworten, brotlos zu werden. Dasselbe gilt von den Arbeitern, Bahnwärtern und sonstigen Beamten der königl. Staatsbahnen. Auch diese Leute waren diesmal zahlreich am Wahltag erschienen. Dazu kommt, daß auch die hiesige freiwillige Feuerwehr so nebenbei als ein Institut angesehen wird, welches die Pflicht hat, gesinnungstüchtige Wähler zu züchten; denn zwei Raubheine, die ihre Stimme für den Genossen Trompler abgaben, wurden aus der Reihe entfernt, obwohl sie zwei der Tüchtigsten waren. Alle solche und ähnliche Machenschaften haben zu dem oben mitgeteilten Resultat beigetragen. Das wird uns aber nicht abhalten, in unserer Agitationsfähigkeit fortzufahren und in die Köpfe Licht zu bringen, in denen es heute noch finster ist. Auch die niedrigen Kampfmittel unserer Gegner werden auf die Dauer nicht verfangen.

Berliner Nachrichten.

Städtische Verkehrsprojekte.

Die städtische Verkehrsdeputation hielt gestern eine Sitzung ab, die sich auf mehrere der großen in Vorbereitung befindlichen Projekte erstreckte.

In der Angelegenheit der beschlossenen fünf städtischen Straßenbahnlinien hat der Polizeipräsident im Auftrage des Ministers der öffentlichen Arbeiten, dem zurzeit die Pläne zur Prüfung vorliegen, in einem Schreiben die Verkehrsdeputation aufgefordert, sich zu äußern, ob nicht ein Neubau der Augustbrücke vorgezogen sei; zu welchem Ergebnisse die Verhandlungen mit der Großen Straßenbahngesellschaft wegen Mitbenutzung der Geleise in der Peterburger Straße geführt hätten, und ob nicht von den städtischen Behörden die Neuerrichtung einer Brücke im Zuge der Köpenickerstraße geplant sei. Die Deputation beschloß zu antworten, daß das letztere Projekt wegen der an dieser Stelle befindlichen Unterführung der Geleise der Potsdamer, Ring- und Wanneseebahn sowie der Hochbahn außerordentlich schwierig und ungünstig sei, und selbst wenn die städtischen Behörden einem solchen Plane näher treten würden, erst in vielen Jahren greifbare Gestalt gewinnen könnte; daß wegen zahlreicher technischer Bedenken ein Neubau der Augustbrücke nicht beabsichtigt sei und daß die Verhandlungen mit der Großen Straßenbahngesellschaft nicht von der Stelle kämen, da die Gesellschaft trotz aller Erinnerungen seit Monaten auf die Anfragen der Verkehrsdeputation nicht geantwortet habe. Der Minister werde daher gebeten, den Plänen in der vorgelegten Fassung die Zustimmung zu erteilen.

Für die beabsichtigte Hafenanlage an der Untersee schweben seit längerer Zeit Verhandlungen mit dem evangelischen Johannisstift wegen Ankaufs ihres Geländes in Pflanzensee. Das Terrain umfaßt mehr als 287 000 Quadratmeter. Die Deputierten berichteten über den derzeitigen Stand der Verhandlungen und wurden beauftragt, die Verhandlungen weiterzuführen.

Der Antrag des Stadtv. Esmann, die Herstellung einer für Straßenbahnverbindungen nutzbar zu machenden Unterführung des Eisenbahngeländes zwischen Kurfürsten- und Steglitzerstraße und Sadowberger- und Wundenwolderstraße in Erdogung zu nehmen, wurde verlagert, da den Mitgliedern der Deputation noch Pläne und Motive zugehen sollen.

Der Fahrplan der Großen Straßenbahngesellschaft ist nach mehr als dreijähriger Frist der Deputation in diesen Tagen wieder zugegangen. Vom Polizeipräsidenten aufgefordert, innerhalb der nächsten Tage sich über diesen Fahrplan zu äußern, beschloß die Deputation, zu antworten, daß sie grundsätzlich die in dem Fahrplan vorgezeichneten Anschlußbetriebe so lange nicht genehmigen könne, bis die von der Deputation nachgesuchte Verständigung mit der Gesellschaft über diesen Anschlußbetrieb erfolgt sei. In Angelegenheit des Vertrages mit der Hochbahn-

gesellschaft betreffend Fortführung der Bahn vom Potsdamer Platz über den Spittelmarkt und den Alexanderplatz durch die Schönhauser Allee zur Ringbahn gefangenen Schreiben der Hochbahngesellschaft und der Deutschen Bank zur Verlesung, in denen übereinstimmend ausgeführt wurde, daß die eine der in der letzten Sitzung angenommenen Bestimmungen für die Gesellschaften unannehmbar sei. Nach dieser Bestimmung hätte die Stadtgemeinde, falls der Erwerb der Bahn bereits am 5. November 1907 erfolgen sollte, noch 30 Proz. des Anlagekapitals der neuen Linie zu zahlen. Die Gesellschaften verlangten Erhöhung dieses Satzes auf 37 1/2 Proz. Trotzdem aus der Mitte der Deputation mit Nachdruck ausgeführt wurde, daß je höher dieser Prozentsatz geschraubt würde, um so illusorischer das ganze Recht der Stadtgemeinde werde, das Unternehmen zu früheren Terminen erwerben zu können, so glaubte die Majorität doch in dem Bestreben, den Vertrag nicht zu gefährden, das Verlangen der Gesellschaft longedieren zu lassen. Weniger nachgiebig zeigte sich die Deputation dagegen bei einem anderen beanstandeten Punkte. In allen früheren Entwürfen findet sich die Bestimmung: „Dem Magistrat bleibt die Entscheidung darüber vorbehalten, ob der letzte Teil der Bahnstrecke als Unterpflasterbahn oder als Hochbahn auszuführen ist.“ Jetzt verlangt die Gesellschaft folgende Änderung: „Von der Franzosstraße aus steigt die Bahn zur Hochbahn auf und wird als solche bis jenseits des Nordrings ausgeführt.“ Motiviert wird dies Verlangen damit, daß wegen der dort befindlichen Kanalisationsleitungen die Tunnel sehr tief, bis zu 10 Meter, getrieben werden müßten. In der Deputation wurde überschläglichs berechnet, daß bei dem Bau dieser letzten 1200 Meter langen Strecke als Hochbahn sich eine Differenz von 3 1/2 bis 4 Millionen Mark zugunsten der Gesellschaft ergeben würde, und man beschloß, die oben angeführte von der Gesellschaft gewünschte Änderung nur dann zu genehmigen, wenn die Gesellschaft ihrerseits entsprechende Kompensationen bei anderen Vertragspunkten zu bewilligen bereit sei. Die Deputierten wurden beauftragt, sofort in Verhandlungen hierüber mit der Gesellschaft einzutreten, damit die Deputation in ihrer nächsten für Mittwoch angelegten Sitzung zu endgültigen Beschlüssen kommen könne.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung müßten wegen der vorgerückten Stunde abgelehrt werden.

Aus Rücksicht für die „Große Berliner“? Die neue Polizeiverordnung, die das Befahren des Potsdamer Platzes mit leeren Droshken zu gewissen Tageszeiten verbietet, wird von den Betroffenen in der härtesten Weise empfunden. Einmal wird in dieser Verordnung eine gewisse Begünstigung der „Großen Berliner“ erblickt, zum andern wird darauf hingewiesen, daß diese Verordnung geradezu pöblich, ohne daß ein Interessent etwas davon wußte, erlassen wurde. Die „Allgem. Jahrgangzeitung“ äußert sich zu dieser Verordnung in folgender Weise: „Schon vor einem Jahre ging man mit dem Gedanken um, den Potsdamer Platz für leertfahrende Droshken zu gewissen Tageszeiten zu sperren, um der Mifere, welche dort besonders abends herrscht, Herr zu werden. Doch hat man sich bisher immer noch gescheut, dies in Anwendung zu bringen. Mit Palliativmitteln suchte man der Geschichte eine andere Wendung zu geben, Straßenbahnlinien wurden verlegt oder abgelenkt, die weit vorpringenden Bürgersteige wurden verkleinert, natürlich ohne daß dies irgend welchen Nutzen gebracht hätte. An die richtige Stelle, um dem Uebel zu steuern, ist man nicht herangegangen, oder will man nicht herangehen. Es ist unbestreitbar, daß die Verkehrsstörungen, welche man jetzt durch Fortweitung leertfahrender Droshken ein Ende bereiten will, durch die Große Berliner Straßenbahn hervorgerufen werden. Dem aufmerksamen Beobachter dürfte dies nicht entgehen; besonders in den Abendstunden kann man dort sein blaues Wunder erleben. Ohne Rücksicht auf den anderen Verkehr werden dann sogenannte Einsechswagen losgelassen, so daß sich von der Potsdamer Brücke bis zum Spittelmarkt und umgekehrt eine endlose Kette bildet, welche nicht nur den Potsdamer Platz, sondern auch alle sonstigen Querstraßen sperren. Hier kann man sagen, die Geister, die ich rief, die wech' ich nicht los oder wie werde ich sie los. Auf der einen Seite lenkt man den Verkehr ab, indem man einige Linien durch Nebenstraßen laufen läßt, hebt aber das eventuell Geschaffene sofort wieder auf, indem man wieder so viel Einsechswagen in andere frequente Linien hineinschiebt, als wie man auf der anderen Seite abgelenkt hat. An der ganzen Mifere hat die Polizei und alle anderen schuld, welche dabei mitgewirkt haben, der Großen Berliner Straßenbahn Konzeptionen für alle möglichen Linien zu erteilen. Nachdem man sich nun nicht mehr zu retten weiß, hat das Droshkenfuhrwerk, welches nicht so kapitalträchtig ist und nicht über Personen mit hoch klingenden Namen und Titeln verfügt, welche bei der zuständigen Behörde ihr Gewicht in die Waagschale werfen können, die Geschichte auszubaden. Das schlimmste an der ganzen Sache ist, daß diese Verordnung sofort nach ihrer Veröffentlichung in Kraft trat; es war doch gewiß angängig, dies 14 oder 8 Tage hinauszuschieben, damit die Droshkenfahrer erst Kenntnis hieron bekamen und ihr Verhalten danach einrichten konnten; bei dieser Pflöchtigkeit aber weiß erst der Hundertste, was eigentlich gespielt wird; denn einem jeden ist es unfaßbar, daß das, was bisher erlaubt war, gang kurzweg aufgehoben ist, ohne vorher darauf hinzuweisen.“

Die Verkehrsverhältnisse am Potsdamer Platz sind gewiß solche, die einer Aenderung bedürfen. Daß diese aber dadurch erzielt wird, indem man einer einzigen Berufsklasse das Befahren des Platzes ohne weiteres verbietet, will auch uns als eine Maßregel erscheinen, die den Anschein einer Begünstigung der den Hauptverkehr beherrschenden „Großen Berliner“ erwecken muß.

Der Engrosverkauf von Weihnachtsbäumen fand bekanntlich lange Jahre auf dem von der königlichen Eisenbahnverwaltung eigens dazu freigegebenen Plage des alten Lehter Güterbahnhofes statt. Dieser Platz ist aber jetzt von der Bahn zu anderen Zwecken vermietet worden. Als Ersatz dafür hat sich nun die Bahnverwaltung entschlossen, den etwa 6000 Quadratmeter großen Platz mit direktem Weisaufschluß auf dem Bahnhof Moabit, Wittorrampe, mit dem Eingang von der Luisenparkstraße 18 aus, zu diesem Zweck zu vergeben so daß sich dort jetzt bald der Christbaumhandel entwickeln wird. Im vergangenen Jahre sind auf dem Engrosmarkt am alten Lehter Güterbahnhof etwa dreimal je 100 000 Bäume angekommen und abgesetzt worden. Man erwartet, daß in diesem Jahre das Quantum zum mindesten nicht ein geringeres sein wird.

Delegiertenwahl der Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker. Als einen sehr wichtigen Protest gegen die in letzter Zeit an verschiedenen Stellen ausgesprochenen Absicht, das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Krankenkassen einzuschränken oder gar zu beseitigen, muß die am Sonntag, den 3. Dezember, stattgefundene Delegiertenwahl betrachtet werden.

